Anlässlich der geschichtsrevisionistischen Ausstellung zur Frankfurter Polizei in der NS-Zeit:

Offener Brief an den provisorischen Vorstand und die Mitglieder des „Studienkreises“

Benjamin Ortmeyer

4. Auflage Juni 2024

Mit einem Vorwort des AStA
der Goethe-Universität Frankfurt/M

asta UNI FFM

FOLTER PRAXIS DER GESTAPO
in Frankfurt am Main

1. Auspeitschen mit dem Ochsenziemer.

2. Badewanne: Der Gefolterte wurde zuerst mit dem Kopf bis zur Erstickung in eine mit kaltem Wasser gefüllte Badewanne getaucht. Daraufhin unterzog man ihn künstlicher Beatmung. Wenn er dann nicht aussagte, wurde die Behandlung wiederholt. Mit nassen Kleidern musste der Gefolterte die Nacht in einer kalten Zelle verbringen.

3. Elektrischer Strom: Die Pole wurden zuerst an beide Hände, dann an beide Füße, an beide Ohren, dann ein Pol in den After und der andere Pol an das Ende des männlichen Gliedes angebracht, dann wurde der Strom eingeschaltet.

4. Zerschmetterung der Hoden mit einer extra zu diesem Zweck hergestellten Presse.

5. Aufhängen an den Händen: Die Hände wurden mit Handfesseln auf dem Rücken fest zusammengebunden, ein Haken wurde an den Handfesseln befestigt und das Opfer hochgezogen. Schließlich ließ man den Häftling längere oder kürzere Zeit hängen. Sehr oft waren die Arme ausgerenkt.

6. Verbrennungen unterschiedlicher Körperteile mit einer Lötlampe oder mit Streichhölzern.

Die Liste der schrecklichen Foltermethoden ließe sich fortsetzen, die Beispiele für diese Art der Folter sind zahllos. Während der Folterungen wurden bei Aussagen Notizen gemacht und diese in die Akten aufgenommen, um sie später gegenüber dem Gefolterten zu verwenden. Den Abschluss der Verhöre oder der Folter bildete ein Ermittlungsbericht des Sachbearbeiters, der über den Kommissariatsleiter und den Leiter des zuständigen Referats dem örtlichen Gestapo-Leiter vorgelegt wurde. In den meisten Fällen haben sich die Gestapo-Führer dem Vorschlag des vernehmenden Kommissars angeschlossen, der bei Juden durchweg Konzentrationslager hieß. Der Bericht mit dem Vorschlag zur Einweisung in ein KZ wurde dem Reichssicherheitshauptamt in Berlin zugesandt. In der Regel wurde die Einweisung in ein KZ von dort bestätigt.

Die Frankfurter Gestapo kontrollierte in ihrem Machtbereich in Frankfurt und Hessen rund eine Million Menschen, wobei sich die Spitzeltätigkeit menschlicher Niedertracht vom Arbeitskollegen in der Fabrik bis zum Nachbarn und zum Parteigenossen und sogar zum Gestapobeamten erstreckte. In den Amtsräumen der Gestapo, besonders in den Folterkellern, spielten sich grauenerregende Szenen durch menschenverachtende Sadisten ab: Menschen wurden misshandelt und ausgepeitscht, nur weil sie gläubige Christen oder Juden waren, weil sie aus den Reihen der Kommunisten, der Sozialdemokraten oder der Gewerkschaften kamen. Mit Totschlägern, Knüppeln und Peitschen wurden die Vernehmungen durchgeführt, bis den Opfern das Blut aus Mund, Nase und Ohren schoss. Sie wurden mit den Armen nach oben aufgehängt, damit die Schläger von allen Seiten auf die Häftlinge eindreschen konnten.

Nach den Verhören schnitten sich viele Menschen in den Zellen die Pulsadern auf, erhängten sich, sprangen aus den Fenstern in die Tiefe oder nahmen Gift, um weiteren Misshandlungen und Schlägen zu entgehen. Wer den Räumen der Gestapo entronnen war, konnte nie die Horrorstunden sadistischer Vernehmungspraxis und Menschenverachtung vergessen. Die Gestapo überstellte unschuldige Menschen nach erpressten Geständnissen „Blutrichtern" und diese verhängten die Todesstrafe, die in den Gefängnissen durch Galgen oder das Fallbeil vollstreckt wurde. Dabei ging die Frankfurter Gestapo bei der Verfolgung von Antifaschisten und Juden weit über die Weisungen der Gestapo-Zentrale in Berlin hinaus.

Frankfurt am Main 1933-1945, ver.di Betriebsgruppe POSTTEL Senioren AG Geschichte, FM 2009, S. 219

Vorwort zur 2. Auflage

1.

Nach der Veröffentlichung der 1. Auflage dieser Broschüre berichteten **HESSENSCHAU.de** und **TAGESSCHAU.de** über die Kritik an der „Polizeiausstellung“ des Studienkrieses, die inzwischen auch ironisch „**Peter-Beuth-Ausstellung**“ genannt wurde, weil der inzwischen nicht mehr im Amt befindliche damalige Innenminister das Ministerium leitetet, in dessen Abteilungen auch diese Ausstellung mit 36.000 € finanziert wurde. Immerhin – der Sache nach völlig unpassend – tauchte wie zufällig auch ein Kästchen mit einem Zitat von Peter Beuth auf.

Nach dem Rücktritt zweier verdienter Vorstandmitglieder (Dr. Anne Anders und Mirjam Heydorn, Töchter von Widerstandskämpfer*innen) wurde durch Kooption ein provisorischer Vorstand gebildet, der rasch entschied, dass die Kritik an der Ausstellung mit dem Titel **„Anlässlich der geschichtsrevisionistischen Ausstellung zur Frankfurter Polizei in der NS-Zeit: Offener Brief an den provisorischen Vorstand und die Mitglieder des ‚Studienkreises‘, Oktober 2023**, nicht wie gefordert an alle Mitglieder des Studienkrieses versendet wurde. Schlicht und einfach, bürokratisch und undemokratisch wurde mitgeteilt:

- 13.11.23 Der Vorstand schreibt: „**Wir bitten um Verständnis, dass wir einzelne Stellungnahmen nicht versenden können.“**

Nach Kritik an dieser Entscheidung und dem Hinweis, dass sogar ein Gerichtsurteil existiert, dass den Vorstand von Vereine verpflichtet, Kritiken am Vorstand allen Mitgliedern zugängig zu machen und ein Vorstand nicht das Monopol auf die E-Mail-Adressen besitz, wurde dann von oben herab mitgeteilt, dass der LINK zu dieser Broschüre allen Mitgliedern mitgeteilt würde.

2.

Dann gab es eine Mail am 25.11.2023 des provisorischen Vorstandes, in der ein „Werkstattbericht“ enthalten war.

Es gehe darum, den Widerstandsbegriff zu „öffnen“. Oho, das war ja nun ein Anliegen, dass es seit dem 9. Mai 1945 bei allen Nazis gab, um der Entnazifizierung zu entgehen. Ja, ja, da waren „alle im Widerstand“ und haben sich krank gemeldet usw., etc. - alle waren angeblich entschieden gegen die Nazis gewesen, die alte Leier. Persilscheine gab es dann auch beim Arzt und dem Apotheker.

Wörtlich heißt es in diesen „Bericht“ dann, was als Widerstand eingestuft werden müsste: „Krankheit vortäuschen, um einem NS-Pflichtdienst zu entkommen zählt dazu.“ Das liest sich wie die Empfehlung für die „Persilschein-Inflation“ nach 1945.

3.

Als „Impuls“ wird in diesem Bericht das Credo verbreitet: Es gelte, sich

> **„nicht auf die Sicht der der Gründergeneration des Studienkreises beschränken.“.**

Es ist offensichtlich, dass der Tod der Gründer des Studienkreises in den letzten Jahren (und Jahrzehnten), fast alles ausgewiesenen Widerstandskämpfer*innen aus dem sozialistischen und kommunistischen Lager, schamlos ausgenutzt werden soll, um die ursprüngliche Intention des Studienkreises mit den Füßen zu treten. Das haben die zurückgetreten Vorstandsmitglieder Dr. Anne Anders und Mirjam Heydorn genau gespürt.

Wer sie kannte, weiß es: Weder Peter Gingold nach Irmgard Heydorn und viele andere, die inzwischen verstorben sind, hätten da mitgemacht.

Benjamin Ortmeyer Februar 2024

Antrag

Die erste Mitgliederversammlung 2024 beschließt, in der Zeitschrift des Studienkreise INFORMATIONEN die Kritik an der Polizeiausstellung „Anlässlich der geschichtsrevisionistischen Ausstellung zur Frankfurter Polizei in der NS-Zeit: Offener Brief an den provisorischen Vorstand und die Mitglieder des ‚Studienkreises‘, Oktober 2023“, **komplett abzudrucken** und zur Diskussion zu stellen. Auf der zweiten Mitgliederversammlung 2024 wird dann über den folgenden Antrag diskutiert und abgestimmt:

> **Der Studienkreis zieht die Ausstellung „Frankfurter Polizeibeamte im Nationalsozialismus“, der ohne dokumentierten Vorstandbeschluss erstellt wurde, aus inhaltlichen Gründen zurück.**
>
> **Begründung: Der „Offene Brief“ Oktober 2023**
>
> **Der Antrag ist vollständig mit Begründung und unzensiert allen Mitgliedern des Studienkrieses rechtzeitig vor der Mitgliederversammlung zugängig zu machen.**
>
> **3. 2.2024 Benjamin Ortmeyer**

tagesschau

https://www.tagesschau.de/inland/regional/hessen/hr-streit-um-ns-ausstellung-bei-frankfurter-polizei-ein-massenmoerder-der-gutes-tut-bleibt-trotzdem-ein-massenmoerder-100.html

Streit um NS-Ausstellung bei Frankfurter Polizei

"Ein Massenmörder, der Gutes tut, bleibt trotzdem ein Massenmörder"

Veröffentlicht am 24.11.23 um *19:52 Uhr*

Heftige Diskussion um Frankfurter Polizeiausstellung

Wiegen gute Taten schlechte auf? Wann ist ein Mensch ein Vorbild? Das versucht eine Ausstellung im Frankfurter Polizeipräsidium am Beispiel von Polizisten im NS-Reich zu verhandeln. Kritiker werfen ihr Geschichtsrevisionismus vor.

Von Andreas Bauer

Im Jahr 1941 übernimmt der in Kassel geborene Ernst Schmidt die Leitung der Geheimen Feldpolizei 627 (GEP) im französischen Troyes. Die Aufgaben der Einheit: Razzien, Misshandlungen, Deportationen und Exekutionen. Die GEP 627 habe in Frankreich "unauslöschliche Spuren der Gewalt und des Terrors hinterlassen", stellt der Historiker Robert Schmidt fest.

Doch dann die Kehrtwende: Im Jahr 1942 wird Schmidt Chef der Spionageabwehr in Frankfurt. Dort soll er seine Position genutzt haben, um Pässe an verfolgte Menschen weiterzuleiten. Ist Ernst Schmidt also doch so etwas wie ein Held?

Ausstellung will "Ambivalenzen" aufzeigen

Das jedenfalls vermittelt die Ausstellung "Handlungsspielräume - Frankfurter Polizeibeamte im Nationalsozialismus" im Frankfurter Polizeipräsidium. Die für die interne Fortbildung genutzte Ausstellung porträtiert zehn Polizisten, die in der NS-Zeit "widerständiges Verhalten" zeigten - einer von ihnen ist Ernst Schmidt.

Ziel der Ausstellung sei es, "Ambivalenzen aufzuzeigen und darzustellen, wann welche Formen der Nonkonformität zum Ausdruck kamen", so die Ausstellungsmacherin Lisa Schrimpf bei der Ausstellungseröffnung im Juli.

Auch der Frankfurter Polizeipräsident Stefan Müller spricht im Ausstellungskatalog von der "Ambivalenz von widerständigen Polizeiangehörigen" und fordert: "Ihre Biografien müssen daher differenziert betrachtet werden." Er sieht in der Ausstellung eine Inspiration für heutige Polizisten und dankt dem Studienkreis Deutscher Widerstand 1933 bis 1945 für die Konzeption.

Studienkreis Deutscher Widerstand zerlegt sich im Streit

Bei dem linken Studienkreis, der einst von Überlebenden des antifaschistischen Widerstands gegen den NS-Terror gegründet wurde, hat die Ausstellung indes inzwischen zu einem tiefen Zerwürfnis geführt. Mehrere Mitglieder, darunter Miriam Heydorn und Ann Anders aus dem Vorstand, sind zurückgetreten.

Ein weiteres Mitglied - der ehemalige Leiter der Forschungsstelle NS-Pädagogik, Benjamin Ortmeyer - wirft der Ausstellung offen Geschichtsrevisionismus vor. Dasselbe tut der AStA der Frankfurter Goethe-Uni.

Zwei der zehn vorgestellten Polizisten seien schon vor 1933 entlassen worden, so Ortmeyer. Fünf weitere seien "obskure" Persönlichkeiten oder - wie Ernst Schmidt - nachgewiesene Naziverbrecher. Hätte man sich auf die drei wirklich aufrechten Polizisten beschränkt, hätte niemand etwas dagegen sagen können, findet der Pädagogik-Professor. Aber man habe offenbar unbedingt auf die Zahl zehn kommen wollen.

Ortmeyer: Nazi-Verbrecher werden als Widerständler geehrt

"Hier werden Nazi-Verbrecher als Widerständler geehrt - und das tragischerweise im Rahmen einer Ausstellung, die von einem Verein erstellt wurde, der eigentlich verdienstvolle Geschichts- und Erinnerungsarbeit leistet", sagt Ortmeyer. "Einer kritischen historischen Bildungsinstitution ist das unwürdig", ergänzt AStA-Vorstandsmitglied Bleta Berisha.

"Ein Massenmörder, der was Gutes tut, bleibt trotzdem ein Massenmörder", sagt Ortmeyer. Gerade bei Schmidt sei zudem die Quellenlage dünn. Inwieweit er an Passfälschungen für Verfolgte beteiligt war, werde nicht wirklich geklärt. Tatsächlich habe er sich im Kreis von Nazi-Räubern bewegt, deren ungeheure Vermögenssteigerung nach 1945 anscheinend niemanden beschäftigt habe.

Studienkreis-Vorstand: Keine einheitliche Widerstandsdefinition

Thomas Altmeyer vom Vorstand des Studienkreises Deutscher Widerstand hält dagegen. Es gebe doch gar keine einheitliche Widerstandsdefinition, erklärt er. Neben dem politischen Widerstand im engeren Sinne gebe es weitere Bereiche wie Nonkonformität, Verweigerung und Protest. Genau in diesem Spannungsfeld bewege sich die Ausstellung.

Das Frankfurter Polizeipräsidium selbst verweist auf den "breiten wissenschaftlichen Dialog", der der Ausstellung vorausgegangen sei. Man nehme "mit Bedauern" die unterschiedlichen Bewertungen innerhalb des Studienkreises zur Kenntnis, sagt eine Präsidiumssprecherin.

Ex-Polizeipräsident nahm Kontakt mit Studienkreis auf

Initiiert wurde der Kontakt zwischen Polizei und Studienkreis vom damaligen Frankfurter Polizeichef Gerhard Bereswill. Nach den Reden von Heydorn und Altmeyer am 20. Juli 2021 in der Paulskirche beim Gedenken an den Widerstand gegen Hitler ging es in einem mehrstündigen Gespräch in den Räumen des Studienkreises in der Frankfurter Rossertstraße darum, wie nach den

rechtsradikalen Skandalen in der Frankfurter Polizei die Beamten auch und gerade an den Erkenntnissen aus und nach der NS-Zeit geschult werden könnten.

Frankfurter Polizisten wegen rassistischer Chats angeklagt

In einer Chatgruppe sollen sie Nazi-Bilder geteilt und Minderheiten beschimpft haben: Jetzt hat die Staatsanwaltschaft Anklage gegen fünf Polizisten des 1. Reviers in Frankfurt erhoben. Der Fall steht im Zusammenhang mit den rechtsextremen "NSU 2.0"-Drohschreiben.

Zum Artikel

"Ich war wirklich überrascht und hatte das von ihm in solcher Offenheit gar nicht erwartet. Wir sprachen über Themen, die da zu bearbeiten wären", erinnert sich Heydorn an das Gespräch mit Bereswill. Heydorns Mutter Irgmard suchte gemeinsam mit der heutigen Frankfurter Ehrenbürgerin Trude Simonsohn jahrelang als Zeitzeugin Schulklassen auf.

Schulungen sollten Polizisten weiterbilden

Doch irgendwann wurde die Idee der Schulungen fallen gelassen - wegen "personeller Ressourcen", wie Altmeyer erklärt. Die Idee einer Ausstellung war geboren - finanziert vom Landesprogramm "Hessen aktiv für Demokratie und Extremismus".

"Diese Änderung in der Richtung zu etwas völlig anderem erfolgte dann tatsächlich, ohne dass ich oder wir informiert worden wären - es gab nicht einmal einen Beschluss hierzu", kritisiert Heydorn in ihrem Austrittsschreiben aus dem Studienkreis.

Ziel der Schulungen sei gewesen, jungen Polizisten eine Haltung in problematischen Situationen nahezubringen, erklärt die ausgetretene Studienkreis-Vorständlerin Ann Anders. Sie hoffe zwar, dass der eine oder andere bei der im Kantinenbereich des Polizeipräsidiums angesiedelten Ausstellung in der Essensschlange zum Grübeln komme. Doch Antworten würden ihm nicht geboten.

Was bleibt nach all den Diskussionen? Eine gut gemeinte Idee, die irgendwann in anderes Fahrwasser geriet, ein heillos zerstrittener Studienkreis Deutscher Widerstand - und eine Ausstellung, die zumindest in Teilen fragwürdig erscheint.

„Persilscheinlogik“

Antwort Benjamin Ortmeyer auf die Apologie des Vorstandes des Studienkreises zur Kritik an: „Frankfurter Polizei im NS“-

THESEN

Zum Papier - „Informationen des Vorstands ...“ (Brief Februar 2024), siehe Anhang)

1. **Vorbemerkung**

Der provisorische Vorstand des Studienkreises macht es sich leicht. Statt Punkt für Punkt auf die Kritik an der Polizeiausstellung einzugehen, waschen sich einige federführende Herren des Vorstandes offensichtlich die „Hände in Unschuld“ und verweisen auf die „Kurator:innen der Ausstellung“, die eine vierseitige „Einschätzung zu der Kritik“ formulieren., wie es im Begleittext heißt.

2. **Quellen**

In Wirklichkeit werden einige Quellen als Belege für die Berechtigung der Ehrung der Frankfurter Polizisten in der Ausstellung benannt. Auf die Kritik im Einzelnen wird nicht wirklich Punkt für Punkt eingegangen – was kein Wunder ist, da die Kritik eben insgesamt offensichtlich nicht widerlegt werden kann.

Es stellt sich bei der Durchsicht der nun herbeigezogenen Quellen heraus: Alles aus der Persilschein-Ära. Alles überwiegend eigene Leute, Verwandte, Freundeskreis. Konkret:

- **Zitat 1 zu Fengler**, Ein Polizist **Fries** wird aus der Sekundärliteratur u.a. **über sich selbst** und Fengler („Wir“) zitiert, ohne dass in diesem Papier die ursprüngliche Quelle angegeben wird – das Fries-Zitat ist **ohne Datum** oder Jahr.
- **Zitat 2 zu** Fengler: Zitat der Tochter aus dem Jahr **1946** zwecks Entlastung ihres Vaters.
- **Zitat 3** zu Fengler wiederum Fries mit der Beschreibung in „Wir-Form“ als Teil seiner Selbstbeweihräucherung **1958**.
- **Zitat 1** zu **Fries** von Henke **1946** (zudem Gustav Noske, der hier positiv erwähnt wird - später mehr!).
- **Zitat 2** zu Fries aus seiner „Rechtfertigungsschrift Januar **1947.**
- **Zitat 3** zu Fries Stellungnahme von Gustav Kettler vom April **1946.**

Im letzten Teil wird als Beleg im ‚Beleg‘ auf die „eidesstattliche Versicherung des Polizeimeister Christian von Vulteé“ von **1958** verwiesen, die abschließend zitiert wird. Das war es schon.

3. **Aufklärung bei „Führungen“ – Nachtrag 1**

Zur Kritik an der Darstellung zu **Ernst Schmidt** wird mitgeteilt

> „Bei Führungen durch die Ausstellung weisen wir deutlich darauf hin, dass es sich um einen erwiesenen Nazi-Verbrecher handelt.“ (S. 4 oben)

„**Bei Führungen**“ wird darauf hingewiesen? ? Tolle Sache, damit ist ja klar, dass es eben in der Ausstellung nicht benannt wird.

4. **Nicht geprüft und nicht hinterfragt - Nachtrag 2:**

Die Frage der Glaubwürdigkeit von **Erna Rub**. Die Einschätzung in einem damaligen Zeitungsbericht wird schlicht als unglaubwürdig erklärt, und zwar ohne Beweise mit wilden Spekulationen über die angeblich „kosmopolitische" Erna Rub. Dann wird doch zugegeben, dass nix klar ist über diese Frau, deren Aussagen wie sonst auch „stets geprüft und hinterfragt werden". Aber das ist ja gerade das Problem, dass diese Aussagen von Erna Rub eben nicht „geprüft und hinterfragt" wurden.

5. **Quellenkritik?**

Na ja, es wird „aufgedeckt", dass in einem Buch GottHOLD Fengler nicht GottHOLF Fengler heißt. Ausgezeichnet, Aber ist das Quellenkritik oder eher völlig nebensächlich?? Die verschiedenen Kombinationen Gott****, das interessiert doch eigentlich niemand. Oder?

6. **Fazit 1 Persilschein-Logik**

Es handelt sich in allen Fällen um Dokumente, die 1946/1947 in der Zeit der Persilscheinflut entstanden sind und aus dem Jahr 1958, als die Entnazifizierung weitgehend abgeschlossen war, so dass die Wiedereinsetzung und Rehabilitierung der Belasteten auch als „Renazifizierung" in der historischen Forschung bezeichnet wurde. Eugen Kogon schrieb dazu rückblickend: „Seitdem uns die demokratische Sonne bescheint, werden wir immer brauner."

Es ist in der historischen Forschung und in der historischen Bildungsforschung durch eine ganze Reihe von Studien längst bewiesen, dass im Kern diese Selbsteinschätzung eigenen Freunde, Väter, Kollegen keine validen Quellen sind. Eine wertende Einschätzung auf solche Quellen zu gründen, ist ein **grober Kategorienfehler**.

7. **Fazit 2: Der Deutschnationale Sektor und ihr angeblicher „Widerstand"**

Im Hintergrund steht ja eine grundfalsche Einschätzung des 20. Juli 1944, die mit einer grundfalschen Einschätzung der deutsch-nationalen Reaktionäre insgesamt zusammenhängt. Nachdem Hitler 1933 (mit Hilfe des deutsch-nationalen Reaktionärs Hindenburg) Kanzler geworden war, die NSDAP den Staatsapparat unter Kontrolle bringen musste, war das gigantische Bündnis mit der deutsch-nationalen „Fraktion" im Staatsapparat zentral. Hindenburg hat es zunächst öffentlichkeitswirksam ausgesprochen, im Staatsapparat, Militär, Polizei, Finanzämter, sämtliche Ministerien usw., in der Exekutive, aber auch im juristischen Bereich wurde es durchgeführt.

Ohne dieses Bündnis, das weitgehend bis 1944 existierte, hätte der gesamte Apparat des Nazi-Staates einfach nicht funktioniert. Die Nazis konnten ihre Ankündigungen eines Sieges über die Sowjetunion nicht halten – das war seit Stalingrad klar. Ein Teil des Bündnisses bröckelte, den Generäle wollen keinen Krieg verlieren. Der Pusch der Generäle mit Unterstützung von deutsch-nationalen Reaktionären auch aus dem alten Staatsapparat der Weimarer Republik (Reichswehrminister Noske!) hatte das erklärte Ziel, einen separaten Frieden im Westen zu schaffen, um die Ostfront halten zu können.

Der Krieg war verloren, dass konnte jeder sehen. Und da kamen die Karrieristen aus ihrer „inneren Emigration" und bereiteten vor, dass sie mit den West-Alliierten nach der Niederlage Deutschland eng zusammenarbeiten werden, um erneut ihre Karriere fortsetzten zu können. Fleißig wurden schon „Persilscheine" gesammelt, hie und da „geholfen", um sich nach der Niederlage bei den Alliierten damit brüsten zu können.

Das verstärkte sich nach dem gescheiterten Putsch, der im Übrigen – das sagt einiges aus – bei Erfolg verkündet hätte, dass so wie beim angeblichen „Röhm-Putsch“ die SA Hitler ermorden wollte, nun die SS Hitler ermordet hätten und die Generäle der Wehrmacht im Geiste Hitlers die Wehrmacht und das deutsche Volk aus der Krise führen würden. In einem zweiten Schritt standen dann sogenannte „Zivil-Szene“ mit deutsch-nationalen Reaktionären, also „Würdenträgern“ aus der Weimarer Republik wie **Noske**, der Reichswehrminister, der sich selbst als „Bluthund“ gegen die 1918-1919 rebellierende sozialistisch-kommunistische Bewegung bezeichnete. Die Namen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und die Umstände ihrer Ermordung scheinen den „Kurator:innen“ wohl unbekannt, so wie sie ungeniert Noske ins Spiel bringen.[1]

8. Fazit 3: Zur „Was hinten rauskommt“-Logik

Entgegen dem wirklichen Widerstand im bürgerliche n Lager wie die Studierenden der „Weiße Rose“ und dem Widerstand der sozialistisch-kommunistischen Bewegung, wird offensichtlich der Widerstandbegriff aufgebläht nach dem Motto: Das Motiv ist egal, entscheidend ist, was „hinten raus kommt“.

Das ist eine wissenschaftstheoretische grundfalsche positivistische Position, durch die nun reaktionäre Massenmörder wie Noske aus den Reihen der SPD oder deutsch-nationale Generäle, wie der Massenmörder Stülpnager, Befehlshaber in Paris, rehabilitiert werden, weil sie aus innernazistischen deutsch-nationalen Motiven an 1944 gegen den „Verlierer Hitler“ ausgerichtet waren. Das spricht Bände. Nach dieser von Helmut Kohl populär gemachten „Arsch-Logik“ (entscheidend ist, was hinten rauskommt) kann ohne Probleme auch die SA um Röhm 1934 als Widerstandgruppe definiert werden, egal wieviel Morde die SA begangen hat und schließlich auch Heinrich Himmler, der in der Tat, um seinen Kopf zu retten und ein Bündnis mit den Alliierten gegen Hitler zu schmieden, 1944/1945 begonnen hat, effektiv jüdische KZ-Gefangene als Geisel zu verkaufen, die so gerettet werden konnten. Das wäre die Konsequenz, logisch zu Ende gedacht, wenn es nur um die Wirkung geht.

9. Typisches Verhalten von Machtfritzen

Ganz was Anderes: Die Antwort der Kurator: innen ist so peinlich-hilflos, dass durchaus der berechtigte und begründete Verdacht aufkommen kann, dass einige „Machtfritzen“ im provisorischen Vorstand des Studienkreises sie sozusagen „vorführen“ nach dem Motto: Wir sind unschuldig, es waren die Kurator:Innen!

Es wäre das mindeste gewesen, dass im Vorstand des Studienkreises mit einem gewissen Verantwortungsgefühl deutlich gesagt worden, dass DIESE Antwort mit Quellen und Dokumenten aus der Persilschein-Ära nun wirklich oberpeinlich sind und nichts, aber auch gar nichts beweisen.

10. Gustav Noske

Dann noch Gustav Noske ins Spiel zu bringen, das hätte doch auch im provisorischen Vorstand klar sein müssen, war gewiss nicht das Gelbe vom Ei. Aber vielleicht überschätze ich auch den Wissenstand von Leuten, die zwar theoretische Nullen sind, die aber als erfahrene

[1] Was Wilhelm Leuschner angeht, der in Hessen als Innenminister gegen die „Zigeunerunwesen“ agitierte und 1928/29 die gesetzliche Grundlage schuf, dass gegen das „Zigeunerplage“ (!!), gegen Sinti/Roma in Hessen vorgegangen wurde, ist eine eigene kompliziertere Frage. Als Mitglied des Vorstandes des ADGB rief er mit dazu auf, gemeinsam mit der SA und der NSDAP am 1. Mai 1933 den „Tag der deutschen Arbeit“ zu feiern. Das ist ein wichtiges Kapitel der kapitulantenhaften Haltung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland 1933, was hier nur angedeutet werden kann.

Intriganten in ihrem Element sind, und keine Probleme haben, die „eigenen Leute“ vor die Wand laufen zu lassen, wenn sie denken, dass ihnen das nützt.

1. März 2024

Nachtrag 3

Zur Anordnung der Tagesordnung der Mitgliederversammlung am 9.3.2024 des “Studienkreises Deutscher Widerstand“

Es ist schon ein „Klassiker“ reaktionärer Vereinspolitik und reaktionärer Versammlungstechnik immer nach dem Motto zu verfahren: Erst die Wahlen, dann der Rest. Ist erst mal den Vorstand entlastet und ordentlich der neue Vorstand gewählt, ist alles egal. Diskussion über Anträge --- bitte ganz nach hinten, wenn alle müde sind, genervt von dem ganzen Formalkram und eigentlich vor allen zum Büfett wollen oder nach Hause. Beschlüsse über Anträge - das ist das Allerletzte, eben der Punkt 13 vor dem Schlusswort.!

Die vorgeschlagene Tagesordnung zeigt deutlich, dass inhaltliche Debatten als zweitrangig eingestuft werden, das Formale geht für Bürokraten immer vor. Und es geht ja auch um viel Geld, immerhin um ca. 400 000 €. Da würden doch inhaltliche Fragen wie zu dieser von der Polizei/dem Innenministerium finanzierte und gesponserte Ausstellung, oder auch die Änderung der Ausrichtung des Studienkreise weg von den Gründungsmitgliedern nur stören. Das gehört ganz, ganz nach hinten, wenn alles andere geregelt ist. Oder?

Was eigentlich die KZ-Häftlinge aus Polen in den Adlerwerken mit der Zielsetzung des „Studienkreises Deutscher Widerstand“ zu tun hat, wieso dieses ganze Projekt mit viel Geld ausgerechnet an den Studienkreis ging, - das ist eine Frage, die zudem unklar ist. Wäre das nicht eigentlich ein Bereich der Bildungsarbeit entsprechend der Zielsetzung der „Bildungsstätte Anne Frank“? Aber egal. Inhaltliche Diskussion mit KONSEQUENZEN ist nicht erwünscht, das ist völlig klar. Daher die bewusst gewählte faule Reihenfolge.

Benjamin Ortmeyer 4. März 2024

ANHANG

Informationen des Vorstands zum Antrag bezüglich Ausstellung „Handlungsspielräume – „Frankfurter Polizeibeamte im Nationalsozialismus“.

Informationen des Vorstands zum Antrag bezüglich Ausstellung

„Handlungsspielräume - Frankfurter Polizeibeamte im Nationalsozialismus“.

Liebe Mitglieder,

für die MV am 9. März 2024 liegt Euch ein Antrag von Benjamin Ortmeyer zur Abstimmung vor. Er betrifft die Ausstellung „Handlungsspielräume- Frankfurter Polizeibeamte im Nationalsozialismus". In der Antragsbegründung formuliert er seine Kritik. Um die Diskussion des Antrags und die Abstimmung auf der Mitgliederversammlung sachlich führen zu können, haben wir die Kurator:innen der Ausstellung gebeten, ihre Einschätzung zu der Kritik zu formulieren. Sie haben die Quellen für ihre Darstellung hier ausführlicher dokumentiert und erläutern ihre Interpretation.

Ein Kritikpunkt lautet, die Ausstellung nenne, außer der Tochter von Gotthold Fengler, keine validen Quellen für Kriminalobersekretär Gotthold Fenglers Wirken im Leuschnerkreis und seine Hilfe für Verfolgte.

Die Fragen sind also: Gibt es tatsächlich nur eigene Aussagen beziehungsweise Aussagen der Tochter? Hat sich Kriminaldirektor Christian Fries bezüglich des Rettungsversuchs von Prof. Herxheimer und Hausdame dazu geäußert? Gibt es zu diesem Fall noch weitere Quellen, also unabhängig von Christian Fries?

Folgende Primär- und Sekundärquellen haben wir für das Wirken von Gotthold Fengler herangezogen

(Auswahl):

- **Ludger Fittkau und Marie-Christine Werner, Die Konspirateure: Der zivile Widerstand hinter dem 20. Juli 1944, Darmstadt 2019, u.a. S. 56-61 [dort fälschlicherweise als „Gottholf" Fengler aufgeführt]:**

„Der Gestapo-Mann Fengler und Christian Fries, der Kopf der Frankfurter Widerstandsgruppe in der Polizei, die überregional bestens vernetzt war, arbeiteten en19g zusammen. ‚Wir gehörten dem sogenannten Leuschnerkreis an. Ein gewisser Kettel, Führer der SPD und Gewerkschaftsfunktionär, der unter dem Namen Camphausen auftrat, leitete die ganze Sache sozusagen. Wir waren alle ausgerichtet und hatten unsere Weisungen für den 20. Juli 1944, wenn die Sache geglückt wäre', schreibt Fries später". (S. 59)

- **Petra Bonavita, Nie aufgeflogen: Widerstand in der NS-Zeit im Polizeipräsidium Frankfurt am Main, Frankfurt am Main 2023:**

Das komplette genannte Werk von Petra Bonivita handelt von Fries und Fengler. Sie hat persönliche Interviews mit der Tochter von Fengler geführt. U.a. heißt es:

„Gustav Weigel schilderte 1946 den Einstieg in den Fluchtplan: Fengler sollte Herxheimer und Rosenthal zum Schein verhaften und im Kraftwagen abführen. ‚Der Transport wäre durch den Gestapo-Dienstausweis gedeckt gewesen.' Anschließend Fahrt zur Schweizer Grenze, wo auf der anderen Seite Professor Slum den ehemaligen Kollegen empfangen würde." (S. 37). Bonavita nutzt hier: HHSta Wiesbaden, AZ: F/143284/Laufzettel Aktenstück 1731, Schreiben von Gustav Weigel an das Grosshessische Staatsministerium an den Minister für Wiederaufbau und politische Befreiung bei der Kammer Frankfurt a.M. vom 9.8.1946

Gustav Weigel war seit 1912 SPD-Mitglied, alter Gewerkschafter und unter seinen Kollegen als „roter Buchmacher" bekannt (Bonavita, S. 19)

- **Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 527 Nr. 968 [Personalakte Fengler beim Landespersonalamt]:**

Schreiben des Betriebsrates Portune vom 13. Dezember 1948, in dem er Fries zitiert und Fenglers Zusammenarbeit mit ihm herausstellt.

Schreiben Christian Fries, 14. August 1958, in dem er über Fengler schreibt:

„F. hat der Widerstandsgruppe insofern wertvolle Dienste erwiesen, als er u.a. uns die geplanten Judenverschickungen rechtzeitig meldete, dass wir einen Teil der Gefährdeten warnen konnten. Gut im Gedächtnis ist mir noch der Fall von Prof. Herxheimer und seiner Hausdame Frau Rosenthal, für die F. damals sogar die gefälschten Pässe besorgte. Ich kann also mit aller Bestimmtheit erklären, dass F. - obwohl er bei der Gestapo tätig war - mit der Widerstandgruppe zusammengearbeitet hat"

- **Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, Sig. S2 Nr. 3506 [Sammlung Christian Fries]:**

Rechtfertigungsschrift Christian Fries, 12. Januar 1947:

„Besonders herausstellen möchte ich jedoch folgenden Vorfall: Im Frühjahr 1942 lernte ich den allseits hochverehrten Geheimrat Prof. Dr. Karl Herxheimer, wohnhaft gewesen, Frankfurt/Main, Friedrichstrasse, kennen. Er wurde mir seinerzeit von Herrn Gustav Weigel, wohnhaft Frankfurt/Main, Textorstrasse 17, auf der Oberschweinstiege vorgestellt. Weigel, von dem ich wusste, dass er verschiedene jüdische Personen laufend mit Lebensmittel [sie!] versorgte, war auch jahrelang der Betreuer des Geheimrats Herxheimer. Verabredungsgemäß traf ich dann noch 3 oder 4 mal an der gleichen Stelle und in der Gesellschaft des Herrn Weigel mit Herxheimer zusammen. Damals war beabsichtigt, Geheimrat Herxheimer und seine Hausdame, Frau Rosenthal, nach der Schweiz zu verbringen. Die Vorbereitungen, an denen neben Weiget der Stapobeamte Gottlieb [sie!] Fengler und Prof. Blum beteiligt waren, sind seinerzeit beinahe abgeschlossen gewesen. Ich

selbst entnahm und vernichtete damals die in der Fahndungskartei der Kriminalpolizei von der Gestapo eingelegt gewesenen Steckkarten (Pass-Sperre für Juden) von Geheimrat Herxheimer und Frau Rosenthal. Gefälschte Pässe waren angefertigt. Prof. Blum befand sich bereits in der Schweiz und sollte Herxheimer mit einem Auto an der Grenze abholen, wohin er von dem Stapobeamten Fengler gebracht werden sollte. Leider scheiterte der Plan sozusagen in letzter Minute durch eine Unschicklichkeit der Frau Rosenthal."

Zeuge: GustavWeiget, wohnhaft Frankfurt/M., Textorstrasse 17; Frau Erhardt, Tochter des Prof. Blum, wohnhaft Frankfurt/M., Arndtstrasse 51; Gottlieb [sie!] Fengler, ehemaliger Stapobeamter, z.Zt. in einem mit nicht bekannten Lager."

Vermutlich sind weitere Quellen bei den Unterlagen zu Weigel usw. zu finden, weitere Angaben ebenso in Petra Bonavitas Veröffentlichung.

Zu Christian Fries wird behauptet, dass in der Ausstellung nur eine Quelle für Widerstand, nämlich die Behauptung von Christian Fries selbst genannt werde.

Folgende Primär- und Sekundärquellen haben wir für das Wirken von Christian Fries recherchiert und herangezogen (Auswahl). Daraus ergibt sich, dass einige weitere Quellen, unter anderem von der Person Jakob Steffan (unzweifelhafter Teil des Leuschner-Netzwerkes) eine Widerstandstätigkeit von Christian Fries bezeugen:

- **Emil Henk, Die Tragödie des 20. Juli 1944, Heidelberg 1946. [Henk war Mitglied im Kreisauer Kreis und stand dem Leuschner-Netzwerk nahe. Wurde während der NS-Zeit zu 20 Monaten Haft verurteilt]:**

„Schwamb setzte zum Leiter der nordhessischen Illegalität den heutigen Bezirkssekretär der Frankfurter Gewerkschaften, Richter, ein. Für den Bereich Frankfurt-Heidelberg wurde Steffan bestimmt. Steffan war 8 Jahre im KZ als früherer SPD-Abgeordneter und ging nach seiner Entlassung sofort in die Illegalität - allerdings durch Mißhandlungen fast erblindet. Steffan übergab in den wichtigsten Großstädten die Leitung erfahrenen Politikern. In Frankfurt lag sie in den Händen von Kriminalrat Fries, der sich seinen Stab von Mitarbeitern schuf. Der greise Noske gehörte dazu“ (S. 49)

- **Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, Sig. 52 Nr. 3506 [Sammlung Christian Fries]:**

Rechtfertigungsschrift Christian Fries, 12. Januar 1947. Darin schreibt er u.a.:

„Im Jahr 1943 erhielt ich von Steffan, der engster Mitarbeiter des ermordeten Leuschner war, den Auftrag, in Frankfurt/M. eine antifaschistische Organisation zu schaffen, die bei einem bestimmten Ereignis in Aktion treten sollte. Ich bemühte mich, Personen zu gewinnen, die mir als verbissene Nazigegner bereits bekannt waren bzw. bekannt wurden. [...] Meine engsten Mitarbeiter wurden der Kriminalsekretär Hans Gorius [...] und der jetzige Polizei-Oberinspektor Georg Kaufmann [...]“

- **National Archives and Record Administration, Fries, Christian - XE003387:**

Schreiben von Gustav Kettel, 8. April 1946:

„Der Kriminalrat Christian Fries, früherer Leiter der Frankfurter Kriminalpolizei, wurde im August 1945 durch CIC verhaftet und nach dem Lager Ludwigsburg verbracht[... } Seit 1944 arbeitete ich politisch illegal für die ‚UNION deutscher sozialistischer Organisationen in Groß-Britanien' zum Sturz des Nazi-Regimes, nachdem die von mir in den früheren Jahren gegründeten antifaschistischen Organisationen in das Kartell der ‚UNION' durch den während des Krieges von England nach Deutschland kommmenden OSS-Mann Jakob Kappius aufgenommen worden waren. Die ‚UNION deutscher sozialistischer Organisationen in Groß-Britanien' arbeitete mit verschiedenen OSS-Leuten als Mitgliedern für den britischen Secret Service[...] In der Bearbeitung des Bezirkes Frankfurt/Main gelang es mir, im Jahr 1943/44 durch Verbindungsleute politische Verbindungen in das Frankfurter Polizei-Präsidium hinein aufzunehmen. Durch diese Verbindungsleute wurde mir unter anderem der damalige Kriminal-Inspektor Fries als politisch zuverlässig avisiert. Ich besuchte im Jahr 1944 Herrn Fries und stellte mich ihm zunächst unter dem falschen Namen ‚Campenhausen' vor. Bei dem Austausch der politischen Ansichten stellte ich dann zu meiner Überraschung fest, daß Herr Fries bereits einer Widerstandsgruppe angehörte und zwar war er Mitglied der Gruppe des Dr. Hans Hayn, eines Arztes in Neu-Isenburg. Da Herr Fries meiner politischen Auffassung der Lager vorbehaltlos zustimmte und da er sich andererseits als Mitglied einer Widerstandsgruppe legitimieren könnte, war seine politische Zuverlässigkeit für mich erwiesen [...] Herr Fries besass also das volle Vertrauen der Gruppe Dr. Hayn, die sich dem Kartell der ‚UNION' vorbehaltlos anschloss. Für die Gruppe Dr. Hayn andererseits war Herr Fries deswegen als politisch zuverlässig legitimiert, weil er seit Jahren an politischen Besprechungen im Hotel Zimmermann, Frankfurt/Main, Kronprinzenstrasse, teilnahm. An diesen politischen Besprechungen war u.a. ständiger Teilnehmer neben Fries der jetzige Regierungspräsident von Mainz, Jakob Stephan, ein enger Mitarbeiter des wegen seiner Beteiligung am Staatsstreich vom 20. Juli 1944 von den Nazi-Henkern ermordeten früheren hessischen Minister Leuschner [...]“

- **Werner/Fittkau 2019, u.a. S. 56-61: siehe Ausführungen zu Gotthold Fengler**
- **Bonavita 2023, Nie aufgeflogen: siehe Ausführungen zur Gotthold Fengler**

Zudem schreibt Benjamin Ortmeyer, dass Christian Fries mit Sicherheit „Nazi-Täter" gewesen sei

und die ganze Ausstellung damit disqualifiziert sei. Im Zusammenhang mit dem Bild von Abwehrchef Canaris werde hier ein völlig falscher Eindruck erweckt.

Insgesamt halten wir es für selbstverständlich, dass die meisten Personen im Sample keine weiße Weste haben. Viele haben sich am System beteiligt, sie haben Verbrechen begangen, Personen verfolgt und/oder ermordet. Das trifft sicherlich ganz besonders auf Ernst Schmidt zu. Dies wird auch an dem Zitat auf der entsprechenden Seite deutlich, in dem „seine" GFP-Gruppe als besonders grausam beschrieben wird. Grundsätzlich ist es wenig sinnvoll, die „guten" gegen die „schlechten" Taten aufzuwiegen. Es gibt beides, das Handeln der Personen war widersprüchlich. Das Foto von Canaris befindet sich an dieser Stelle, da er als Leiter des militärischen Nachrichtendienstes auch Leiter der GFP war. Bei Führungen durch die Ausstellung weisen wir deutlich darauf hin, dass es sich um einen erwiesenen Nazi-Verbrecher handelt. So wird die Verstrickung von Ernst Schmidt in den Verbrechenszusammenhang deutlich.

Benjamin Ortmeyer schreibt in seinen Ausführungen mehrfach über wirre Aussagen von Erna Rub nach dem Krieg. Was genau meint er damit? Wie schätzen wir die Glaubwürdigkeit von Rub insgesamt ein?

Ortmeyer bezieht sich u.a. auf einen Zeitungsartikel aus der Nachkriegszeit. Ob die Darstellung in dem Artikel über Erna Rub mit seiner Wahrnehmung übereinstimmt, können wir schwer sagen. Wir bezweifeln, dass er einen Blick in die Quellen geworfen hat.

Erna Rub erweckt den Eindruck einer sehr extrovertierten Frau. Sie wird als sehr kokett und kosmopolitisch beschrieben, was nicht in das damalige Frauenbild passte. An einer Stelle wird

vermutet, dass sie ein Verhältnis mit Lengeling gehabt haben könnte. Auch dieses Verhalten wurde sicherlich als unangemessen wahrgenommen. Dies mögen Gründe sein, weshalb der entsprechende Journalist ein derartiges Bild von Rub zeichnete.

Wir sehen ihre Glaubwürdigkeit dadurch nicht geschmälert. Dennoch müssen ihre Aussagen genauso wie alle anderen stets geprüft und hinterfragt werden. Kritisch sind hier unserer Auffassung nach vor allem die Ausführungen zur finanziellen und materiellen Bereicherung Lengelings.

In Bezug auf Polizeimeister Christian Vultees nennt Benjamin Ortmeyer dessen Zugehörigkeit zur Wachmannschaft in Lódz.

Genau diese Tatsache greift die Ausstellung auf, um auf der Kontext-Tafel die mörderische Funktion der in den Ghettos eingesetzten deutschen Polizisten darzustellen. In der Ausstellung ist ausdrücklich formuliert, dass Vultee sehr wahrscheinlich an schwersten Verbrechen im Rahmen seines Einsatzes beteiligt war.

Anscheinend in Bezug auf die Unterstützung der Rettung von Cavit Vitaman durch Christian Vultee schreibt Benjamin Ortmeyer von einer „dünnen Quellenlage'□ Trifft das zu oder was könnte Ortmeyer damit meinen? Wer hat den Einsatz von Vultee für Fitaman beglaubigt?

Was Ortmeyer mit seinen Ausführungen meint, ist an manchen Stellen schwer nachvollziehbar. Tatsächlich ist die Quellenlage zu Vultee dünn. Es gibt die Aussage von Cavit Fitamans Frau, sowie die Bestätigung von Christian von Vultee:

- **Studienkreis Deutscher Widerstand, EA 183 [Entschädigungsakte Fitaman]**

Schreiben Anni Fitaman [Ehefrau von Cavit Fitaman, geborene Heindl] 15.1.1959, in dem sie schreibt:

„Mein Mann wurde offenbar aufgrund von Denunziation mehrfach zur Gestapo gerufen und über sein Zusammenleben mit mir ausgefragt und zugleich verwarnt. Nach seinen Darstellungen wurden weitere Folgen dieser qualvollen Verhöre, wie Haft, K.Z. etc. nur durch den Umstand verhütet, dass er türkischer Staatsangehöriger war. Die Gefahr des Zusammenlebens wurde für uns beide immer grösser. So musste er mehrfach verwarnt, etwa im September 1935 ganz plötzlich ausziehen, weil wir durch einen Polizeibeamten über eine geplante Aktion informiert wurden. Als Beweise verweise ich auf die eidesstattliche Versicherung des Polizeimeister Christian von Vultee vom 30.4.1958."

- **Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 518 Nr. 75411/2 [Entschädigungsakte Cavit Fitaman]**

Erklärung von Christian von Vultee zum Sachverhalt, 30. April 1958:

„Hierdurch erkläre ich, dass ich im Jahre 1935 Frl. Anni Heindl, wohnhaft hier, Linneestr. 10, bei einem Besuch, aus freundschaftlichen Motiven, gesagt habe, daß Herr Cavid Fitamann, mit dem sie verlobt war und den sie nach den damaligen Gesetzen nicht heiraten konnte, unbedingt aus ihrer Wohnung ausziehen müßte. Ich habe ihr ferner noch mitgeteilt, dass ein Zusammenleben- und wohnen mit gefahr [sie!] verbunden sei. Herr Fitamann ist auch daraufhin ausgezogen.

Wir hoffen, dass diese Informationen und Stellungnahmen die sachliche Diskussion unterstützen.
Euer Geschäftsführender Vorstand

Polizei-Ausstellung:

Geschichtsrevisionismus als Werbeaktion

Eine Frankfurter Polizei-Ausstellung stellt Nazis als Widerstandskämpfer dar und wird vom hessischen Innenministerium zu PR-Zwecken genutzt

Interview: Lukas Rudolph 03.05.2024

Herr Ortmeyer, Sie kritisieren die Ausstellung »Handlungsspielräume. Frankfurter Polizeibeamte im Nationalsozialismus« scharf. Was ist Ihre Kritik?

Erstens: Die Verbrechen der Polizei, der Gestapo, der SS werden nur weichgespült dargestellt, formalistisch die Funktionen beschrieben. Zweitens: Die Ausstellung übernimmt gerade bei der Darstellung der ausgewählten angeblich widerständigen Polizisten quellenunkritisch vor allem Behauptungen aus den »Persilschein-Akten« der sogenannten Entnazifizierung, also lächerliche Rechtfertigungen von Familienangehörigen und engen Bekannten. Drittens: Die Bedeutung des Abrückens einiger Nazis und deutschnationaler Bündnispartner der Nazis von Hitler nach der Niederlage der Wehrmacht in Stalingrad, des gesamten Putsches vom 20. Juli 1944 wird grundfalsch eingeschätzt. Viertens: Der »Studienkreis«, ein gemeinnütziger und ehemals linker Verein, lässt sich für PR-Aktionen des vorherigen hessischen Innenministers Peter Beuth kaufen. Und fünftens: Die Ausstellung enthält haarsträubende Fehler, etwa die Behauptung, dass das KZ Buchenwald von der Roten Armee befreit worden sei.

Im Fokus stehen zehn Frankfurter Polizeibeamte zwischen 1933 und 1945. Können Sie Ihre Kritik anhand von ein oder zwei Personen genauer ausführen?

Der SS-Mann Ernst Schmidt, Direktor der Geheimen Feldpolizei, wird als Vorbild für polizeilichen Widerstand dargestellt. Dabei war er mit Sicherheit ein Nazitäter, der im Sommer 1944 im KZ Sachsenhausen eingesetzt wurde, um Häftlinge zu verhören. Solche Verhöre mit Folterung sind von Überlebenden dieses mörderischen Konzentrationslagers genau beschrieben worden. Auch im Fall des Polizisten Christian von Vulteé ist klar, dass er ein Naziverbrecher war. Er hat als »Polizist« im Getto Łódź gedient, einem der mörderischsten Gettos in Polen in der Zeit der Nazibesatzung. Und das sind nur zwei Beispiele. Das Grundproblem der »Persilschein-Besorgung« nach 1945 wird von der Ausstellung offensichtlich auch nicht grundlegend thematisiert.

Ein Persilschein war ein entlastendes Zeugnis für eine Person, die bei der Entnazifizierung wegen Mitgliedschaft in der NSDAP oder einer anderen NS-Organisation als belastet galt, richtig?

Ja, genau. Als Persilscheine wurden mit ironischem Unterton jene Zeugnisse und

Erklärungen bezeichnet, die durch Halbwahrheiten und Lügen die Nazitäter reinwaschen sollten. Das waren Erklärung von Familienangehörigen, Bekannten, auch von Pfarrern und von Nazikollegen – wer sich eben dafür bereit erklärte. So versicherte dann etwa ein Gestapo-Beamter, dass ein anderer Gestapo-Beamter bei den Verhören von Leuten aus dem Widerstand oder jüdischen Leuten immer höflich gewesen sei, so wie er selbst ja auch. Solche oft sogar eidesstattlich abgegebenen Erklärungen sind höchst unzuverlässige Quellen. Sie zeugen eher von guten Netzwerken der lügnerischen Nazis im Nachkriegsdeutschland.

Ein zentraler Begriff der Ausstellung ist »Ambivalenz«.

Das ist ein psychologischer Fachbegriff. Vulgärpsychologisch genutzt, ist er aber eine Art Geheimwaffe der Politik- und Geschichtswissenschaften, um zu vernebeln, wenn Tatbestände eindeutig sind. Man wechselt in die Seele, in die Psyche etwa der Naziakteure und stellt dann fest, dass der SS-Mann XY und der Gestapo-Mann YZ, vielleicht sogar Heinrich Himmler, die ermordeten jüdischen Leute und die gefolterten Widerstandskämpfer*innen eigentlich nicht nur gehasst, sondern auch geliebt und bewundert haben. Und dann werden als Entlastung für die Mörder und Folterer einzelne Handlungen herangezogen, die das beweisen sollen. Eigentlich ist das nicht besonders einfallsreich, hat aber eine große Reichweite im Sinne von »Mein Opa war kein Nazi«.

Um nochmals die Tragweite der Problematik dieser Ausstellung in den Blick zu bekommen: Welche Funktion hatten die Polizei und die Gestapo im NS-Regime?

Das ist doch eigentlich klar: Folterung. Ermordung. Zerschlagung des Widerstandes. Deportation der Sinti, Roma und der jüdischen Bevölkerung in die Vernichtungslager. Massenerschießungen. Aufbau eines umfassenden Spitzelsystems. Das alles ist umfassend dokumentiert, auch für die Naziverbrechen in den besetzten Staaten.

Es überrascht nicht, aber es hat fast eine groteske Seite, dass die Frankfurter Polizei – deutschlandweit bekannt durch Nazi-Chatgruppen oder den NSU 2.0 – eine Ausstellung zu Bildungszwecken der eigenen Beamt*innen heranzieht, in der NS-Verbrecher als Widerstandskämpfer dargestellt werden.

Nun, so grotesk ist das doch gar nicht. Das hessische Innenministerium und erst recht die Frankfurter Polizei haben ein Image-Problem. Öffentlichkeitsarbeit ist Teil der Polizeiarbeit, und dazu gehört eben auch, in einer ehemals eher linken Organisation, dem Studienkreis Deutscher Widerstand 1933–1945, ein Zitat des Innenministers – damals Peter Beuth – zu platzieren und gleich am Anfang mit Bild und Grußwort den Frankfurter Polizeipräsidenten als Lichtgestalt einzubauen. Das lässt man sich schon einige 10 000 Euro kosten. Und schnell wird zudem noch eingebaut, dass die Rote Hilfe laut Verfassungsschutz heutzutage »linksextrem« ist.

Kuratiert wurde die Ausstellung vom Studienkreis Deutscher Widerstand 1933–1945, ein gemeinnütziger und, wie Sie sagen, ehemals linker Verein, in dem Sie auch selbst Mitglied sind. Wie kam man auf eine solche Idee?

Der Studienkreis wurde gegründet, um der Fehldeutung des Putschversuches einiger deutscher Generäle des 20. Juli 1944, der lange Zeit vorrangig als Widerstand gefeiert wurde, entgegenzutreten. Es ging uns dabei auch um die Aufwertung des sozialistisch-kommunistischen Widerstands, der Edelweißpiraten, um die Gruppe Weiße

Rose, um die Arbeiterin – ob SPD, KPD oder parteilos –, die Zwangsarbeiter mit Brot versorgt hat, und auch um die »Prostituierte«, wie es damals hieß, die in Berlin jüdische Kinder versteckte – um die unbesungenen Helden und Heldinnen also. Peter Gingold und Irmgard Heydorn, beide früher wichtige Persönlichkeiten auch für diesen Verein, sowie viele andere aus dem wirklichen Widerstand hätten eine solche Polizei-Gestapo-SS-Ausstellung niemals zugelassen! Sie fehlen uns so sehr. Ihr Tod wurde schamlos ausgenutzt.

Wie kann ein solcher Verein so etwas zulassen?

Diese ganze ekelhafte Ausstellung »Polizei im NS« in Frankfurt wurde hinter dem Rücken der Kinder von Leuten aus dem Widerstand ausgeheckt, die im Vorstand waren. Und hinter dem Rücken der Mehrheit der Mitglieder, logisch. Manche Mitglieder sind aus Protest ausgetreten – auch aus dem Vorstand. Die politische Implikation ist klar: Relativierung der Naziverbrechen und Entlastung der Naziverbrecher. Im Gegensatz dazu steht beispielsweise eine großartige Ausstellung von 2011 über die Nazi-Polizei mit dem Titel »Ordnung und Vernichtung. Die Polizei im NS-Staat«, die unter anderen von den Professoren Reinhard Rürup und Michael Wildt betreut wurde.

Wie hatte sich diese Ausstellung von 2011 zur Polizei im NS des Themas Widerstand angenommen?

In der Ausstellung wurden die gesamten vielfältigen Naziverbrechen der Polizei klar aufgezeigt, aber es wurden auch Fälle benannt, bei denen unstrittig Polizisten wirklich Widerstand geleistet hatten. Zu Recht wurde das in dieser Ausstellung aber als »absolute Ausnahmeerscheinung« bezeichnet. Die notwendige Ehrung jener sehr, sehr seltenen Ausnahmen, die wirklich, teils sogar aus der SS heraus, Widerstand geleistet und nachweislich Dokumente an die Alliierten geliefert hatten, wie Kurt Gerstein – siehe hierzu die Studie von Saul Friedländer –, wird auch dadurch diskreditiert, dass man nun Gestapo-Beamte und SS-Leute, die an Folter und an Morden beteiligt waren, in die Reihe dieser Menschen aufnimmt. Dass die Erkenntnis aus dieser ersten, wissenschaftlich erstellten und betreuten Ausstellung aus Dummheit oder bewusst ignoriert wurde, zeigt die faktische Unwissenschaftlichkeit der aktuellen Frankfurter Ausstellung. Diese ist im Vergleich zur fundierten und hochkarätigen wissenschaftlichen Ausstellung von 2011 als geschichtsrevisionistische Gegenausstellung zu bezeichnen.

INTERVIEW

privat

Benjamin Ortmeyer lehrte nach seiner Habilitation als außerplanmäßiger Professor im Fachbereich Erziehungswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt am Main und leitete dort die Forschungsstelle NS-Pädagogik. Er ist seit 2018 im Ruhestand.

1. Auflage

Anlässlich der geschichtsrevisionistischen Ausstellung zur Frankfurter Polizei in der NS-Zeit:

Offener Brief an den provisorischen Vorstand und die Mitglieder des „Studienkreises“

Benjamin Ortmeyer

Mit einem Vorwort des AStA
der Goethe-Universität Frankfurt/M

1. Auflage, November 2023

Vorwort des AStA der Goethe-Universität

> „Für Hitler und seine Anhänger gibt es auf dieser Erde keine Strafe, die ihren Taten gerecht wäre. Aber aus Liebe zu kommenden Generationen muss nach Beendigung des Krieges ein Exempel statuiert werden, dass niemand auch nur die geringste Lust je verspüren sollte, Ähnliches aufs Neue zu versuchen. **Vergesst auch nicht die kleinen Schurken dieses Systems, merkt Euch die Namen, auf dass keiner entkomme! Es soll ihnen nicht gelingen, in letzter Minute noch nach diesen Scheußlichkeiten die Fahne zu wechseln und so zu tun, als ob nichts gewesen wäre!**“
>
> Viertes Flugblatt der Weißen Rose
> In: Scholl, Inge: Die weiße Rose,
> Frankfurt am Main 1985, S. 114, (H.v.u)

Als demokratisch gewählte Vertretung der Studierendenschaft steht der AStA der Goethe-Universität an der Seite der Verfolgten, Unterdrückten und Entrechteten. Die notwendige Konsequenz aus dem Wahn, mit dem nationalsozialistisch gesinnte Studenten auch in Frankfurt jüdische und kommunistische Kommilitonen angriffen, Bücherverbrennungen organisierten und im zwangsweise geräumten Institut für Sozialforschung den Sitz des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbunds errichteten, ist für uns der Kampf gegen jegliche Ideologien der Ungleichwertigkeit, gegen Antisemitismus und Rassismus, gegen Geschichtsrevisionismus und alle Versuche, die NS-Geschichte Deutschlands aufzuweichen.

Seit Juli 2023 ist im Frankfurter Polizeipräsidium die Ausstellung „Handlungsspielräume – Frankfurter Polizeibeamte im NS“ zu sehen. Wobei sie nur für einen ausgewählten Personenkreis tatsächlich sichtbar ist: Da sie im Sicherheitsbereich aufgestellt ist, ist sie fast ausschließlich Polizist*innen und von der Polizei Vorgeladenen zugänglich. Die Ausstellung wurde konzipiert vom Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945 e.V. Nach dessen Aussage verfolgt sie das Ziel, das „widerständige Handeln in der NS-Zeit“ von zehn Frankfurter PolizistInnen „in den Kontext der Rolle der Polizei 1933-1945“ zu stellen. Finanziert wurde die Ausstellung vom „Hessischen Kompetenzzentrum gegen Extremismus“, einem anderen Teil des Sicherheitsapparats.

In einer Zeit, in der die Frankfurter Polizei skandalumwittert ist – von Racial Profiling über das aufgelöste SEK bis zu den NSU-2.0-Polizisten Johannes S. und Miriam D. – kommt eine solche Ausstellung, die beweisen soll, dass sich unter den PolizistInnen ja doch eigentlich WiderstandskämpferInnen befunden haben, politisch wohl nicht ungelegen. Dass die Polizei im NS-Staat eine Institution des Terrors war, rückt beim Anblick der „Kontexttafeln“ der Ausstellung glatt in den Hintergrund. So fügt sich die Ausstellung in die allgemeine Tendenz, mit fürchterlichen Modewörtern wie „Ambivalenz“ und „Kontext“ mörderische Verbrechen zu verharmlosen und zu relativieren. Gestapo-Verbrechen, SS-Verbrechen unter Beteiligung der Polizei werden zur bloßen Nebensache degradiert, im Zentrum steht der widerständige Heldenmut der vorgestellten PolizistInnen. Letztlich ist das Geschichtsrevisionismus: Müsste dann auch Heinrich Himmler geehrt werden, weil er, um sich zu retten, am Ende des Krieges noch jüdische Geiseln an die Alliierten verkauft hat? SS und Gestapo waren verbrecherische

Institutionen – die Ehrung von Angehörigen dieser Gruppen, ausgerechnet noch im Frankfurter Polizeipräsidium, ist unerträglich.

Der Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945 e.V. wurde von Überlebenden des antifaschistischen Widerstands gegen den NS-Terror aufgebaut. Die Kinder der Gründungsgeneration des Vereins Miriam Heydorn und Ann Anders sind zwischenzeitlich unter Protest angesichts des Geschichtsrevisionismus aus dem Vorstand zurückgetreten, andere sind aus dem gleichen Grund aus dem Verein ausgetreten.

Wir nehmen die Ausstellung zum Anlass, mit der vorliegenden Dokumentation eine ausführliche Kritik an ihrer inhaltlichen Ausrichtung vorzulegen.

Es scheint uns heute wichtiger denn je, das politische Erbe des antifaschistischen Widerstands gegen jede inhaltliche Aufweichung und jede staatstragende Einhegung zu verteidigen. Denn der entschiedene Kampf gegen Nazis, nicht zuletzt jene in (Polizei-)Uniform ist dringend geboten.

Frankfurt am Main, November 2023

Der Vorstand

Pia Troßbach,
Bleta Berisha,
Mathias Ochs,
Emma Scholz,
Nabila Sayah,
Tjark-Hagen Kandulski

Anlässlich der geschichtsrevisionistischen Ausstellung zur Frankfurter Polizei in der NS-Zeit:

Offener Brief an den provisorischen Vorstand und die Mitglieder des „Studienkreises“

Benjamin Ortmeyer

Anlässlich der Ausstellung zur Frankfurter Polizei in der Nazi-Zeit

Offener Brief an die Mitglieder des „Studienkreises“

Benjamin Ortmeyer

Vorbemerkung

1. Nötige offene Debatte angesichts der Krise des „Studienkreises“

Vor einiger Zeit erschien ein Artikel im Internet[1] und ein Artikel in KONKRET[2], und vor einigen Wochen gab es einen Rundbrief des Vorstandes und dann noch einen. Beides drehte sich um die Ausstellung im Polizeipräsidium, die mit 37 000 Euro von einer Unterorganisation des Hessischen Innenministeriums bezahlt wurde.

Mirjam Heydorn, deren Mutter im Widerstand in Hamburg aktiv war und später Jahrzehnte lang mit Trude Simonsohn zusammen an Schulen und Universitäten über den NS aufgeklärt hat, sowie Dr. Ann Anders (ebenfalls aus einer Familie politisch Verfolgter kommend) sind aus dem Vorstand des „Studienkreises“ zurückgetreten. Zudem wird von engagierten Mitgliedern des „Studienkreises“ die Zurückziehung dieser geschichtsrevisionistischen Ausstellung gefordert.

Ich selbst bin seit vielen Jahren Mitglied und habe über 30 Jahre lang Veranstaltungen mit **Irmgard Heydorn** in Schulen und an der Goethe-Universität durchgeführt, - meist, aber nicht immer, zusammen mit Trude Simonsohn. An der aktuellen Auseinandersetzung war ich bisher nicht beteiligt. Aber jetzt. Denn es ist eine fundamentale Krise des „Studienkreises“, dass Persönlichkeiten wie Mirjam Heydorn und Dr. Ann Anders auch angesichts der Ausstellung des „Studienkreises“ vom Vorstand zurückgetreten sind. Ich erwäge auch meinen Austritt aus dem „Studienkreis“, falls eine demokratische, transparente Debattenkultur fehlt.

Ich bitte, ja fordere vom Vorstand des „Studienkreises“ im Interesse der Transparenz und der demokratischen Diskussion, allen Mitgliedern des „Studienkreises“ diesen Offenen Brief, mit Anhang und eine den Ablauf sowie offene Frage klärende Chronologie (die ich nicht anfertigen kann) per Mail - allein der provisorische Vorstand hat die Mailliste - zu senden.

2. Worum geht es?

Der Widerstand gegen die Nazis war in Deutschland nicht so üppig und ist zudem heiß umkämpft. Um den Widerstand der ‚einfachen Leute‘ wie man so komisch sagt, also vor allem die Linke, die sozialistische und kommunistische Bewegung zu diskreditie-ren, wurde zunächst der Militärputsch 1944 als entscheidend hervorgeholt. Er wurde

1 Der Artikel im Internet (Frankfurt-Info) von der AG Frankfurter Geschichte (Siehe Anhang) hat schon treffend zusammengefasst, worum es ging und es würde mich eine Stellungnahme zu diesem Artikel des aktuellen provisorischen Vorstands des Studienkreises interessieren.

2 **„Allgegenwärtige Ambivalenz“ v**on Dr. Peer Heinelt, KONKRET September 2023

zugleich immer als Werbeveranstaltung für die deutsche Wiederaufrüstung, für den Aufbau der Bundeswehr genutzt.

Als klar war, dass der Nazi-Krieg verloren war, also spätestens nach Stalingrad Anfang 1943, kam es zu einem taktischen Umdenken im Spitzenpersonal des NS-Staates, auch bei Generälen, in der SS, der Gestapo und der Polizei. So hat auch ein Polizist in Düsseldorf, der zuvor an der Deportation der jüdischen Bevölkerung in Darmstadt beteiligt war, ganz zum Schluss des Naziregimes die Befehlskette unterbrochen, damit Düsseldorf an die US-Armee übergeben werden konnte. Dafür wird er im Jahre 2023 sowohl in Darmstadt als auch in Düsseldorf geehrt. Er habe doch etwas Gutes getan, heißt es. Das bestreitet niemand, aber die Frage ist aber zu Recht von Daniel Neumann, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Darmstadt aufgeworfen worden, (Siehe Jüdische Allgemeine vom 8. Mai 2023) seit wann eine Art „Verrechnung" richtig ist, nach dem Motto: Sooo schlimm war das mit der Deportation der Juden auch nicht, schließlich hatte der Polizist XY ja auch „Gutes getan".

Für am Humanismus orientierte Menschen ist es klar, dass das nun gar nicht geht. Es spiegelt nur wieder, was sich seit vielen Jahrzehnten in den Diskussionen über den Widerstand der Generäle am 20. Juli abspielt. Ausgesprochene Judenhasser wie der Bürgermeister von Leipzig Goerdeler oder auch Massenmörder wie General Stülpnagel, erkannten, dass der Krieg verloren war. Für diese Generäle hatte das Großmaul Hitler den Krieg in den Sand gesetzt und Generäle wollen nun mal ein Krieg gewinnen. Also galt es, Hitler zu beseitigen, um mit den West-Alliierten zu einem Frieden zu kommen.

3. Ehrung des Massenmörders General Stülpnagel in einer Frankfurter Schule

Da passt es ins Bild, dass der „beste Abiturient" des Frankfurter Lessing-Gymnasiums, der am Putschversuch 20. Juli 1944 in Paris beteiligt war, General Karl Heinrich von Stülpnagel inzwischen wieder in einer Art Ehrenhalle des Gymnasiums rehabilitiert wurde, obwohl er nach Protesten von Beate Klarsfeld und Resistance-Kämpfern vor einigen Jahren aus der Aula des Gymnasiums entfernt werden musste. Stülpnagel hatte zunächst in der Sowjetunion als General gemordet, dann die Massenermordung von Resistance-Kämpfern angeordnet und in ganz Paris plakatieren lassen und zudem die Deportation der jüdischen Bevölkerung aus Frankreich über Drancy nach Auschwitz angeordnet und mitorganisiert. Die Begründung für seine erneute Ehrung ist bemerkenswert, denn dort heißt es wörtlich über seine Massenmorde als General in der Sowjetunion**: „Auffallend ist jedenfalls, dass im Bereich seiner Armee die Zahl der Erschießungen von Juden deutlich niedriger war als bei anderen Armeen**".[3] Kein Kommentar.

[3] Kern, Michael: Carl-Heinrich von Stülpnagel und Konrad Heiden, in: Mieles, Bernhard u.a. (Hg.): Nachforschungen der Wahrheit – Von der alten Lateinschule zum Lessing-Gymnasium in Frankfurt am Main – Festschrift zum 500-jährigen Jubiläum der Schule Frankfurt am Main 2020, S. 379)

Und so war es auch auf unterer Ebene, etwa im Umkreis der putschenden Generäle des 20. Juli 1944. Polizei, Gestapobeamte und SS Leute bemühten sich schon vor 1945 um „Persilscheine“, abgesehen davon, dass sie bereits über gefälschte Ausweise verfügten, um nach dem Ende des Krieges über irgendwelche „Rattenlinien“ in anderen Ländern zu verschwinden. Es galt die Maxime „Man kann ja nie wissen“, und da war es schon gut, wenn man aus Alibigründen einigen Leuten half, die dann später für einen aussagen konnten. Außerdem konnte man im erzwungenen räuberischen „Tausch“ gegen Wertsachen „helfen“ und sich bereichern.

4. Rollback „Zurück in die Fünfziger Jahre“ / Erst Foltern, dann „was Gutes tun“ - dann ist alles in Ordnung?

So läuft das Rollback „Zurück in die Fünfziger Jahre“ auch in Frankfurt am Main. Ausgerechnet der „Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945“ - gegründet 1967, um den Märchen vom 20. Juli 1944 als dem alleinigen oder hauptsächlicheren Widerstand entgegenzutreten, - vollzog nun eine Kehrtwende um 180°-Grad. Jede angedeutete Handlung gegen das NS-Regime innerhalb der Nazi-Mordorganisationen, egal von wem und warum, wird in einer neuen Ausstellung für die Frankfurter Polizei als „Widerstand „bezeichnet. „Ambivalenzen“ lautet das Code-Wort für diesen Geschichtsrevisionismus. Dabei wird mehr oder minder geschickt Richtiges mit Falschem gemischt.

Was die Polizei in Frankfurt systematisch an Folter und Mord in der Nazizeit verbrochen hatte, ihre Rolle bei den Deportationen der jüdischen Bevölkerung, wurde schon vor langer Zeit von Adolf Diamant in einer großen Studie „Gestapo in Frankfurt am Main“ 1988 festgehalten: „Mit Totschlägern, Knüppeln und Peitschen wurden die Vernehmungen durchgeführt“. Und die Gestapo hat gerade in Frankfurt Hunderte von sogenannten „begüterten" Juden verhaftet. Sie wurden erst freigelassen, nachdem sie vor einem ins Gefängnis gesandten Notar ihr Vermögen den Nazis überschrieben hatten. Aber zählt das nicht, wenn doch dafür dieser oder jener freikam, der sich freigekauft hatte? Dieser Logik folgend müsste auch der Chef der Polizei, Gestapo und SS Heinrich Himmlers in die Riege solcher angeblichen „Widerstandskämpfer“ aufgenommen werden, da er über das Rote Kreuz am Ende des Krieges jüdische Häftlinge verkaufte.

5. In Kürze: Zur Polizeipräsidiums-Ausstellung des „Studienkreises“

Die vom Hessischen Innenministerium, vom Verfassungsschutz und von der Polizei gesponserte Ausstellung des „Studienkreises“, die am 20. Juli 2023 im Polizeipräsidium in Frankfurt am Main eröffnet wurde, mischt die Fälle von zehn Beamten aus Polizei, Gestapo und SS, um ausgesprochene Nazischergen in den Kreis des Widerstandes aufzunehmen. Wie sieht die Mischung der „zehn Fälle“ aus?

Drei Polizisten werden sicherlich zu Recht geehrt, und das schon seit Jahren, weil sie wirklich handfest geholfen haben, wie glaubwürdige Personen bezeugten, darunter der in Frankfurt untergetauchte Valentin Senger, dem ein Polizist das Überleben mit seiner Familie ermöglichte. Darüber gibt es keinen Streit. Zwei Personen passen

gar nicht zum Thema, da sie gleich 1933 von den Nazis entlassen wurden. Es bleiben fünf Fallstudien, bzw. Ausstellungstafeln.

Da gibt es weiter drei sehr unklare Fälle, die hauptsächlich aufgrund der Aussagen von Angehörigen und Freunden nach 1945 in den Entnazifizierungsverfahren zu Vorbildern für die Polizei heute hochstilisiert werden. Sie sollen im Umkreis des 20. Juli 1944 tätig gewesen sein. Die Quellenlage ist extrem dürftig und nicht beweiskräftig. Das ist zumindest ein Problem, da die berüchtigten „Persilscheine" („Der Gestapo-Beamter X erklärt, dass auch der Gestapo Beamte Y bei Verhören immer sehr höflich gewesen sei") längst in der seriösen historischen Forschung keinesfalls als „valide", also ernstzunehmende Quellen verwendet werden können.

In zwei Fällen ist die Quellenlage so, dass diese Leute auf keinen Fall geehrt werden dürfen.

Ernst Schmidt

Der **SS-Mann** und leitend in der **Geheimen Feldpolizei** war mit Sicherheit ein Nazi-Täter, der auch Verhöre im KZ Sachsenhausen durchgeführt hat. Die Häftlinge des KZ Sachsenhausens, die von ihm „verhört" wurden, würden sicher nicht bestätigen, dass es keine Folter gab. Ernst Schmidt war dann 1942 Leiter der „Spionageabwehr" in Frankfurt am Main. Warum und inwiefern er an Passfälschungen für Verfolgte beteiligt war, wird nicht wirklich geklärt. Es gab einen Kreis von erpresserischen Nazi-Räubern um Ernst Schmidt herum, die in der Ausstellung auch geehrt werden, deren ungeheure Vermögenssteigerung nach 1945 anscheinend niemand beschäftigte.

Christian von Vulteé. Es ist klar, dass Vulteé ein Nazi-Verbrecher war. Die Behauptungen seiner Hilfe für Verfolgte beruht auf einer Nachkriegsaussage; er selbst hat als Polizist im Ghetto Lodz „gedient", einer der mörderischsten Ghettos in Polen in der Zeit der Nazibesatzung. Ob er aus persönlichen Gründen oder gegen Geld einem Freund geholfen hat, sei dahingestellt. Das Grundproblem der „Persilschein-Besorgung" nach 1945 wird offensichtlich von der Ausstellung nicht grundlegend thematisiert. Über das Ghetto Lodz wäre noch einiges zu sagen, etwa, dass systematisch die jüdischen Menschen ausgehungert wurden, so dass die Transporte in die Vernichtungslager von dort aus weniger Transportmittel benötigten. (Der Bruder von Dr. Karl Brozik sel. A. verhungerte dort.)

Die notwendige Ehrung jener sehr, sehr seltenen Ausnahmen, die wirklich, obwohl in der SS, Widerstand geleistet haben und nachweislich (Siehe die Studie von Saul Friedländer) Dokumente an die Alliierten geliefert haben wie Kurt Gerstein, wird auch dadurch diskreditiert, dass man nun Gestapo-Beamte und SS Leute, die an Folter und an Morden beteiligt waren, in die Reihe der Menschen aufnimmt, die wirklich Widerstand geleistet haben.

Unprofessionell.

Die Ausstellung ist zudem ausgesprochen unprofessionell, da die Wahrheit verfälschend behauptet wird, dass das KZ Buchenwald von der „Roten Armee" befreit" worden sei. (S. 46 des Ausstellungskatalogs.) Welches Niveau muss ein

Lektor dieser Ausstellung haben, der sich übrigens bei der Ausstellungseröffnung im Polizeipräsidium selbstverliebt als „Experte für historisch-politische Bildung“ vorstellte, um so etwas zu übersehen?

Nicht zu vergessen: Es ist gleichzeitig eine Werbeveranstaltung für die Frankfurter Polizei und ihren wegen der NS-Skandale in der hessischen Polizei und in der Frankfurter Polizei umstrittenen Innenminister Peter Beuth, der dann wie zufällig in der Ausstellung (Ausstellungskatalog S. 51) mit einem Zitat zu Wort kommt.

* * *

Übrigens: Es geht bei dieser Ausstellung dem Polizeipräsidenten offensichtlich nicht darum, Polizeikräfte aufzufordern, Flüchtlinge, die zu Unrecht in Folterstaaten abgeschoben werden, freizulassen, also praktisch heute Widerstand zu leisten. Es geht nicht darum, jene zu ehren, die heute gegen Nazi-Parolen ihrer Kolleginnen und Kollegen aktiv vorgehen, nicht anonym, sondern offen. Es geht nicht darum, eine wirkliche Studie über Rassismus in der Polizei, (die dringend nötig ist ebenso wie in der Bundeswehr und in den Schulen) zu fordern und hierfür Konzeptionen vorzulegen. [4]

* * *

Es geht also um vier Ebenen der Auseinandersetzung über diese Polizeiausstellung:

Erstens geht es um eine inhaltliche Bewertung der Ausstellung.

Zweitens geht es um die Einschätzung des Vorgehens von Teilen des damaligen Vor-standes und des heutigen provisorischen Vorstands, um diese Ausstellung durchzu-setzen.

Drittens geht es um die aktuelle Einschätzung der politischen Situation der Frankfurter Polizei und der Bedeutung einer solche Ausstellung - finanziert von einer Unterorganisation des hessischen Innenministeriums, - angesichts der Vertuschung der großen Skandale um die Polizei in Frankfurt im Kontext des hessischen Innenministeriums.

Viertens geht es um mögliche Konsequenzen aus dem ganzen Vorgang.

[4] Na, das wäre doch eine Ausstellung über das mutige Handeln von Polizisten heute, die sich so gegen Unrecht wehren, aber was bekommt man da zusammen, wie viel Fälle gibt es - das wäre eine interessante Forschung. Vor vielen Jahren gab es eine Organisation der „Kritische Polizei“, die aufgefordert haben Asylsuchende freizulassen und das auch getan haben, aber heute? 1996 konnte ich auf die „Kritische Polizei“ und den Polizisten verweisen, solche Fälle sind mir heute nicht bekannt. 1996: „Da gibt es, wie die couragierte Gruppe der kritischen Polizisten publik gemacht hat, den Landauer Polizisten Roland Schlosser, der nicht mit ansehen konnte, dass ein Asylbewerber aus Angola abgeschoben werden sollte, dass er, ohne ein Verbrechen begangen zu haben, ins Gefängnis gesteckt in Abschiebehaft genommen wurde. Er half ihm und ist nun selbst Beschuldigter.“ (Rede B. O. in der Jüdischen Gemeinde Berlin 20. Oktober 1996, „Schulzeit unterm Hitlerbild“, 2000, Frankfurt/M, S. 222)

Zur Ausstellung „Handlungsspielräume – Frankfurter Polizeibeamte im Nationalsozialismus“[5]

I. Vorangestellt

1. Polizeipräsident Müller und ein Stefan Querl vorab

Der Ausstellungskatalog umfasst 70 Seiten, wobei einleitend auf Seite vier und fünf der Polizeipräsident von Frankfurt Stefan Müller Stellung nimmt. Er erläutert, dass das Ausstellungsprojekt aus Mitteln des Landesprogramms „Hessen aktive Demokratie und gegen Extremismus“ finanziert wurde. Der Polizeipräsident betont die „Ambivalenz von widerständigen Polizeiangehörigen zu dieser Zeit“ und fordert: „Ihre Biografien müssen daher differenziert betrachtet werden.“ (S. 4). Er sieht in den in der Ausstellung gezeigten Beispielen eine Inspiration für heutige Polizistinnen und Polizisten und dankt dann ausdrücklich dem Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945 E. V. (S. 5)

5 Nach ersten Kritiken wurde das Hauptthema der Ausstellung, der Titel geändert. Ursprünglich sollte die Ausstellung anders, nämlich geschichtsrevisionistisch lauten. „Zwischen Widerstand und Täterschaft. Frankfurter Polizeibeamte im Nationalsozialismus.“ Die Polizei und die Gestapo, eine ambivalente Organisation oder was?

Korpsgeist – eine „ursprünglich mal echte Tugend“?

Als nächstes nimmt ein Stefan Querl Stellung, der herzlich zur Ausstellung gratuliert und erzählt wie er mit dem Fahrrad an die Goethe-Universität in Frankfurt zum Fritz Bauer Institut gefahren ist. Er leitet Bildungsarbeit für Polizistinnen und Polizisten, wie er schreibt. Eine zentrale These in diesen zwei Seiten (S. 6-7) besteht darin, dass er feststellt, dass der sogenannte „**Korpsgeist**“ eine „**ursprünglich mal echte Tugend**“ (S. 7) gewesen sei, die aber auch „kippen“ könne. Hier sei schon als Frage festgehalten: Wann war jemals in der Geschichte ein „Korpsgeist“ eine echte Tugend? Wir erfahren es nicht. Wir erfahren jedoch auch von ihm:

> „Politisch ist für mich das Gegenteil von rechts nicht zwangsläufig links. Auch als Mensch in der Mitte möchte ich Nein zu gewissen Entwicklungen sagen“. (S. 7)

Und warum es ihm bei dieser Ausstellung geht, wird im letzten Satz zusammengefasst. Der Begriff Widerstand solle „keinesfalls nur **neuen Demokratie-Feinden** überlassen“ (S. 7) werden. Wer ist gemeint? Nur die „Impfgegner“? Oder auch jene, die sich als Anti-Nazi-Organisationen seit Jahren in der ganzen Bundesrepublik organisiert haben und nicht nur „Nein sagen“, „und den Anfängen (?) wehren“, sondern den Nazis wirklichen Widerstand leisten und als „linksextrem“ diffamiert wer-den? Ist es also eine Kampfbroschüre nach Auffassung von Stefan Querl gegen die Linken, „die neuen Demokratie-Feinde“?

2. Zur Folie „Ein Instrument des Unrechtsstaats“

So eingestimmt beginnt die Ausstellung (offensichtlich nach ersten Kritiken eingefügt) mit zwei Seiten über die Polizei im Nationalsozialismus als „Instrument des Unrechtstaats“. (S. 8-9)

Nur „Verfolgung“?

Hier ist auffällig, dass die Mordpraxis der Polizei im Nazistaat bei dieser Gesamteinschätzung nicht benannt wird und so getan wird als ging es nur um die Verfolgung bestimmter Gruppen. Es ging aber um Massenmord. Der Begriff „Unrechtsstaat" verharmlost dies eklatant. Nochmals: Es ging nicht bloß um Diskriminierung und Verfolgung. Und: Während der Polizeipräsident gelernt hat von Sinti und Roma zu sprechen, so lässt es sich die Ausstellung nicht nehmen in Anführungszeichen ausdrücklich und ohne Kommentar das Z-Wort einzufügen.

Im Verlauf der Ausstellung begegnen wir dann nicht nur zehn Polizei-Biografien, die vorgestellt werden. Es werden weiter, - es wirkt wie nachträglich nach den ersten Kritiken eingefügt, - Hintergrundinformationen bereitgestellt.

II. Gefährliche Mischung: Die Darstellung der zehn Personen

1. Schon 1933 entlassen:

Ferdinand Mührdel (S. 10-11) und Else Wüst (S. 14-15)

Beide Fälle „passen“ nicht in das Ausstellungsthema, es sollte wohl unbedingt die Zahl 10 erreicht werden. Der SPD-Mann, Mührdel, in Frankfurt seit 1923 Leiter der politischen Polizei, passt in diese Ausstellung „Frankfurter Polizeibeamte im Nationalsozialismus“ gar nicht, denn er hat nicht in der eigentlichen NS-Zeit gehandelt, sondern wohl am Ende der Weimarer Republik beim Übergang zum NS-Staat und hat lobenswerter weise Akten über SPDler, KPDler und andere Gegner des Naziregimes, wie es ohne Quellenbeleg in der Ausstellung heißt, vor dem April 1933 (wann genau ist unklar) nicht weitergegeben.

6

Kurz gesagt, das Beispiel ist kein Beispiel. Dass an diesen Mann und seine Handlungen erinnert wird und er geehrt wird, ist in anderem Rahmen sicher richtig. Als Beispiel für Widerstand im NS-Staat ist es eher nicht geeignet, oder nur ein Grenzfall, der als solche in einer Einleitung hätte herausge-stellt werden müssen. Aber das ist erst einmal nebensächlich.[7]

Auch die Kriminalkommissarin Else Wüst passt nicht in die vorgesehene Ausstellung, da sie bereits 1933 aus dem Polizeidienst entlassen wurde. Auch sie muss in anderem Rahmen geehrt werden. Auch hier wird versucht, einfach die Anzahl von widerständigen Polizistinnen und Polizisten in der Nazizeit zu erhöhen, obwohl sie 1933 gleich entlassen wurde. In anderem Rahmen an sie zu erinnern und sie zu Ehren, ist absolut berechtigt. Aber als Widerstand einer Person im NS-Polizeidienst kann dieses Beispiel auf jeden Fall nicht verwendet werden.[8]

2. Drei unstrittige Personen: Emil Monno (S. 18-19), Otto Kaspar (S. 22-23) und Klaus Hornig (S. 46-47)

Hier ist in der Tat mit **Emil Monno** nun eine Person hervorgehoben, die als Polizeihauptwachtmeister offensichtlich mit dem Widerstand zusammengearbeitet hat, wie die kommunistische Widerstandskämpferinnen Lore Wolf nach 1945 glaubwürdig bestätigt hat. Der Ausstellungstext klärt nicht, warum er aus dem Polizeidienst als SPD Mitglied 1937 entlassen wurde, obwohl die Anklage gegen ihn wegen Hochverrat 1935 fallen gelassen wurde, genauer er wurde freigesprochen. Hier gilt wohl als entscheidend das Zeugnis der Kommunistin Lore Wolf. Fragen bleiben. Aber es lässt sich festhalten, dass er zu Recht in eine solche Ausstellung hineingehört, aber durch das Fehlen genauer Beschreibung seiner Widerstands Tätigkeit, seiner konkreten Handlungen bleibt das Bild blass. Vielleicht hätte die genaue Ausführung von Lore Wolf hier helfen können.

Der Polizeimeister **Otto Kaspar** half der Familie Senger. Er wird zurecht aufgeführt und durch einen Straßennamen geehrt. Sein Verhalten wurde konkret von Valentin Senger belegt und war und ist vorbildlich.[9]

Der Polizei-Oberstleutnant **Klaus Hornig** hat als Angehöriger eines Polizeibataillons in Nubien nachweislich die Erschießung von Kriegsgefangener verweigert. Er ist zudem ein Beispiel dafür, dass auch jene die solche Befehle verweigert haben, keinesfalls sofort erschossen wurden. Es erfolgte seine Einweisung des KZ Buchenwald, wobei in der Ausstellung behauptet wird, dass das KZ Buchenwald angeblich durch die Rote Armee (S. 46) befreit worden sei, was ein offensichtlicher historischer Fehler ist. Es war eine koordinierte Aktion der Häftlinge im KZ Buchenwald angesichts der herannahenden US-Armee, die zur Befreiung des Lagers geführt hat.

Klaus Hornig kann und sollte auf jeden Fall geehrt werden.[10]

3. Drei höchst obskure Fallbeispiele: Gotthold Fengler (S. 26-27), Christian Fries (S. 30-31) und Egon Legeling (S. 34-35)

Der **Gestapo-Beamte und SS-Mann Gotthold Fengler** soll im „Leuschner-Kreis“ rund um den 20. Juli 1944 aktiv gewesen und NS-Verfolgten geholfen haben. Die Ausstellung nennt außer seiner Tochter keine validen Quellen für diese Behauptung. Wenn es bessere Quellen gibt, müssten sie genannt werden. So aber bleibt nur die Behauptung eines „Widerständlers“ aus den Reihen der Gestapo und SS. Der Sachverhalt bleibt zu prüfen. Die Frage bleibt: Woher kommt die Behauptung,

[7] Als Einschub wird die „*Gleichschaltung*“ der Polizeidienste in Frankfurt und im Deutschen Reich skizziert (S. 12-13).

[8] Als Einschub dient das Thema (das aber, wie schon erwähnt, eigentlich unpassend ist) „*Quäker als Helfer und das Berufsbeamtengesetz*“ (S. 16 und S.17).

[9] Als Einschub dienen die Folien „*Polizei und Deportation*“ (S. 24-25) Zahlen über die personelle Größe der Gestapo und anderer Teile der Frankfurter Polizei, über die Zahl der Ermittlungen nach 1945 und die Zahl der Verurteilungen werden hier nicht genannt. Es geht allein um 180 Gestapo-Folterknechte. Es geht um mehrere Hunderte Folter-Opfer.

[10] Der Einschub „*Die Polizeibataillone der Ordnungspolizei*“ (S. 48-49) listet eindrucksvoll deren Verbrechen auf.

auf welche Quellen stützen sie sich. Die im Anhang genannten Verweise geben keine präzise Auskunft.

Auch bei **Christian Fries** ist die Quellen-Lage ausgesprochen schwach. Der Kriminaldirektor selbst behauptet, dass ein enger Mitarbeiter von Wilhelm Leuschner ihm den Auftrag gegeben habe, eine antifaschistische Organisation zu schaffen. Eine Quelle, außer seine eigene Behauptung 1947, für diese Behauptung wird nicht angegeben; es scheint nach 1945 gewesen sein. Sein abgedruckter Nachruf von 1959 verweist nicht auf eine wirkliche Widerstandshandlung. Das ist nicht überzeugend. Die Frage bleibt: Woher kommen die Behauptungen, auf welche validen Quellen stützen sie sich. Die im Anhang genannten Verweise geben keine präzise Auskunft.[11]

Auch bei **Egon Legeling** ist die Quellenlage nicht besonders klar, da es vor allen Dingen um das Entnazifizierungsverfahren geht. Fest jedenfalls steht, dass er 1944 verhaftet wurde. Er war **seit 1932 Mitglied der NSDAP** und hatte laut Ausstellung 1939 einen **Aufnahmeantrag in die SS** gestellt. Im Zeitungsbericht wird er als **Mitglied der Gestapo und des SD** bezeichnet (S. 66) Seine Rolle ist eng verbunden mit dem Gestapo-Mann und dem SS-Mitglied Emil Schmidt und es bleibt eher undurchsichtig, an welchen Verbrechen er möglicherweise oder wahrscheinlich beteiligt war. Als Einschub gibt es eine Doppelseite „*Das Reichssicherheitshauptamt*“ (S. 36-37), in der zu Legeling keine Klarheit geschaffen wird. Die verwendeten Quellen geben Hinweise auf weitere Quellen, die nicht verifiziert werden (Zeitungsartikel S.66). Dass er sich enorm in der Nazi-Zeit persönlich bereichert hat, erscheint als Motiv für diese oder jene Handlung. Der ganze „Fall“ ist eher dubios. Die Quelle Erna Rub wird im Zeitungsartikel 1949 (S. 66) als keinesfalls glaubwürdig eingeschätzt („Sie redete in verwirrenden Wortkaskaden“).

4. Die Krönung der Ausstellung: Nazis als „Widerständler“ Ernst Schmidt (S. 38-39) und Christian von Vulteé (S. 42-43)

Der **SS-Mann** und Mitglied der **Geheimen Feldpolizei Ernst Schmidt** war mit Sicherheit ein Nazi-Täter, der auch Verhöre im KZ- Sachsenhausen durchgeführt hat. Warum und inwiefern er an Passfälschungen für Verfolgte beteiligt war, wird nicht geklärt. Die Behauptungen in der Ausstellung werden dort nicht mit Quellen belegt. Seine Verbrechen stehen fest und wurden noch einmal im Artikel in KONKRET September 2023 genau aufgelistet. Dass jemand wie er überhaupt in dieser Ausstellung auftaucht, disqualifiziert die Ausstellung von Grund auf. Der doppelseitige Einschub „*Die Geheime Feldpolizei und der ‚Kreis Rub‘*“ (S. 40-41) kann wohl auch die Beteiligung an den Nazi-Verbrechen nicht bestreiten. Die Ausstellung suggeriert durch die Einschaltung eines Bildes von Canaris, der hingerichtet wurde, dass Schmidt dann wohl doch zu den „Guten“ gehört habe. Die Personalia über Erna Rub berücksichtigen offensichtlich nicht ihre diffusen Aussagen im Entnazifizierungsverfahren. (S.66)

Auch das Fallbeispiel von **Christian von Vulteé** ist eher düster als klar. Behauptungen auf Hilfe für Verfolgte beruhen auf einer (ohne Datum) Nachkriegsaussagen; er selbst hat im Ghetto Lodz gedient, eine der mörderischsten Ghettos in Polen in der Zeit der Nazibesatzung. Ob er aus persönlichen Gründen einem Freund geholfen hat, sei dahingestellt. Auch hier ist die Quellenlage ausgesprochen dünn. Das Grundproblem der „Persilschein-Besorgung“ nach 1945 wird offensichtlich von der Ausstellung nicht grundlegend thematisiert. Der Einschub „Polizisten als Besatzer und der Fall Lodz“ (S.44-45) geht auch davon aus, dass Vulteé ein Nazi-Verbrecher war. Über das Ghetto Lodz wäre noch einiges zu sagen, etwa, wie schon erwähnt, dass systematisch die jüdischen Menschen ausgehungert wurden, so dass die Transporte in die Vernichtungslager von dort aus weniger Transportmittel benötigten.

[11] Der Einschub „*Der Fall Thionville und der ‚Leuschnerkreis‘*“ (S.32 und S.33) verweist auf die mögliche oder wahrscheinliche verbrecherische Tätigkeit von Fries in Frankreich in der Zeitspann 1940 bis …. (Es kann nach der Folie S.30 vermutet werden bis 1942, das ist aber unklar) In den Entnazifizierungsverfahren hat er offensichtlich gelogen, was liebevoll als „widersprüchliche Aussagen“ bezeichnet wird. Das Eigenlob aus dem Jahr 1947 wird wieder in einem extra hervorgehobenen Kreis als Beleg angeführt. (S. 30 und S.33).

Zusammengefasst

Bei den zehn genannten Personen sind 2 Personen im Kern außerhalb des Analyse-Zeitraums. Glasklar geehrt werden können drei Personen: Emil Monno, Otto Kaspar und Klaus Hornig.

Durch die Erweiterung auf fünf weitere äußerst obskurer Personen, teilweise nachgewiesener Nazi-Verbrecher, ist das ganze Ausstellungsprojekt auch von der Anlage her unseriös und grundfalsch. Mit der Argumentation des provisorischen Vorstandes können nicht nur judenfeindliche Massenmörder des „20 Juli" wie General Stülpnagel geehrt werden, sondern mit dieser Pseodo-Argumentation mit dem „widerständigen Handlungen" könnte auch posthum Heinrich Himmler, der Chef der deutschen Polizei, der, um sich zu retten, 1945 über die Freilassung jüdischer Häftlinge verhandelte, zum Ehrenmitglied des „Studienkreises Deutscher Widerstand1933-1945 " erklärt werden.

III. Zu weiteren Folien

1. Rote Hilfe

Als Einschub dient eine Seite über die Kommunistin „*Lore Wolf*" (S. 20) und eine Seite über die „*Rote Hilfe*" (S. 21). Der Einschub ist interessant wie das Leben von Lore Wolf überhaupt. Aber sie ist nun keine Polizistin gewesen sie hat lediglich mit einem Polizisten, Emil Monno, zusammengearbeitet. Was die Darstellung der historischen Roten Hilfe angeht: Offensichtlich als ein aktueller Einschub über die Rote Hilfe heute heißt es: „Die Rote Hilfe wurde 1975 von linken Gruppen neu gegründet. Sie unterstützt Beschuldigte, Angeklagte und Strafgefangene aus dem linken Spektrum."

Soweit so gut, dann wird nachgeschoben:

> „**Von den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder wird sie als linksextremistisch eingestuft.**" (S. 21)

Dieser Hinweis in der aktuellen Ausstellung für die im aktuelle Polizeidienst-Beschäftigten heute gibt einen klaren Fingerzeig: Da sind **Linksextremisten**! Die Mitglieder der Roten Hilfe heute werden sich beim „Studienkreis" sicherlich nicht herzlich bedanken über die aktuelle Zusammenarbeit mit der Spitze der Frankfurter Polizei. Es drängt sich die polemische Bemerkung auf: Sind solche auch als Denunziation zu bezeichnende Einschübe wirklich 37.000 € wert? Der „Studienkreis" wurde übrigens in frühen Jahren ja wohl selbst als „kommunistische Tarnorganisation" verdächtigt und vom Verfassungsschutz beobachtet.

2. *Gestapo und Verfolgungspraxis*" (S. 28-29)

Der Einschub über die „*Gestapo und Verfolgungspraxis*" (S. 28-29) berichtet nicht über den Umfang der Verbrechen, schildert **Aufgabenstellung**, (nicht die reale Praxis!) und Personalia plus Gebäude – eine klassisch positivistische Faktenauflistung mit Auswahl des eher Irrelevanten ohne die genauen Fakten des Umfangs der Verbrechen. Nochmals: Wieviel Personen aus dem Widerstand wurden verhaftet? Wieviele zur Tode gefoltert? Wie groß war die sich wandelnde Zahl der Gestapo-Verbrecher in Frankfurt? Das wird ausgelassen.

Nochmals: Der doppelseitige Einschub „Die Geheime Feldpolizei und der ‚Kreis Rub'" (S. 40-41) kann wohl auch die Beteiligung an den Nazi-Verbrechen nicht bestreiten. Die Ausstellung suggeriert wie schon erwähnt durch die Einschaltung eines Bildes von Canaris, der hingerichtet wurde, dass Schmidt dann wohl doch zu den „Guten" gehört habe. Die Personalia über Erna Rub berücksichtigen offensichtlich nicht ihre diffusen Aussagen im Entnazifizierungsverfahren. (S. 66)

3. Ganz und gar kein krönender Abschluss: *„Neuanfang und alte Kameradschaft – Die Polizei Frankfurt nach 1945“* (S. 50-51)

Den Abschluss der Ausstellung bildet die Doppelseite mit dem Titel „*Neuanfang und alte Kameradschaft – Die Polizei Frankfurt nach 1945*“ (S. 50-51). Fakten sind hier ausgesprochen dünn. Konnte nicht verifiziert werden, wieviele „alten“ Polizisten nach 1945 wiedereingestellt wurden und wieviele „neue junge Polizisten“ eingestellt wurden? Stattdessen gibt es auf S. 51 drei Ausrisse und der **CDU-Innenminister Peter Beuth** kommt zu Wort. Die „Inhalte“ einer Polizei Chatgruppe seien „völlig inakzeptabel“. Und deren Urheber? Jedenfalls ist dieses Zitat aus dem Jahr 2023 der einzige und in der Luft hängende Hinweis auf die Liste des skandalösen Verhaltens einer ganzen Reihe von sogenannten „Einzelfällen“, die die Frankfurter Polizei in den letzten Jahren überzogen haben. Bei einer ernsten Einbeziehung der aktuellen Situation wäre das mindeste eine Liste dieser Skandale, -stattdessen lediglich ein Zitat des Innenministers, der ja wohl nicht zu Unrecht im Mittelpunkt vie-ler Kritik aus vielen Richtungen wegen seines Verhaltens in diesen Skandalen steht.

* * *

Es folgen im Ausstellungskatalog zwei Seiten mit den verwendeten Quellen (S. 52-53) und bis S. 71 dann zur besseren Lesbarkeit faksimilierte Dokumente.

Zudem verspricht der Titel eine Ausstellung über „Frankfurter Polizeibeamte im Nationalsozialismus“. Das Versprechen wird in Wirklichkeit nicht eingelöst und wirkt so hochstaplerisch.

Und nochmal: Dass angeblich die „Rote Armee“ Buchenwald befreit haben soll, wie es in der Ausstellung falsch heißt, wirft ein Licht auf die Kuratoren der Ausstellung, von denen einer sich bei der Ausstellungseröffnung im Polizeipräsidium selbstlobend als „*Experte für historisch-politische Bildung*“[12] bezeichnet hat. Da hat jemand offensichtlich rein fachlich, von sonstigen Aspekten hier einmal abgesehen, noch etwas nachzuholen.

Nachbemerkung

Finanzierung

Fragen beziehen sich auch auf die Finanzierung. Immer mehr der sogenannte NGO werden ja wieder vom Innenministerium und Polizeibehörden und Verfassungsschutz und sonstigen Organisationen mit großen Summen ausgestattet. Nehmen wir nur die SPD-Innenministerin, die indirekt davon ausgeht, dass, wer so viel Geld kriegst, nicht gerade auch ihre antihumanistische Asylpolitik kritisiert. So wird versucht, Stück für Stück aus den NGOs, die wie ein Schwamm kritische Leute aufsaugen, für eine Imagekampagne zu nutzen und Kritik an staatlicher Politik, an Regierungspolitik zu verhindern. Die Offensive der Innenministerin (benannt als „Seehofer 2“, FR, Pitt von Bebenburg) gegen Flüchtlinge vorzugehen, ist beispiellos - wie auch das große Schweigen vieler NGOs, die von der Innenministerin finanziert werden.

Über die Köpfe der Mitglieder und einen Teil des Vorstands hinweg.?

Erst als klar war, dass die Ausstellung nicht mehr verändert werden kann (soll?), wurde in einer Video-Schaltung die Ausstellung bekannt gegeben. Ein Beschluss des Vorstandes über diese Ausstellung gab es wohl nicht oder?

12 Eigenbezeichnung von Gottfried Kößler:, Ansprache „als Vertreter des Studienkreises Deutscher Widerstand“, im Polizeipräsidium am 20. Juli 2023, S. 3, letzter Absatz, gerichtet an die Polizei und den Polizeipräsidenten. Die zweite Rede endete: „Ein besonderer Dank gilt Polizeipräsident Stefan Müller, der den Ausstellungskatalog mit einem Grußwort begleitet.“ (Redevorlage Percy Herrmann, 20. Juli 2023, Ausstellungseröffnung - Polizeipräsidium Frankfurt 18.00 Uhr, S. 6)

Dass jemand wie **Miriam Heydorn**, die Tochter von Irmgard Heydorn, sich gezwungen sieht, die ans Herz gewachsene Arbeit im Studienkreis gemeinsam mit **Ann Anders** angesichts des Verhaltens anderer Vorstandsmitglieder niederzulegen, zeigt einiges über die Notwendigkeit, den konkreten Sachverhalt chronologisch und inhaltlich wirklich aufzuklären.

Bis dahin hat aus meiner Sicht der Studienkreis die Ausstellung zurückzunehmen. Im Sinne der übergroßen Mehrzahl der wirklich gegen den Nazi-Mordstaat kämpfenden, die damals den „Studienkreis“ gegründet hatten, müsste der Studienkreis seine Aufgabe darin sehen, jene zu unterstützen, die die skandalösen Verhältnisse in der Frankfurter Polizei aufdecken: sei es bei dem mobilen Einsatzkommando oder den Nazi-Gruppierungen der Polizei im Internet, sei es bei den NSU 2.0 Mails im 1. Polizeirevier usw.[13]

Offene Frage und eine notwendige Chronologie

Zur Aufklärung über die Konflikte innerhalb des Vorstands und innerhalb der Mitgliedschaft ist Transparenz unerlässlich. Dazu gehört eine klare Chronologie, wann was geschehen ist und wer jeweils informiert wurde, und über welche chronologischen Fakten es Uneinigkeit gibt.

Die Fragen, die geklärt werden müssen:

1) Ab wann ging es bei den Gesprächen mit dem Polizeipräsidenten und der Polizei nicht um Veranstaltungen mit Polizeianwärter:innen, sondern konkret um eine **Ausstellung**?
2) Im November 2022 gab es ja ein Interview über den Plan einer solchen Ausstellung. Da gab es schriftlich Kritik an dieser Konzeption. Warum wurden die Mitglieder des Studienkreises über diese Kritik nicht informiert?
3) Es gab ja offensichtlich einen Vorentwurf, an dem Kritik geübt wurde, ohne dass er genau be-kannt war. Gibt es diesen Vorentwurf noch und was wurde aufgrund der Kritik ohne es genau zu dokumentieren geändert?
4) Bekannt ist, dass der Titel der Ausstellung geändert wurde und es eine Reihe von Einschüben gab. Wann wurden diese Änderungen vorgenommen, und wer im Vorstand war davon informiert? Wurden die Mitgliedschaft über diese Änderung und die Diskussion im Vorstand informiert?
5) Gibt es Protokolle über die Auseinandersetzung im Vorstand, wenn ja, von welchen Sitzungen an welchen Tagen.

Es gibt sicher noch eine weitere Reihe von Fragen, die jene besser stellen können die in die Auseinandersetzung unmittelbar verwickelt waren. Diese Fragen sind nur eine ungefähre Orientierung, da ich denke, dass auch die **Frage des demokratischen Verhaltens des Vorstands** auf der Tagesordnung steht.

Zusätzlich ist es eine demokratische Selbstverständlichkeit, dass über wichtige Konflikte im Vorstand alle Mitglieder informiert werden müssen und zwar aufgrund von Dokumenten und nicht von einseitig formulierten dunklen Andeutungen, wie das in den Rundbriefen geschehen ist. Der aktuelle provisorische Vorstand sollte alle Fragen offen und ehrlich beantworten und nach Möglichkeit alle Dokumenten allen Mitgliedern zur Verfügung stellen.

Benjamin Ortmeyer Oktober 2023

[13] Die Liste der „Einzelfälle“ und Skandale ist lang. Die FR hat sie erst vor kurzem noch einmal aufgelistet und veröffentlicht. (FR vom 25.8.2023: Pitt von Bebenburg: Die Polizei, dein Freund und Helfer? (https://www.fr.de/politik/ist-die-polizei-dein-freund-und-helfer-in-deutschland-polizeigewalt-studie-rassismus-92479216.html)

ANHANG

- **Ausstellungsfolien „Frankfurter Polizeibeamte im Nationalsozialismus“ (verkleinert)**
- **Artikel / Gespräch mit Lisa Schrimpf zur Ausstellung in „INFORMATION“ Nr. 96, November 2022**
- **Kritik-Briefe Martin Kannengießer zur Ausstellungsidee an den Vorstand - Austritt**
- **Reden von Gottfried Kößler und Percy Herrmann/ Lisa Schrimpf im Polizeipräsidium Juli 2023**
- **Artikel Frankfurter-Info:**
  AG Frankfurter Geschichte(n)
- **Artikel Peer Heinelt KONKRET 9/2023**
  „Allgegenwärtige Ambivalenz“
- **Erklärung von Mirjam Heydorn und Ann Anders zu ihrem Rücktritt aus dem Vorstand des "Studienkreises"**

Handlungs-spielräume

Frankfurter Polizeibeamte im Nationalsozialismus

Herausgeber

Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945

Inhaltsverzeichnis

Grußwort des Polizeipräsidenten, Stefan Müller	4	Kriminaldirektor Christian Fries (1895-1959)	30
Grußwort des Leiters des Geschichtsortes Villa ten Hompel, Stefan Querl	6	Der Fall Thionville und der „Leuschnerkreis"	32
Ein Instrument des Unrechtsstaats	8	Kriminalangestellter Egon Lengeling (1905-unbekannt)	34
Polizeipräsident Ferdinand Mührdel (1888-1961)	10	Das Reichssicherheitshauptamt	36
Die Gleichschaltung der Polizei(en)	12	Kriminalangestellter Ernst Schmidt (1896-unbekannt)	38
Kriminalkommissarin Else Wüst (1892-1974)	14	Die Geheime Feldpolizei und der „Kreis Rub"	40
Quäker als Helfer und das Berufsbeamtengesetz	16	Polizeimeister Christian von Vulteé (1905-1975)	42
Polizeihauptwachtmeister Emil Monno (1889-1944)	18	Polizisten als Besatzer und der Fall Łódź	44
Lore Wolf und die Rote Hilfe	20	Polizeioberstleutnant Klaus Hornig (1907-1997)	46
Polizeimeister Otto Kaspar (1893-1965)	22	Die Polizeibataillone der Ordnungspolizei	48
Polizei und Deportationen	24	Neuanfang und alte Kameradschaft	50
Kriminalobersekretär Gotthold Fengler (1898-1947)	26	Endnoten und Quellenanhang	52
Gestapo und Verfolgungspraxis in Frankfurt	28		

Impressum:
„Handlungsspielräume. Frankfurter Polizeibeamte im Nationalsozialismus"
Katalog zur Ausstellung des Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945 e.V. 11. Auflage, Juli 2023
Projektleitung: Lisa Schrimpf I Konzeption: Lisa Schrimpf, Percy Herrmann I Beratung: Thomas Altmeyer, Gottfried Kößler, Petra Bonavita I Wissenschaftliche Mitarbeit und Recherche: Percy Herrmann, Nicholas Burandt I Texte Ausstelung: Lisa Schrimpf, Percy Herrmann, Ga-briele Prein, Gottfried Kößler I Lektorat: Gottfried Kößler, Thomas Altmeyer I Konzept und Texte für QR-Codes: Percy Herrmann I Ausstel-lungsdesign und Grafik: Andrea Mohr I Förderung: Hessisches Ministerium des Inneren und für Sport, Informations- und Kompetenz- zentrum

Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945

HESSEN

Gefördert im Rahmen des Landesprogramms
HESSEN AKTIV FÜR DEMOKRATIE UND GEGEN EXTREMISMUS

Stefan Müller

Polizeipräsident Frankfurt am Main

Die nationalsozialistische Gewaltherrschaft in Deutschland und Europa basierte auf der Pervertierung des Rechts, indem sie systematisch Unrecht zu Recht erklärte. Die Polizei spielte dabei eine gewichtige Rolle. Sie war tief verstrickt in die unrechtmäßige Einschüchterung und Verfolgung von Oppositionellen und anderen stigmatisierten Gruppen als auch in Kriegsverbrechen und in den Völkermord an Jüdinnen und Juden wie auch an den Sinti und Roma. Davon kann keine Organisation der Polizei ausgenommen werden. Nicht zuletzt das Wunsiedel-Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2009 stellte heraus, dass die NS-Herrschaft die Kontrastfolie zur demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland darstelle. Gleichermaßen ist die nationalsozialistische Polizei die Negativfolie zu unserer heutigen Polizei.

Polizei Frankfurt a.M

Alarmiert von rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Chatinhalten unter hessischen Polizeibeamtinnen und -beamten hat die Polizei Hessen umfassende Maßnahmen zur Stärkung demokratischer Resilienz eingeleitet und zu großen Teilen bereits umgesetzt. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit. Im Jahr 2020 wurde dafür in Zusammenarbeit mit Historikern des Instituts für Stadtgeschichte Frankfurt am Main das Buch „Die Frankfurter Polizei und drei aufrechte Beamte im Nationalsozialismus" herausgegeben. Hier wurde die Verstrickung der Frankfurter Polizei in die Verbrechen des Nazi-Regimes hervorgehoben und gleichzeitig anhand von Beispielen aufgezeigt, dass resistentes Verhalten auch in der Polizei möglich war. Der Kriminalist Ferdinand Mührdel beispielsweise vernichtete vor seiner Entlassung 1933 noch 40.000 Akten von Nazi-Gegnern.

Mit dem hier vorliegenden Katalog zur Ausstellung „Handlungsspielräume. Widerständige Frankfurter Polizeibeamte im Nationalsozialismus", die aus Mitteln des Landesprogramms „Hessen aktiv für Demokratie und gegen Extremismus" finanziert wurde, wird das Thema vertieft und erweitert. Wichtig war uns eine unabhängige wissenschaftliche Aufarbeitung. Besonders die Ambivalenz von widerständigen Polizeiangehörigen zu dieser Zeit wird deutlich. Denn sie waren involviert in einen Verfolgungsapparat eines Unrechtsregimes. Ihre Biographien müssen daher differenziert betrachtet werden. Die Ausstellung macht aber auch deutlich: In einem rassistischen, antisemitischen und totalitären System gab es Spielräume für Widerstand, auch in dessen Sicherheitsapparat. Selbst in dieser Situation war es nicht alternativlos einer rassistischen Ideologie blind zu folgen, sondern stattdessen Zivilcourage zu zeigen und humane Werte zu bewahren. Unter Inkaufnahme hoher persönlicher Risiken wurden auch aus den Reihen der damaligen Polizei Verfolgte gewarnt oder gar gerettet, auch hier konspirierte man, um den Nationalsozialismus zu überwinden. Es handelt sich zwar um krasse Ausnahmen ihrer Zeit, aber es ermutigt, Zivilcourage und demokratische Haltung unter weit weniger widrigen Bedingungen zu zeigen.

Gerade in diesem Umstand liegt eine Inspiration für heutige Polizistinnen und Polizisten.

Die Ausstellung wird ab dem 20. Juli 2023 in den Liegenschaften des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main zu sehen sein. Mein besonderer Dank für die Umsetzung gilt dem Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945 e.V.

Stefan Querl M.A.

Leiter des Geschichtsortes Villa ten Hompel, polizeihistorische Erinnerungs- und Forschungsstätte in Münster

„Universität mit linker Geschichte" warf mir Google als erste Nennung aus, als ich mich in Frankfurt trotz Regens neulich aufmachte, um als Gast aus der Fahrrad-Metropole Münster vom Hauptbahnhof aus zum Fritz Bauer Institut zu radeln. Am Schild „Theodor-W.-Adorno-Platz" schloss ich das Rad an und ließ gedanklich dabei Revue passieren, wie steinig und lang allein schon der geschichtliche Weg zu dem Norbert-Wollheim-Memorial gewesen war.

Foto: Alexander Basta

„Wir sind gerettet, aber nicht befreit", mahnte und erinnerte der Zeitzeuge Norbert Wollheim als erster Nachkriegs-Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde in Lübeck brieflich, und dieser bekannte, auch in Frankfurt zitierte Satz von ihm beschäftigt mich intensiver denn je. Schließlich waren die Überlebenden gerettet, jedoch nicht befreit und vor allem weiterhin offenbar gefangen in einer Gesellschaft voller „Volkskontinuität", wie es Lutz Niethammer auf den Punkt gebracht hat mit seinem Fingerzeig auf das „Erbe des NS-Staates als deutsch-deutsches Problem" vor allem der Nachkriegsjahre.

„Widerstand", das war in Deutschland nach 1945 oft ein leicht durchschaubarer Verweis, um von dem Versagen der Mehrheits-gesellschaft und der verbreiteten „Komplizenschaft" der NS-Volks-gemeinschaft „vor Ort" abzulenken. Das Nachkriegsimage des Bischofs Clemens August Graf von Galen als „Löwe von Münster" ist auf diese Weise entstanden. Deshalb tut es ebenso gut wie not, dass die zeit- wie kirchenhistorische Forschung zu von Galen, dem Bischof, der gegen den Behinderten- und Krankenmord protestiert hatte und dafür 1946 in den Kardinalsstand erhoben worden war, sukzessive differenzierter und vielstimmiger, ja, auch ausgesprochen ambivalent geworden ist. Das Bild der „grünen Polizei im braunen Staat" ist es durch neuere Forschung inzwischen allemal; und die Frankfurter Ausstellung, zu der ich herzlich gratuliere von der Villa ten Hompel aus, ist aus meiner Sicht das Beispiel eines klugen, auf Differenzierung dringenden Versuches, um zwischen den vielen Vollstreckern „damals" auch die „wenigen Verweigerer" zu suchen und deren Motive und Mentalitäten zu ergründen. Das hilft sehr.

Insbesondere in unserer Bildungsarbeit für die Polizei in der Villa ten Hompel – mit jungen Anwärterinnen und Anwärtern, aber auch den treu Dienst tuenden Menschen z.B. in der beruflichen Mitte des Lebens – kommen zentrale Fragen zur Sprache.

Wie geht eine Streife um mit ihrem „polizeilichen Gegenüber"? Wo kann „Korpsgeist" als eine ursprünglich mal echte Tugend helfen, wo aber auch in Richtung pervertierter „Cop Culture" kippen? Ist Rassismuskritik behördenintern ein Bestandteil der „Professionskompetenz" oder werden akut Probleme im Drei-Schicht-Betrieb des Dienstalltags eher durch Weglassen oder Ausblenden „erledigt"? Was tun, wenn in beruflich hoher Belastungslage Vertrauen erodiert?

Eine Erfahrung teilen nämlich fast alle Dienstgruppen, die zu uns kommen und die sich den Themen offen stellen: Es droht ein gefährlicher Trugschluss, wenn im Apparat, in Hierarchien der Glaube vorherrscht, ein Geschichtsbewusstsein oder die Bindung an unser Grundgesetz könnten per se schon vor Übergriffigkeit, vor Diskriminierungen, „Bias-based Policing" oder vor „Racial Profiling" schützen. NS-Gedenkorte und Ausstellungen, die sich beispielsweise auch mit Antisemitismus heute auseinandersetzen, können Referenzräume echter Reflexion und Recherche bieten, um polizeiliches Handeln historisch und zugleich für heute zu hinterfragen, denn alte Teufelskreise und neue Gewaltspiralen gilt es zu durchbrechen! Der Blick in die Geschichte kann dabei helfen und doch nicht alles heilen. Unterm Strich verdeutlicht er aber, dass jede Gesellschaft ein Anrecht darauf haben muss zu erfahren, was in den Institutionen, die sie legitimiert, vorgeht: Gerade in denen, die Uniformen, Waffen und hohe Autoritäten tragen.

Meine Recherche im Archiv des Fritz Bauer Instituts in Frankfurt war seinerzeit erfolg- und aufschlussreich, das motivierte mich. Pressestimmen und Karikaturen zu Konrad Adenauers Vertrautem Hans Globke hatten mich interessiert. Es waren wiederum Schlaglichter auf die Nachkriegsjahre, auf einige der seltsamen Beharrungskräfte in der jungen Bundesrepublik, weshalb ich auf den Campus Westend der (vermeintlich) „linken" Universität geradelt war.

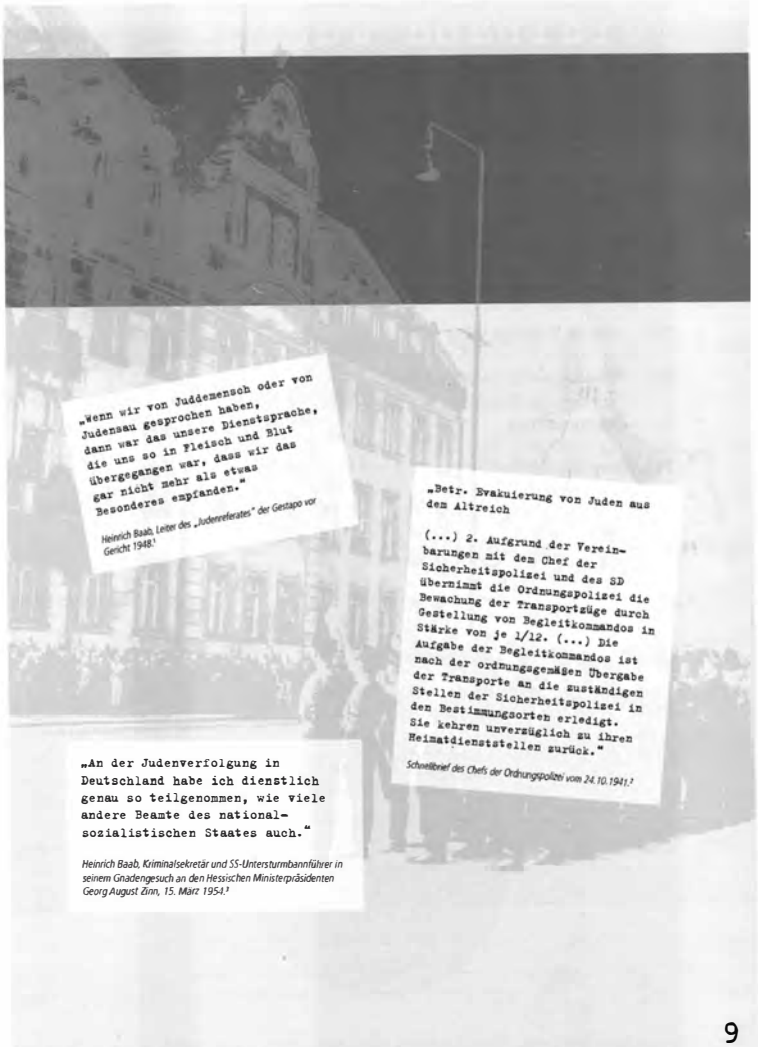
Politisch ist für mich das Gegenteil von rechts nicht zwangsläufig links. Auch als Mensch in der Mitte möchte ich Nein zu gewissen Entwicklungen sagen, den Anfängen rechtsextremer Bedrohungen wehren und wachsam bleiben. Gerade der Blick zurück auf verschiedenartige „Widerstände" gegen das NS-Regime, auf milieubedingte Resistenz, auf Resilienz und den „Eigensinn" nicht nur der eindeutig aufrechten Widerständigen, schärft nämlich die Fähigkeit, gefährlichen Fliehkräften in der Gesellschaft zu begegnen. Das Wort Widerstand ist längst nicht ausbuchstabiert. Wir sollten es keinesfalls nur neuen Demokratie-Feinden überlassen.

Ein Instrument des Unrechtsstaats

Die Polizei im Nationalsozialismus

Die Polizei war ein zentrales Element des nationalsozialistischen Staates von 1933 bis 1945. Sie war bereits im Frühjahr 1933 gemeinsam mit paramilitärischen Einheiten der NSDAP an der Zerschlagung der demokratischen Republik beteiligt. 1936 wurde die gesamte Polizei dem „Reichsführer SS" Heinrich Himmler unterstellt. Es war daher im Alltag der Polizeibeamten der Normalfall, die politischen Vorgaben und die rassistischen und judenfeindlichen Verordnungen und Gesetze des national-sozialistischen Staates umzusetzen. Sie waren im Rahmen der Ausübung ihres Dienstes an der Verfolgung von politischen Gegnern des Nationalsozialismus, von als Juden oder als „Zigeuner" Verfolgten, von Homosexuellen und Zeugen Jehovas beteiligt.

Sehr wenige Beamte verweigerten die Befolgung von Befehlen und Verordnungen oder handelten stillschweigend aus Menschlichkeit gegen das Gesetz.



Ferdinand Mührdel

Polizeipräsident

* 28.5.1888 in Straßburg † 24.1.1961 in Frankfurt

1914 Abschluss der Polizeiausbildung in Straßburg

1918 Wechsel zur Polizei Hanau

1921 Wechsel zur Polizei Frankfurt

1923 Leiter der Politischen Polizei

1933 Verhaftung und Entlassung aus dem Polizeidienst in Folge der **Gleichschaltung**

1945 Ernennung zum Frankfurter Polizeipräsidenten durch die amerikanische Militärregierung

1946 Leitung der Kriminalabteilung der hessischen Gendarmerie

1948 Leitung des Landeskriminalamte Hessen

1949 Eintritt in den Ruhestand

1961 24. Januar: Verstirbt in Frankfurt am Main

„Ferdinand Mührdel war ein liebenswerter Mensch, ein aufrechter Republikaner, ein Experte auf seinem Gebiet."

Verbreitung und Vernichtung interner Dokumente

Ferdinand Mührdel wurde im April 1933 wegen des Vorwurfs der Bestechung, der Amtsunterschlagung und des Verwahrungsbruchs verhaftet. Er hatte Durchschläge von Gliederungsplänen der Standarte 81 der SA und der NSDAP, ein Verzeichnis der in Frankfurt vorhandenen nationalsozialistischen Lokale, Schreiben bezüglich des Redeverbots führender Nationalsozialisten sowie Ersuchen zur Festnahme führender Nationalsozialisten an Organisationen weitergegeben, die für die demokratische Republik eintraten.

Die letzten Tage vor seiner Entlassung nutzte Mührdel, um einen Kriminalpolizisten anzuweisen, etwa 40.000 Akten über Personen der SPD, KPD und des Republikschutzverbandes „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold", alle Gegner der Nationalsozialisten, zu vernichten.

Das Gericht verurteile Mührdel wegen Amtsunterschlagung und Verwahrungsbruch zu sieben Monaten Gefängnis. Vom Vorwurf der Bestechung wurde er freigesprochen. Noch vor der Urteilsverkündung wurde er wegen seiner Mitgliedschaft in der SPD und dem Republikschutzverband „Reichsbanner" auf Grundlage des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" entlassen.

SA-Männer werden von der Polizei untersucht, Frankfurt 1932.[4]

Die Gleichschaltung der Polizei(en)

Die Gleichschaltung in Frankfurt

Im Sommer 1932 wurde die sozialdemokratische Regierung in Preußen durch die nationalkonservative Reichsregierung entmachtet und der Reichsverwaltung unterstellt. Auch die Polizei in Frankfurt unterstand jetzt unmittelbar der Reichsregierung. Sofort wurden hohe sozialdemokratische Regierungs- und Polizeipräsidenten abgelöst. Als die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 die Macht übernahmen, verschärften sie diese Praxis.

Bereits einen Tag später wurde der Frankfurter Polizeipräsident Ludwig Steinberg, der als Gewerkschafter bekannt war, entlassen. Die nationalsozialistische Regierung ersetzte politische Gegner durch Nationalsozialisten. Zügig übernahmen Nationalsozialisten den Sicherheitsapparat. Noch im Februar 1933 wurden 13 weitere Polizeipräsidenten preußischer Großstädte entlassen und deren Ämter an SA- und SS-Führer übertragen.

Am 22. Februar 1933 wurden mehr als 50.000 Mitglieder der NSDAP-Parteiorganisationen Sturmabteilung (SA) und Schutzstaffel (SS) und des Veteranenverbandes „Stahlhelm" durch den nationalsozialistischen Innenminister Hermann Göring zu bewaffneten Hilfspolizisten ernannt.

SA-Standartenführer Generalmajor a.D. Reinhard von Westrem zu Gutacker, Frankfurter Polizeipräsident 1933.[5]

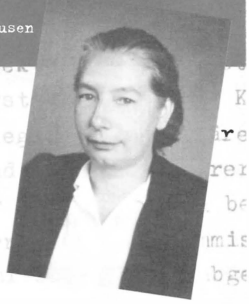
Der SA-Standartenführer Generalmajor a.D. Reinhard von Westrem übernahm in Frankfurt die Stelle des Polizeipräsidenten, auf ihn folgte im September 1933 der SA-Gruppenführer Adolf Heinrich Beckerle. Er war bereits seit 1922 Mitglied in der NSDAP.

„Als Recht gilt, was der Bewegung nützt; als Unrecht, was ihr schadet."

Else Wüst

Kriminalkommissarin

* 25.05.1892 in Frankfurt † 18.01.1974 in Gelnhausen



1896 - 1908 Besuch der Haushalts- und Handelsschule

1909 - 1914 Arbeit als Angestellte

1914 Umschulung zur Krankenpflegerin

1915 Tod des Ehemanns an der Front

1917 Sozialbeamtin im Bereich der Hinterbliebenenfürsorge

1926 1. Juni: Eintritt in die Berliner Polizei

1926 Absolvierung des Kriminalkommissar-Examens als eine der ersten drei Frauen in Deutschland

1928 Kriminalkommissarin in Frankfurt am Main

1933 Entlassung aus dem Polizeidienst auf Grundlage des **Berufsbeamtengesetzes**

1945 1. Mai: Wiedereinstellung in den Dienst durch die amerikanische Militärregierung

1946 Leitung eines Aufnahmeheims für weibliche Fürsorgebedürftige

1953 Eintritt in den Ruhestand

1974 18. Januar: Verstirbt in Gelnhausen

„Wenn sie von etwas überzeugt war, kannte sie überhaupt keine Selbstzweifel und keine Angst."

Die Gleichschaltung im Reich

Die nationalsozialistische Regierung fasste die einzelnen Abteilungen der Politischen Polizeien in der „Geheimen Staatspolizei" (Gestapo) zusammen. 1935 wurden die etwa 56.000 Polizisten der einzelnen Landespolizeibehörden in die Wehrmacht eingegliedert. Die Landespolizeien verloren damit den Großteil ihres Personalbestandes.

SS-Hilfspolizist begleitet einen regulären Polizisten, Berlin, 5. März 1933.[6]

Seit 1936 war Heinrich Himmler zugleich Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei. Er garantierte die enge Verbindung zwischen SS und Deutscher Polizei. Infolgedessen wurde der Eintritt der Polizeibeamten in die SS gefördert und nachdrücklich gewünscht.

Die Geschäftsverteilungen der Polizeien wurden neu geordnet. Die Schutzpolizei, die Gendarmerie und die Gemeindepolizei wurden zur Ordnungspolizei zusammengefasst. Die Kriminalpolizei und die Gestapo bildeten die Sicherheitspolizei. Diese Veränderungen und eine Neuausrüstung mit modernen Waffen führten zu einer Militarisierung der Polizei.

SA-Standartenführer Generalmajor a.D. Reinhard von Westrem zu Gutacker, Frankfurter Polizeipräsident 1933, auf dem Balkon des Polizeipräsidiums, 8. März 1933.[7]

Zusammenarbeit mit den Quäkern

Else Wüst in ihrem Büro.[8]

Seit 1935 stand Else Wüst in Kontakt mit den Quäkern, einer christlich-religiösen Gemeinschaft. Im Jahr 1937 wurde sie Mitglied und verwaltete fortan die Finanzen der Gruppe. Im zweiten Stockwerk ihres Hauses in der Hochstraße befand sich das Büro der Frankfurter Quäker. Sie beteiligten sich bereits früh an der Hilfe für Jüdinnen und Juden, sowie andere Verfolgte des NS-Regimes.

Else Wüst selbst versteckte im Keller ihres Hauses zwei als Juden verfolgte Familien und schützte sie so vor Repressionen durch den NS-Staat. Darüber hinaus begleitete sie jüdische Kinder bei ihrer Flucht in das sichere England und beteiligte sich an Schmuggeltransporten, um weitere verfolgte Personen in Sicherheit zu bringen. Dabei vermittelte sie Frauen in englische Haushalte und besorgte Transitvisen für im Exil lebende Personen.

Dienstzeiten von Else Wüst im öffentlichen Dienst.[9]

Quäker als Helfer und das Berufsbeamtengesetz

Die Quäker

Lore Gotthelf (1924-2014) bei ihrer Hochzeit mit Erwin Jacobowitz, 1944 in London. Die Schülerin der Frankfurter Holzhausen-Schule konnte 1939 mit Hilfe der Quäker mit einem Kindertransport nach England fliehen.[10]

Else Wüst war Quäkerin. Quäker sind eine christliche Gemeinschaft, deren Name eigentlich „Religiöse Gesellschaft der Freunde" lautet. Sie wurde in England gegründet. Zur NS-Zeit lebten etwa 270 Quäker:innen in Deutschland.

Sie orientieren sich am Prinzip der Nächstenliebe und zeichnen sich durch selbstlose Taten aus. In der NS-Zeit halfen Quäker:innen politisch und religiös Verfolgten, ins Ausland zu fliehen. Nur wenige Länder wollten jedoch Flüchtende aufnehmen. Nach den Novemberpogromen 1938 konnte der britische Generalkonsul in Frankfurt, Robert T. Smallbones, den britischen Innenminister, Sir Samuel Hoare – ebenfalls ein Quäker – überzeugen, weitere Verfolgte aus Deutschland aufzunehmen.

Quäker:innen besorgten in Deutschland Geld und Unterkünfte bei britischen Quäkerfamilien. Zwischen Januar und September 1939 organsierten jüdische Hilfsorganisationen Rettungstransporte für jüdische Kinder nach Großbritannien. Die Quäker unterstützten diese „Kindertransporte" maßgeblich.

„Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden."

Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums"

Am 7. April 1933 erließ die Reichsregierung das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums", kurz Berufsbeamtengesetz (BBG). Es erlaubte den Innenministerien und kommunalen Verwaltungen, Mitglieder demokratischer Parteien, als jüdisch verfolgte Beamte und „politisch unzuverlässige Personen" aus dem öffentlichen Dienst zu entlassen.

Nach § 4 des BBG konnten Beamte entlassen werden, die nicht „die Gewähr dafür bieten, dass sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat" eintreten würden. § 3, der sogenannte „Arierparagraf", forderte von allen Beamten einen Nachweis ihrer „arischen" Abstammung. So konnten als jüdisch verfolgte Beamte aus dem Staatsdienst entlassen werden. Ausgenommen waren zunächst diejenigen, die selbst, deren Vater oder Söhne im Ersten Weltkrieg für das Deutsche Reich gekämpft hatten.

Nach § 6 des BBG konnten Beamte „zur Vereinfachung der Verwaltung" in den Ruhestand versetzt werden. Eine Durchführungsverordnung vom 4. Mai 1933 erweiterte die Bestimmungen des BBG auf Angestellte und Arbeiter im Öffentlichen Dienst.

In Frankfurt waren unter anderem Ferdinand Mührdel, Else Wüst und Emil Monno betroffen.

Reichsgesetzblatt

Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, Reichsgesetzblatt Nr. 34 vom 7. April 1933.[11]

Emil Monno

Polizeihauptwachtmeister

* 30.5.1889 in Elz † 19.11.1944 in Windischbusch

1906 Eintritt in die SPD

1911 - 1913 Wehrdienst

1914 Einberufung zur Reichswehr und Dienst in Frankreich

1915 - 1918 Einsatz in Polen und Russland (u.a. als Sanitätsoffizier)

1922 Polizei Höchst am Main

1934 Verhaftung wegen des Verdachts der Zusammenarbeit mit der **Roten Hilfe**

1934 Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat

1935 Freispruch in allen Anklagepunkten

1937 Entlassung aus dem Polizeidienst auf Grundlage des Berufsbeamtengesetzes

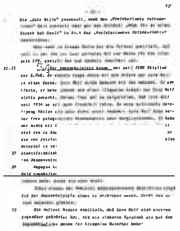
1944 19. November: Stirbt in Windischbusch, vermutlich an den Folgen der Haft

1955 Ablehnung des durch die Witwe eingereichten Entschädigungsantrages

„Der Polizeihauptwachtmeister, der hat mein ganzes Material bei sich in der Wohnung gehabt."

Das Lager für Flugblätter

Monno und neun weitere Mitglieder einer Widerstandszelle wurden beschuldigt, verbotene kommunistische Flugblätter hergestellt und verteilt zu haben, die zum Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime aufriefen.



Anklageschrift des Generalstaatsanwalts in Kassel gegen Emil Monno und neun weitere Angeklagte wegen Vorbereitung zum Hochverrat, 23. Juli 1935.[12]

Ihm persönlich wurde vorgeworfen, seine Wohnung der Widerstandskämpferin Lore Wolf als Lager zur Verfügung gestellt zu haben. Er wohnte in der Gerlachstraße 24, dem Elternhaus von Wolf.

Vor Gericht stritt Monno jeglichen Kontakt mit Lore Wolf ab. Er wurde als einziger freigesprochen. Das Gericht berücksichtigte bei der Urteilsbegründung die Garantie seiner Vorgesetzten, dass Monno „forsch" gegen Kommunisten vorgehe und sich „jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat einsetzen wird".

Obwohl Monno eine Mitwirkung an der Frankfurter Widerstandszelle um Lore Wolf während der NS-Zeit nicht nachgewiesen werden konnte, bestätigte Wolf nach dem Krieg die umfangreiche Hilfe Monnos. Er habe sogar zur Führungsriege der Widerstandszelle gehört.

Lore Wolf und die Rote Hilfe

Lore Wolf

Lore Wolf in ihren späten Jahren.[13]

Lore Wolf kam mit sechs Jahren nach Frankfurt. 1916 begann sie eine Lehre als Stenotypistin. Sie trat der Gewerkschaft bei und fand ihre politische Heimat in der Sozialistischen Jugend. 1923 heiratete sie Hans Wolf. Mit ihm und der gemeinsamen Tochter ging sie zeitweise in die USA und die Sowjetunion.

Bei einem Besuch in Frankfurt im Frühjahr 1933 wurden ihre Reisepapiere beschlagnahmt, die Rückreise war unmöglich.

Lore Wolf trat in die illegale Kommunistische Partei ein. Ihr Leben war nun von geheimer, immer gefahrvoller politischer Arbeit geprägt.

Sie verfasste Flugblätter, vervielfältigte sie und verteilte sie in geheime Verstecke. In der Neuhofstr. 18 hatte sie bei einem überzeugten Nationalsozialisten ein Zimmer gemietet – mit der Begründung, sie sei Geschäftsfrau aus Wiesbaden und habe eilige Korrespondenzen zu erledigen. Die Tarnung flog nie auf.

Aber ihre Gruppe, zu der auch der Polizeimeister Emil Monno gehörte, wurde 1934 durch einen Spitzel verraten. Lore Wolf floh nach Frankreich. Dort wurde sie für die „Rote Hilfe" aktiv.

1940 wurde Lore Wolf in Paris von der Gestapo festgenommen und in Deutschland zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt. Lange Zeit saß sie in Einzelhaft. 1945 kehrte sie zu ihrer Familie nach Frankfurt zurück. Sie blieb als Kommunistin und Antifaschistin aktiv. 1991 ehrte die Stadt Frankfurt sie mit der Johanna-Kirchner-Medaille.

„Schupo! Was brachte dir das 3. Reich?"

Die Rote Hilfe

Die Rote Hilfe Deutschland wurde 1921 auf Initiative der Kommunistischen Partei Deutschlands gegründet. Ihr parteiübergreifendes Ziel war es, juristische, materielle und moralische Unterstützung für Teilnehmer:innen der Aufstände in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg zu leisten.

Zu den Aufgaben zählte – auch für die Angehörigen der Inhaftierten – Rechtsschutz, Versorgung mit Lebensmitteln und Kleidern sowie Unterbringung der Kinder von Verfolgten. Die Rote Hilfe initiierte Kampagnen für die Freilassung von Gefangenen und fand dabei prominente Unterstützung. Etwa 600 Personen aus dem linken und demokratischen Spektrum standen der Organisation nahe. Mehr als 300 Anwälte waren für sie in der Rechtshilfe tätig. Neben Mitgliedsbeiträgen waren Spenden die Haupteinnahmequelle.

Im März 1933 verbot der NS-Staat auf Grund der „Reichstagsbrandverordnung" die Rote Hilfe. Wer nicht von der Gestapo verhaftet wurde, setzte die Arbeit im Untergrund fort.

Vielen verhalf sie zur Flucht aus Deutschland, im Ausland bot sie Anlaufstellen und Versorgung für Geflüchtete. Lore Wolf und Johanna Kirchner halfen im Saargebiet vielen Verfolgten auf ihrem Weg ins Exil.

Die Rote Hilfe wurde 1975 von linken Gruppen neu gegründet. Sie unterstützt Beschuldigte, Angeklagte und Strafgefangene aus dem linken Spektrum. Von den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder wird sie als linksextremistisch eingestuft.

Kommunistisches Flugblatt „Schupo".[14]

Otto Kaspar

Polizeimeister

* 22.12.1893 in Görlitz †14.3.1965 in Frankfurt a.M.

1910 Abschluss einer kaufmännischen Lehre

1912 - 1918 Wehrdienst

1919 Polizei Kassel

1921 **Polizei** Frankfurt

1923 Polizeihauptwachtmeister

1934 Vereidigungsnachweis auf Adolf Hitler

Vereidigungsnachweis von Otto Kaspar auf Adolf Hitler, 29. August 1934.[15]

1940 Polizeimeister

1944 März: Rettung von Zivilisten während der Fliegerangriffe auf Frankfurt

1953 Eintritt in den Ruhestand

1965 14. März: Verstirbt in Frankfurt am Main

„Ihre bewußte Fernhaltung von den Ideen des unheilvollen Naziregimes verdient hierbei besondere Anerkennung"

Hilfe für die Familie Senger

Von Otto Kaspar hat die Öffentlichkeit durch den autobiografischen Roman „Kaiserhofstraße 12" von Valentin Senger erfahren. Er erzählt darin, dass Otto Kaspar die Familie Senger beschützte, die nach der Revolution 1905 aus Russland geflohen war. Olga Senger war Mitglied der KPD, nahm an politischen Veranstaltungen teil und beherbergte gelegentlich KPD-Genoss:innen in ihrer Wohnung in der Kaiserhofstraße.

Als die Polizei nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten eine „Judenliste" anhand der Einwohnerkarteien zusammenstellen sollte, nahm Kaspar die Familie Senger nicht auf die Liste. Im Jahr 1935 vernichtete er die alte Meldekarte und fertigte eine neue an.

Valentin Senger erzählt, dass sein Vater Jakob 1937 bei der Essensausgabe der jüdischen Fürsorge in eine Kontrolle durch SA-Männer geriet. Sein Pass wurde eingezogen und zur Überprüfung an die Polizei geschickt. Durch Zufall landete das Dokument auf Kaspars Schreibtisch. Kaspar stellte die Überprüfung ein und gab den Pass an Jakob Senger zurück.

Durch Kaspars Hilfe konnte die Familie Senger den Zweiten Weltkrieg in Frankfurt überleben. Kaspar hat nie über die Vorfälle gesprochen.

Bild des Straßenschilds „Polizeimeiste-Kaspar-Straße" in Frankfurt am Main. Das Todesjahr ist fälschlicherweise mit 1964 angegeben[16]

und Deportationen

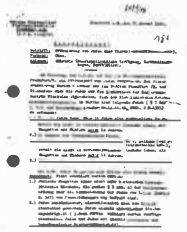
Deportationen aus Frankfurt

Vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten waren rund 30.000 Jüdinnen und Juden in Frankfurt registriert. Die Verfolgungen der nach der NS-Rassenlehre als Juden definierten Personen begann direkt nach der Machtübernahme 1933. Mehr als 15.000 als Juden verfolgte Frankfurterinnen und Frankfurter flohen bis 1939 ins Ausland. Am 19. Oktober 1941 fand die erste Deportation aus Frankfurt statt. SA-Männer holten mehr als 1.100 Frauen, Männer und Kinder aus ihren Wohnungen. Sie trieben sie durch die Stadt in die Großmarkthalle. Beamte der Gestapo führten die Formalien durch. Die Menschen wurden enteignet, gedemütigt und schließlich mit Zügen in das Ghetto in „Litzmannstadt" deportiert.

In mehreren darauffolgenden Deportationen wurden unter der Leitung des Kriminalbeamten Heinrich Baab über 10.000 als Juden verfolgte Menschen aus Frankfurt in die Ghettos, Konzentrations- und Vernichtungslager Minsk, Kaunas, Majdanek, Izbica, Theresienstadt, Raasiku, Auschwitz und andere verschleppt.

„Aus dem Stapobezirk Frankfurt/M werden Juden nach dem Osten evakuiert [...] Ich erwarte, daß Sie mit der notwendigen Härte, Korrektheit und Sorgfalt diesen Befehl ausführen."

Weniger als 600 dieser aus Frankfurt Deportierten erlebten die Befreiung durch Truppen der Alliierten im Jahr 1945.



Schnellbrief der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeistelle Frankfurt/M vom 21. August 1942.[17]

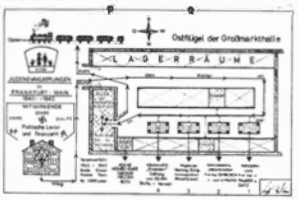
Beteiligung der Ordnungs- und Sicherheitspolizei an Deportationen

Die Organisation und Durchführung der Deportationen lagen in den Händen der Gestapo Frankfurt. Unterstützt wurde sie von der Kriminal- und Schutzpolizei, von SA-Männern und Parteifunktionären der NSDAP. Mitarbeiter der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" wurden zur Kooperation mit der Gestapo gezwungen und mussten unter anderem die Deportationslisten zusammenstellen.

Die Kriminalpolizei stellte auf Anordnung der Gestapo eine Gruppe aus 40 bis 50 Mann zusammen. Sie holten die auf den Deportationslisten vermerkten Personen aus ihren Wohnungen und trieben sie zur Großmarkthalle.

Nach dem Ende der NS-Herrschaft gab es kaum systematische Ermittlungen gegen die Mitarbeiter der Frankfurter Gestapo und die Abteilung des sogenannten „Judenreferats". Im Strafprozess gegen Heinrich Baab, den Leiter des „Judenreferats" der Gestapo, fanden ab 1947 Zeugenvernehmungen und Ermittlungen statt.

Er wurde 1950 zu lebenslanger Haft verurteilt und Ende 1972 vorzeitig aus der Haft entlassen.



In der Haft erstellte Heinrich Baab einen schematischen Plan des Ablaufs der bürokratischen Entrechtung der als Juden Verfolgten in der Großmarkthalle. Er beabsichtigte damit, die Mitverantwortung seiner Kollegen deutlich zu machen. Durch die Art der Darstellung wird der Anschein eines sauberen Ablaufs erzeugt.[18]

25

Gotthold Fengler

Kriminalobersekretär

* 14.10.1898 in Herrmannsdorf † 27.3.1947 in Velen

1916 Abschluss einer kaufmännischen Lehre

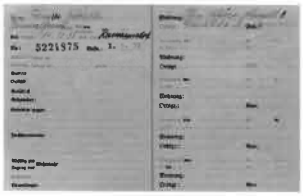
1916 Arbeit als Verkäufer

1917 Einberufung zur Luftwaffe

1919 Schutzpolizei Hanau

1931 Kurzzeitiger Austritt aus dem Polizeidienst und Tätigkeit beim Finanzamt Frankfurt

1931 Oktober: Eintritt in die Kriminalpolizei Frankfurt



Gaukarteikarte von Gotthold Fengler.[19]

1933 Abordnung zur **Gestapo** Frankfurt

1936 Endgültige Versetzung zur Gestapo Frankfurt

1937 Eintritt in die NSDAP

1943 Eintritt in die SS

1944 Abordnung zur Gestapo-Außenstelle Wetzlar

1945 7. April: Internierung durch die Alliierten

1947 27. März: Verstirbt in Velen

„Im Ganzen wird Fengler als anständiger, korrekter und zuverlässiger Mensch geschildert, der sich für die Ziele der Widerstandsgruppe voll einsetzte."

Verbindungen zum „Leuschnerkreis"

Gotthold Fengler war gemeinsam mit dem Kriminalbeamten Christian Fries ab 1942 im sogenannten „Leuschnerkreis" aktiv. Die Gruppe um den ehemaligen Gewerkschaftssekretär Wilhelm Leuschner bildete den zivilen Arm der Widerstandsgruppe des 20. Juli und organisierte für den Fall eines erfolgreichen Attentats auf Hitler eine neue Regierungsbildung.

Als im Mai 1942 vermehrt Deportationen aus Frankfurt erfolgten, planten Christian Fries und Gotthold Fengler, den jüdischen Geheimrat Dr. Karl Herxheimer und seine Hausdame, Henriette Rosenthal, in die Schweiz in Sicherheit zu bringen. Fengler hatte zwei gefälschte Pässe besorgt und sollte die beiden Flüchtenden an die Schweizer Grenze bringen. Das Vorhaben scheiterte jedoch in letzter Minute.

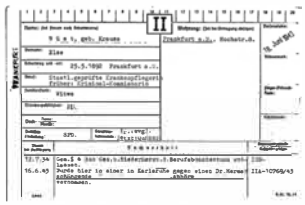
Später nutzte Fengler seine Position bei der Gestapo und lieferte wichtige Informationen und Hinweise an den „Leuschnerkreis". Unter anderem meldete er geplante Deportationen, sodass Betroffene rechtzeitig gewarnt werden konnten.

In mehreren Fällen sorgte Gotthold Fengler für eine Entlassung aus der Gefängnishaft und gewährte Verfolgten in seiner Wohnung Unterschlupf. Seiner Tochter zufolge fälschte er außerdem Vernehmungsprotokolle, um für die Betroffenen eine mildere Strafe zu erwirken.

Gotthold Fengler mit seiner Mutter (links) und seiner Ehefrau Anna (rechts), 1936.[20]

Gestapo und Verfolgungspraxis in Frankfurt

Die Staatspolizeidienststelle Frankfurt am Main



Gestapo-Karteikarte über Kriminalkommissarin Else Wüst.[21]

Die Politische Polizei im Regierungsbezirk Wiesbaden hatte zum Zeitpunkt der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten als Teil der Kriminalpolizei lediglich 18 Beamte. Mit Erlass vom 26. April 1933 wurde die Abteilung in „Staatspolizeistelle" umbenannt und somit zum Sitz der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) in Frankfurt. Die Diensträume befanden sich zunächst noch im Polizeipräsidium.

Mehrere Angestellte wurden 1933 sofort entlassen. Gleichzeitig erfolgte eine vermehrte Einstellung von SA- und SS-Leuten.

Zwischen den „Berufsbeamten" und den neu eingestellten SS/SA-Männern bestand ein angespanntes Verhältnis. Im Juli 1936 zog die Gestapo in ein Gebäude in der Bürgerstraße und am 1. April 1941 in das Haus in der Lindenstraße 27. Das repräsentative Gebäude bot Platz für das mehr als 300 Personen umfassende Personal und für Haftzellen.

Leiter der Stapostelle war zunächst der Kriminalkommissar Eugen Wien, der im Sommer 1933 wegen Unterschlagung und Betrug verhaftet und entlassen wurde. Nachfolger wurde der Kriminalrat Karl Dräger. Auf ihn folgten Adolf Beckerle, Otto Geigenmüller, Joachim Boes und Otto Rasch. 1939 übernahm SS-Sturmbannführer Heinrich Fehlis das Amt, das er 1941 an Oswald Poche übergab. Der neunte und letzte Leiter der Gestapo Frankfurt wurde im Jahr 1943 Reinhard Breder.

„Verhaftete sind bei Verhören [...] derart mißhandelt worden, daß sie anschließend starben, in den Kellerzellen Selbstmord begingen, sich die Pulsadern aufschnitten oder erhängten."

Die Verfolgungspraxis der Geheimen Staatspolizei Frankfurt

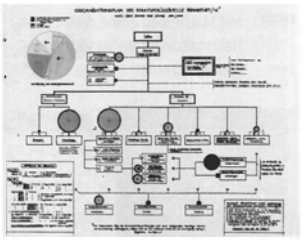
Die Gestapo übernahm die Verfolgung der politischen Gegner der NSDAP, die Überwachung der Kirchen und religiösen Gemeinschaften sowie die Spionageabwehr. Nach Beginn des Krieges fiel die Überwachung der Zwangsarbeiter:innen in ihren Aufgabenbereich. Ab 1941 war die Gestapo für die Deportation der als Juden verfolgten Bürgerinnen und Bürger zuständig.

Nach dem Umzug in die Lindenstraße dienten die dortigen Haftzellen nur der Vernehmung oder temporären Unterbringung von Verhafteten. Gefangene erlebten dort häufig grausame Verhöre. Zur dauerhaften Unterbringung wurden die Häftlinge zumeist in das Polizeigefängnis in der Klapperfeldstraße gebracht, wo bis zu 300 Gefangene einsaßen.

Mit Beginn des Krieges wurden viele Beamte im Kriegsdienst eingesetzt, 17 Gestapomänner waren nachweislich an den Verbrechen des Holocaust in Osteuropa beteiligt, etwa bei Einsatzkommandos in Lublin oder Minsk.

Rund 165.000 überlieferte Gestapo-Karteikarten zeugen heute von unterschiedlichen Verfolgungsschicksalen Frankfurter Bürger:innen, sowie von Zwangsarbeiter:innen. Die wenigsten Beamten mussten sich nach dem Ende der NS-Herrschaft für ihre Taten verantworten.

Organisationsplan der Staatspolizeistelle Frankfurt 1944/45. Der Plan wurde im Ermittlungsverfahren gegen Reinhard Breder, ehemaliger Leiter der Gestapo Frankfurt, herangezogen.[22]



Christian Fries

Kriminaldirektor

* 18.8.1895 in Landsweiler/Saar † 23.8.1959 in Frankfurt

1909 - 1914 Lehre und Arbeit als Bergwerksangestellter

1914 - 1918 Kriegseinsatz in Frankreich und Russland

1919 Frankfurter Schutzpolizei

1930 Versetzung in die Politische Abteilung der Kriminalpolizei Frankfurt

1933 Mit Machtübernahme der Nationalsozialisten Versetzung ins Betrugsdezernat

Christian Fries in der Nachkriegszeit.[23]

1940 Einsatz in **Thionville (Diedenhofen)**

1942 Leitung des Betrugskommissariats

1945 Verhaftung durch die amerikanische Militärregierung

1948 Wiedereinstellung in den Polizeidienst

1956 Versetzung in den Ruhestand

1959 23. August: Verstirbt in Frankfurt am Main

„Im Jahr 1943 erhielt ich von Steffan, der engster Mitarbeiter des ermordeten Leuschner war, den Auftrag, in Frankfurt/M. eine antifaschistische Organisation zu schaffen [...]."

Christian Fries und der „Leuschnerkreis"

Obwohl Fries kein Mitglied der SPD gewesen war, baute er Anfang der 1930er Jahre enge Beziehungen zu SPD-Angehörigen innerhalb der Frankfurter Polizei auf, die mit der Machtübernahme entlassen wurden. Zu seinen Kontaktpersonen gehörte neben Ferdinand Mührdel auch der letzte demokratische Polizeipräsident Ludwig Steinberg, der noch im Januar 1933 seinen Posten räumen musste. Die Verbindungen blieben über die NS-Zeit hinweg bestehen.

Christian Fries stand in Kontakt mit dem sogenannten „Leuschnerkreis" um den ehemaligen Gewerkschafter und hessischen Innenminister Wilhelm Leuschner. Sein Kontaktmann war der ehemalige SPD-Abgeordnete und spätere Innenminister von Rheinland-Pfalz, Jakob Steffan, der ihn 1943 bat, eine antifaschistische Gruppe im Polizeipräsidium zu schaffen, die im Falle eines erfolgreichen Umsturzversuches in Aktion treten sollte. Fries selbst sollte am Tag X den Rundfunksender besetzen, um so die Nachrichten der Umsturzführer zu verbreiten.

Da das Attentat am 20. Juli 1944 scheiterte, trat die Gruppe nie in Aktion.

Pflichttreu und kollegial

Zum Tode von Christian Fries

Am Mittwoch um 2.30 Uhr ist auf dem Frankfurter Hauptfriedhof die Feuerbestattung von Kriminaldirektor a. D. Christian Fries, der, wie bereits kurz gemeldet, am 23. August gestorben ist.

Christian Fries war 1895 geboren. 1919 trat er in die Frankfurter Schutzpolizei ein. 1930 kam er als Kriminalassistent zur Frankfurter Kriminalpolizei; er wurde der Abteilung Ia, der politischen Polizei, zugewiesen.

Aeltere Frankfurter erinnern sich noch jenes Abends im Jahre 1932, als in einem Kino in der Großen Friedberger Straße, in dem damals der Remarque-Film „Im Westen nichts Neues" lief, eine Sprengbombe explodierte und viele Besucher verletzt wurden. Zu den Beamten, die den nationalsozialistischen Attentäter festnahmen, gehörte auch Christian Fries. 1933, als die Nationalsozialisten zur Herrschaft gekommen waren, wurde er zum Dezernat für Falschgeld, Glücksspiele und Rauschgift versetzt.

Kriminaldirektor Fries war ein ruhiger, ausgleichender, hilfsbereiter Mensch, der nach Möglichkeit jedem Zwist aus dem Weg ging und stets zu vermitteln bereit war. Er hatte immer gute Laune und war zu Späßen aufgelegt. In fröhlicher Gesellschaft fühlte er sich wohl und war selbst ein guter Gesellschafter.

Christian Fries hat sich nach 1945 um die Weiterentwicklung der Frankfurter Kriminalpolizei besondere Verdienste erworben. Unter ihm — seit 1952 war er als Kriminaldirektor Leiter der Frankfurter Kriminalpolizei — wurden der Erkennungsdienst und die berufliche Ausbildung des Nachwuchses erheblich verbessert. 1956 schied Fries wegen Erreichung der Altersgrenze nach 37 Dienstjahren aus. Damals bezeichnete Polizeivizepräsident Flegler den jetzt Dahingegangenen als einen Beamten, der Pflichttreue und ein hohes Maß an Kollegialität auszeichneten.

M. N.

„Pflichttreu und kollegial. Zum Tode von Christian Fries" – Artikel in der Frankfurter Rundschau, 26. August 1959.[24]

Der Fall Thionville und der „Leuschnerkreis"

Der Fall „Thionville"

Christian Fries wurde im Sommer 1940 nach Thionville abgeordnet. Fries verstrickte sich in seinem Entnazifizierungsverfahren in widersprüchliche Aussagen. Sicher ist, dass er dort mindestens zwei Monate lang eine Uniform trug. Zeugenberichten zufolge handelte es sich um eine Uniform der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS (SD). Ihm wurde vorgeworfen, sich außerdem an der Beraubung der Zivilbevölkerung beteiligt zu haben.

Fries selbst gab 1945 zu Protokoll, dass er die Uniform eines SS-Untersturmführers getragen hatte. Vor Ort habe er alle anfallenden Vergehen politischer und krimineller Art behandelt. Eine Mitgliedschaft in der SS stritt Fries ab.

Im Entnazifizierungsverfahren 1948 widersprach Fries seiner Aussage von 1945. Er gab nun an, zu keinem Zeitpunkt eine SS-Uniform getragen und auch keinerlei politische Fälle in Frankreich behandelt zu haben. Im Anschluss daran wurde das eingeleitete Entnazifizierungsverfahren gegen ihn endgültig eingestellt.

Während Fries in Thionville war, wurden Tausende als Juden Verfolgte aus der Region vertrieben und die örtlichen Synagogen zerstört. Welche Rolle Fries dabei spielte, ist unklar.

Auszug aus dem Militärfragebogen von Christian Fries, 17.12.1945.[25]

„Ich bemühte mich, Personen zu gewinnen, die mir als verbissene Nazigegner bereits bekannt waren bzw. bekannt wurden."

Der „Leuschnerkreis"

In der politisch unterschiedlich orientierten Gruppe, die den Attentatsversuch auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 unterstütze, vertrat Wilhelm Leuschner die gewerkschaftliche Strömung. Er war Gewerkschaftssekretär und sozialdemokratischer Innenminister Hessens gewesen.

Der „Leuschnerkreis" plante für den Fall eines erfolgreichen Attentats auf Hitler die Neubesetzung der wichtigsten politischen Ämter. Der ehemalige Leipziger Bürgermeister Carl Friedrich Goerdeler sollte Reichskanzler, Leuschner Vizekanzler werden.

Männer des 20. Juli 1944 vor dem Volksgerichtshof. Stehend: Wilhelm Leuschner.[26]

Leuschner teilte Hessen in Bezirke auf. Sein Referent Ludwig Schwamb übernahm das Rhein-Main-Gebiet und erhielt Unterstützung durch den ehemaligen SPD-Politiker Jakob Steffan. Steffan wiederum warb Christian Fries an.

Der Putsch sah vier Etappen der polizeilichen Aktion vor:

1. Die sofortige Kontaktaufnahme mit anderen antifaschistischen Gruppen,
2. Die Besetzung des Rundfunks,
3. Die Ausschaltung der Gestapo und des SD und
4. Die Festnahme führender Funktionäre der NSDAP.

Nach dem Scheitern des Attentats am 20. Juli 1944 flog der „Leuschnerkreis" auf und sämtliche Führungspersönlichkeiten wurden inhaftiert. Leuschner wurde vom „Volksgerichtshof" verurteilt und am 29. September 1944 hingerichtet.

Egon Lengeling

Kriminalangestellter

* 4.9.1905 in Kronberg † unbekannt

ab 1924 Studium der Orientalistik und Rechtswissenschaften

1932 Eintritt in die NSDAP

1938 Kriminalangestellter bei der Gestapo Frankfurt

1939 Aufnahmeantrag in die SS

1940 Versetzung ins Orientreferat des **Reichssicherheitshauptamtes** in Berlin

1942 Durchführung einer Geheimoperation

1944 15. Juni: Verhaftungsbefehl der Gestapo Breslau

1944 20. Juni: Verhaftung in Berlin

1944 22. Juli: Einlieferung in das Zellgefängnis der Lehrterstraße 8 (Berlin)

1945 Übertragung der Kontovollmachten an seine Ex-Frau

1945 3. Februar: Überstellung in das Hausgefängnis der Gestapo in der Prinz-Albrecht-Straße (Berlin)

1945 24. Februar: Letztes Lebenszeichen Lengelings in Form eines Briefes an die Universitätsverwaltung Frankfurt

1949 1. Oktober: Lengeling wird offiziell für tot erklärt

> „Ich [war] immer so zutiefst voll der immensen Bereitschaft Gutes zu tun + Grosses zu leisten, dass ich all das jetzt nicht fassen kann."

Passfälschungen und Verbindungen zum Widerstand

Gemeinsam mit der Versicherungs-angestellten Erna Rub und dem Gestapobeamten Ernst Schmidt fälschte Lengeling Ausreisevisa und gab sie an verfolgte Personen.

Die drei arrangierten auch für Freunde sowie politisch und „rassisch" Verfolgte falsche Pässe und Durchreiseerlaubnisse, verhinderten Verhaftungen sowie Schließungen von Arbeitsstätten und erwirkten Haftentlassungen aus Gefängnissen und Konzentrationslagern.

Seit 1942 unterhielt Lengeling Kontakt zu überregional agierenden Widerstands-gruppen.

Betr. Krim.Angestellten Eg[illegible] L e n g e l i n g.
Vorg. Fs. [illegible] RSHA. Berlin IV A 3 b v.9.6.44
Stap[illegible] Breslau IV 1 c [illegible]

Eg[illegible] L e n g e [illegible], nähere Personalien nicht bekannt, [illegible] Oberursel (Taunus) H[illegible]burgerlandstr.10.
L e [illegible] g e [illegible] bei dem Versuch die Grenze zu überschrei-[illegible] sofort festzunehmen. [illegible] unverzüg[illegible] des RSHA. zu angegebenem Aktenzeichen [illegible]geben.

Betr. 330 3.1

Verhaftungsbefehl gegen Egon Lengeling, Gestapo Breslau, 15. Juni 1944.[27]

1949 wurde Lengeling in Abwesenheit im Rahmen eines Entnazifizierungsverfahrens als „entlastet" eingestuft. Lengeling habe seine Aufgabe darin gesehen „Verfolgten und Gefährdeten aus der Schlinge zu helfen und dadurch den mörderischen Apparat, an dem er selber sass, in seinem Bereiche unschädlich zu machen". Dabei habe er seine Stellung im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) gezielt ausgenutzt. Er habe „seine Tätigkeit bei der Gestapo und im RSHA in erster Linie dazu verwandt, den Nationalsozialismus in seinem Kern zu treffen." Egon Lengeling sei „in seiner Arbeit zum Antifaschisten geworden."[28]

Egon Lengeling auf einer Reise im „Nahen Osten", 1927/28.[29]

Das Reichssicher-heitshauptamt

Egon Lengeling und das Reichssicherheitshauptamt

Als Angestellter der Gestapo und des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) war Egon Lengeling im Herzen der NS-Verfolgungsorgane tätig. Als Referent in der „Orientabteilung" (VI C 13) wirkte er maßgeblich an der Umsetzung der NS-Ideologie im außereuropäischen Ausland mit und war neben der Sammlung sensibler Informationen über arabische Persönlich-keiten auch an der Durchführung einer Geheimdienstoperation in Ägypten beteiligt.

Warum er gegen die NS-Gesetze handelte und Menschen half, ist nicht eindeutig geklärt. Es gab immer wieder Hinweise auf umfangreiche finanzielle Entlohnung für seine Hilfeleistungen. Sein ungewöhnlich großer Immobilienbesitz nach dem Krieg kann darauf zurückgehen, dass Lengeling von der nationalsozialistischen Arisierungspolitik profitierte. Zeugenaussagen im Entnazifizierungsverfahren belasten ihn.

Es wird behauptet, er habe einige seiner Kontakte aus den Widerstandskreisen verraten und sei gemeinsam mit einem Kollegen aus dem RSHA nach Palästina geflohen, um der Strafverfolgung durch die Alliierten zu entgehen.

Der Fall Lengeling

Verhandlung gegen einen Toten

Zeitungsartikel über das Entnazifizierungsverfahren von Egon Lengeling, 1949.[30]

> „Die Ermittlungen gegen den Betroffenen haben neben einer starken formalen Belastung auch einwandfreie Entlastungs-momente ergeben."

Das RSHA: Schaltzentrale der Judenvernichtung

Das Reichssicherheitshauptamt, für das Egon Lengeling ab 1942 arbeitete, war ein Schaltzentrum der nationalsozialistischen Herrschaft. Es wurde am 27. September 1939 als Zusammenschluss aus der Geheimen Staatspolizei, der Kriminalpolizei und dem Sicherheitsdienst (SD) gegründet. Das RSHA sollte der Kern einer weltanschaulich orientierten Polizei sein und den Schutz und die „Reinhaltung" der sogenannten „Volksgemeinschaft" sichern. Dazu gehörte auch die Verteidigung des Reiches gegen Feinde von außen.

SS-Obergruppen-führer Reinhard Heydrich (1904-1942), Chef der Sicher-heitspolizei und des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS (SD).[31]

Das RSHA spielte eine zentrale Rolle für den Holocaust. Im von Adolf Eichmann geleiteten sogenannten „Judenreferat" wurde die Ermordung der europäischen Juden zentral organisiert und gesteuert. An der Durchführung der Massenmorde waren maßgeblich die aus Ordnungs-, Kriminal- und Sicherheitspolizisten bestehenden Einsatzgruppen beteiligt. Sie ermordeten allein zwischen Juni 1941 und Frühjahr 1942 mehr als 535.000 Menschen durch Massenerschießungen.

Im RSHA wurde zudem die nach dem Leiter des RSHA, Reinhard Heydrich, benannte „Aktion Reinhardt" geplant. Während ihrer Umsetzung wurden zwischen Juli 1942 und Oktober 1943 mehr als 1,5 Millionen Jüdinnen und Juden in den drei Vernichtungslagern Sobibor, Treblinka und Belzec ermordet.

Ernst Schmidt

Kriminalangestellter

* 29.4.1896 in Kassel † unbekannt

1914 - 1918 Wehrdienst

1918 Beginn eines Kunststudiums

1932 Eintritt in die NSDAP und SA

1933 Zeichnerische Hilfskraft bei der Gestapo Düsseldorf

1936 Kriminalkommissar in der Spionageabwehrabteilung der Gestapo Düsseldorf

1938 Eintritt in die SS

SS-Personalbogen von Ernst Schmidt.[32]

1939 Mit Kriegsbeginn Abordnung zur **Geheimen Feldpolizei**

1941 Feldpolizeidirektor

1942 Leiter der Spionageabwehrabteilung in Frankfurt

1942 - 1944 Durchführung von Verhören von Piloten im Kriegsgefangenenlager Oberursel

1945 Internierung durch die Alliierten

1947 Entnazifizierungsverfahren

?? Todesdatum und -ort unbekannt

„Später hat ein Herr Schmidt die Päße ausgegeben, der uns sehr geholfen hat. Herr Schmidt hat genau Bescheid gewußt."

Passfälschungen und Verbindungen zum Widerstand

Ernst Schmidt kam 1942 bei der Gestapo Frankfurt mit der Versicherungsangestellten Erna Rub und dem Kriminalangestellten Egon Lengeling in Kontakt. Lengeling war zuvor bei der Gestapo Frankfurt beschäftigt gewesen, arbeitete nun aber im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) in Berlin. Er nutzte dort seine Position, um die Passstelle der Frankfurter Gestapo anzuweisen, alle von ihm beantragten Pässe und Visen ohne weitere Rückfragen auszustellen. Ernst Schmidt empfing bei der Gestapo Frankfurt diese Anweisung und setzte sie um.

Die von Lengeling beantragten Pässe wurden in Frankfurt nun von Schmidt ausgestellt und ausgehändigt. Er wusste, dass es sich um Pässe für verfolgte Personen handelte. Zunächst holte Lengeling die Pässe ab, später übernahm Erna Rub diese Aufgabe. Zur Tarnung wurde sie von Schmidt als V-Mann eingetragen.

Trotz seiner Mitgliedschaften in NS-Organisationen fiel Schmidt als Kritiker des Nationalsozialismus auf. In einem Vermerk seines früheren Ortsgruppenleiters wurde er als „Edelkommunist" bezeichnet.

Als seine Zusammenarbeit mit Erna Rub und Egon Lengeling 1944 bekannt wurde, erfolgte seine Abordnung nach Berlin. Dort wurde er bei Befragungen im KZ Sachsenhausen eingesetzt und kehrte kurz vor Kriegsende zurück nach Frankfurt.

NSDAP-Mitgliedskarteikarte von Ernst Schmidt.[33]

Die Geheime Feldpolizei und der „Kreis Rub"

Die Geheime Feldpolizei

In Schmidts Entnazifizierungsverfahren wurde seine Verstrickung in NS-Verbrechen deutlich. Seine Mitgliedschaft in der SA, der NSDAP und der SS zeigen die formale Seite der Täterschaft. Seine Tätigkeit in der Geheimen Feldpolizei (GFP) sowie seine Stellung als Feldpolizeidirektor sind die aktive Seite. Die Geheime Feldpolizei, auch als „Gestapo der Wehrmacht" bezeichnet, übernahm sicherheitspolizeiliche und militärische Abwehraufgaben innerhalb der Wehrmacht. Sie unterstand dem Oberkommando der Wehrmacht und setzte sich vor allem aus Beamten der Gestapo und der Kriminalpolizei zusammen. Bis zum Ende des Krieges existierten rund 100 GFP-Gruppen.

Schmidt gehörte zur GFP-Gruppe 627, die er einige Zeit als Feldpolizeidirektor leitete. Sie war in Troyes, Frankreich eingesetzt. Angehörige der Geheimen Feldpolizei bewachten militärische Einrichtungen. Sie waren bei Razzien, Inhaftierungen, Verhören und Misshandlungen sowie bei Deportationen und Exekutionen eingesetzt.

„Von den in Frankreich zum Einsatz gekommenen Kräften der GFP hinterließen vor allem die Gruppen 11, 603, 610, 611, 627 und 633 unauslöschliche Spuren der Gewalt und des Terrors."

Die in Frankreich stationierten Gruppen waren vor allem für die Bekämpfung dortiger Widerstandsnetzwerke zuständig. Aber auch am Kunstraub im besetzten Frankreich beteiligten sie sich maßgeblich.

Admiral Wilhelm Canaris, Leiter des militärischen Nachrichtendienstes, 1935 bis 1945. Canaris unterstand die Geheime Feldpolizei. Für seine Beteiligung am Attentatsversuch auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 wurde Canaris hingerichtet.[34]

Der „Kreis Rub"

Dreh- und Angelpunkt der widerständigen Handlungen von Ernst Schmidt und Egon Lengeling war die 1892 geborene Erna Rub. Sie hatte aus erster Ehe mit einem jüdischen Mann eine Tochter, die aufgrund der Nürnberger Gesetze als „Halbjüdin" angesehen wurde. Damit rückte sie in den Verfolgungsfokus der Nationalsozialisten. Einer der ersten Fälle, derer sich Lengeling und Schmidt annahmen, war das Ausstellen von Ausreisevermerken für Rub und ihre Tochter. So gelang es, das Mädchen in die Obhut einer Schwesternschaft in Rom zu geben, wo sie bis Kriegsende verblieb.

Porträtfoto Erna Rub, vor 1940.[35]

Im weiteren Verlauf war es immer wieder Erna Rub, die Hilfegesuche von Verfolgten an Lengeling herantrug. So sorgten die beiden in Zusammenarbeit mit Schmidt wiederholt für das Ausstellen und die Ausgabe falscher Pässe und Sichtvermerke für verfolgte Personen. Zu diesem Zweck reiste Rub durch ganz Europa und knüpfte Kontakte. Sie stand dabei stets unter dem Schutz Lengelings und damit des RSHA. So entstanden auch Verbindungen zu widerständigen Kreisen in Deutschland. Dazu gehörte beispielsweise Eduard Waetjen, der in enger Beziehung zu den Widerständlern des 20. Juli 1944 stand. Lengeling gab Informationen über bevorstehende Verhaftungen und Verhöre an Waetjen weiter, bis er im Juni 1944 verhaftet wurde.

Christian von Vulteé

Polizeimeister

* 17.10.1905 in Kassel † März 1975 in Frankfurt

Bis 1927 Ausbildung und Arbeit als Optiker

1927 Schutzpolizei Frankfurt

1939 Beförderung zum Hauptwachtmeister

1941 Versetzung zur Polizeiverwaltung im annektierten **Łódź**

1941 Beförderung zum Polizeimeister

1945 Rückkehr aus Łódź

1945 16. September: Wiedereintritt in die Frankfurter Polizei

1952 Schwerer Verkehrsunfall und dauerhafte Aufhebung der Diensttauglichkeit als Vollzugsbeamter

1953 - 1959 Arbeit im Innendienst als Meldeschreiber und Ermittlungsbeamter

1959 Eintritt in den Ruhestand

1975 März: Verstirbt in Frankfurt am Main

Aufmarsch von Polizisten am Frankfurter Paulsplatz, 1933.[36]

„So musste er [...] ganz plötzlich ausziehen, weil wir durch einen Polizeibeamten über eine geplante Aktion informiert wurden."

Die Warnung vor einer Verhaftung

Cavit Fitaman war der Sohn einer jüdischen Deutschen, der 1904 in Istanbul geboren wurde und eine türkische Staatsbürgerschaft besaß. Er war ab 1932 mit einer Frankfurterin verlobt. Aufgrund der nationalsozialistischen Gesetzgebung verlor Fitaman seine Stelle als Handelsvertreter. Er wurde mehrmals von der Gestapo verhört, seine türkische Staatsangehörigkeit bewahrte ihn jedoch vor einer KZ-Haft. Nach dem Erlass der „Nürnberger Rassegesetze" sollte Fitaman wegen der Weiterführung seiner Beziehung mit seiner Verlobten verhaftet werden. Bevor er verhaftet werden konnte, wurde Fitaman von Christian von Vulteé vor der Aktion gewarnt.

Vulteé warnte das Paar aufgrund ihrer freundschaftlichen Beziehungen zueinander, wie er nach dem Krieg mitteilte. Es ist unbekannt, ob er noch weiteren Personen während der NS-Zeit half.

Cavit Fitaman konnte dank Vulteés Warnung aus der gemeinsamen Wohnung ausziehen und das Paar täuschte eine Trennung vor. Durch eine Anstellung im Türkischen Konsulat in Frankfurt konnte sich Fitaman vor der weiteren Verfolgung schützen. Nach dem Krieg heiratete Fitaman seine langjährige Verlobte.

Eine Ehrenkompanie der Schutzpolizei Łódź (Litzmannstadt) begrüßt den Leiter der Deutschen Arbeitsfront Robert Ley am Bahnhof, 24.03.1943. Christian von Vulteé war zu diesem Zeitpunkt hier stationiert.[37]

Polizisten als Besatzer und der Fall Łódź

Die Ordnungs- und Sicherheitspolizei in den besetzten Gebieten

Nach dem Überfall auf Polen und dem Beginn des Zweiten Weltkrieges im September 1939 wurden Mitglieder der Sicherheits- und Ordnungspolizei in allen besetzten Gebieten eingesetzt. Unter dem Vorwand „Ordnung" zu schaffen, sorgte die Polizei für eine brutale Unterdrückung der dortigen Zivilbevölkerung.

Vor allem in den osteuropäischen Ländern beteiligten sich Polizisten an Deportationen und Ermordungen, um Gebiete zur Ansiedlung von Deutschen zu schaffen. Allein in Polen wurden bis zum Jahresende 1939 mehr als 60.000 Zivilistinnen und Zivilisten ermordet und Hunderttausende vertrieben. Jüdinnen und Juden wurden in Ghettos zusammengepfercht. Für die Bewachung der Ghettos waren unter anderem Ordnungspolizisten verantwortlich.

Mit fortschreitender Kriegsdauer erstarkte der zivile Widerstand in den besetzten Ländern. Die Polizei reagierte darauf mit umfangreichen Razzien und grenzenlosem Terror.

Der Personalbedarf stieg im Laufe des Krieges stetig an. Um die Besatzungsaufgaben erfüllen zu können, wurden Beamte aus dem Ruhestand zurückgeholt, Freiwillige angeworben und Reservisten einberufen. Ab 1942 dienten auch Frauen als Nachrichtenhelferinnen und Verwaltungsangestellte bei der Polizei.

„Die Polizei. Dein Freund, Dein Helfer!" Plakat des Winterhilfswerks zum Tag der Deutschen Polizei 1941.[38]

„Die ‚Schupo' ist im Getto. Sie umstellen Wohnblöcke und holen die Leute aus den Wohnungen. Wo geschlossen ist, brechen sie die Türen auf."

Vulteé und die Bewachung des Ghettos „Litzmannstadt"

Im besetzten Polen zwang die NS-Verwaltung die jüdische Bevölkerung in „Ghettos" die streng bewacht wurden. Zum 1. April 1941 wurde das Polizeibataillon 101 von der Bewachung des Ghettos Łódź abgelöst. Nun übernahmen 400 Reservisten der Schutzpolizei aus dem „Altreich" diese Aufgabe. Zu diesen 400 Reservisten zählte auch der Frankfurter Polizeibeamte Christian von Vulteé. Das Ghetto Łódź war das zweitgrößte Ghetto in Polen und diente vor allem als Transitlager für Deportationen in die Vernichtungslager.

Zwei Mitglieder des Polizeibataillons 101 bei der Bewachung des Ghetto Łódź, 1940.[39]

Nach dem Krieg erklärte Vulteé, zwischen dem 1. April 1941 und Kriegsende bei der Schutzpolizei Łódź gewesen zu sein. Diese Angaben sind jedoch nicht vollständig. Zumindest für September 1943 ist nachgewiesen, dass Vulteé in einem Pionier-Frontbataillon im Baltikum und Nordrussland diente. Seine genauen Aufgaben an der Front sind nicht bekannt.

Während Vulteé bei der Schutzpolizei in Łódź stationiert war, beging diese unzählige Verbrechen an der polnischen Zivilbevölkerung. Es muss davon ausgegangen werden, dass sich Vulteé in der ein oder anderen Form an den Verbrechen beteiligt hat.

Klaus Hornig

Polizeioberstleutnant

* 11.12.1907 in Schweidnitz † 12.12.1997 in München

1928 - 1930 Beginn eines Jurastudiums

1930 Eintritt in preußische Schutzpolizei

1935 Militärbeamter im Offiziersrang

1940 Wechsel als Oberstleutnant zur Schutzpolizei Frankfurt am Main

1940 Erstes juristisches Staatsexamen

1941 - 1942 Als Angehöriger des **Polizeibataillons** 306 im ostpolnischen Lublin

1942 Verurteilung zu 2 ½ Jahren Haft wegen „Wehrkraftzersetzung"

1944 Einweisung in das KZ Buchenwald

1945 Entlassung aus dem KZ Buchenwald bei Befreiung durch die Rote Armee

1945 - 1946 Mitarbeiter bei der Abteilung für Kriegsverbrechen der US-Armee in Dachau

1953 Nachträgliche Beförderung zum Polizeioberstleutnant als „Entschädigung für erlittenes Unrecht" und gleichzeitige Versetzung in den Ruhestand

1957 Promotion als Nationalökonom

1997 12. Dezember: Verstirbt in München

„Im Interesse der gerechten Sache und der Fahndung nach den noch vielfach in Freiheit befindlichen Hauptkriegsverbrechern der SS- und Polizei, stellte ich mich [...] im Ermittlungs- und Fahndungsdienst zur Verfügung."

„Nein" zur Erschießung von Kriegsgefangenen

Im Oktober 1941 wurde Hornig zum Frankfurter Polizeibataillon 306 im ostpolnischen Lublin versetzt. Dort erhielt er den Auftrag, mit einem Zug Polizisten 780 sowjetische Kriegsgefangene zu liquidieren. Er weigerte sich. Als Katholik und Jurist lehne er es ab, auf Wehrlose zu schießen. Er argumentierte weiterhin, dass es sich hierbei um einen Verstoß gegen internationales Recht und Militärstrafgesetz handle. Während des Einsatzes verweigerte er konsequent die Beteiligung an Exekutionen.

Anklageverfügung des SS- und Polizeigerichts II Düsseldorf gegen Klaus Hornig, 8. Oktober 1942.[40]

Seine Bedenken teilte er den anderen Polizisten in seinem Zug mit. Im Januar 1942 wurde er wegen „SS- und polizeifeindlicher Einstellung" nach Frankfurt zurückversetzt und unter anderem wegen „Unfähigkeit für den Einsatz im Osten" und „Wehrkraftzersetzung" verhaftet.

Der US-Militärregierung diente Hornig als Sachverständiger in Verfahren wegen NS-Gewaltverbrechen. Er widerlegte die oft genutzte Schutzbehauptung vieler Angeklagten, dass Befehlsverweigerung das eigene Todesurteil bedeutet hätte.

Offiziersstab des Polizeibataillons 306.[41]

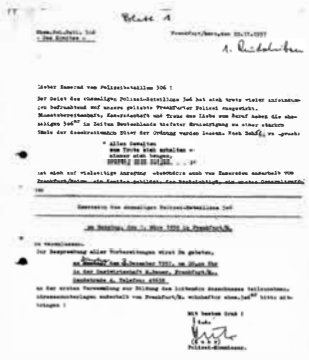
Die Polizeibataillone der Ordnungspolizei

Polizeibataillone und Einsatzgruppen

Ordnungs- und Sicherheitspolizei hatten im Ausland nicht nur Besatzungs- und „Befriedungsaufgaben". Sie waren auch an der Kriegsfront eingesetzt und beteiligten sich am Massenmord an der Zivilbevölkerung und der Ermordung der europäischen Juden.

Polizei-Reservisten und Freiwillige der Ordnungspolizei wurden in sogenannten „Polizeibataillonen" zusammengefasst. Die Sicherheitspolizei stellte Einsatzgruppen. Beide folgten der Wehrmacht hinter der Front und waren an verschiedenen Kriegsverbrechen beteiligt. Über eine Million sowjetische Juden, Kriegsgefangene und politische Häftlinge wurden allein bis 1942 durch Einsatzkommandos und Polizeibataillone ermordet. Diese Verbrechen werden als „Holocaust durch Kugeln" bezeichnet.

Als 1941 der Entschluss gefasst wurde, alle europäischen Juden zu ermorden, beteiligten sich besonders die Gestapo und die Ordnungspolizei an der Planung und Durchführung der Deportationen in die Vernichtungslager.



Einladung des Polizeikommissars Josef Kuhr an die ehemaligen Mitglieder des Frankfurter Polizeibataillons 306, 29. November 1957.[42]

„Der Geist des ehemaligen Polizei-Bataillons 306 hat sich trotz vieler Anfeindungen befruchtend auf unsere geliebte Frankfurter Polizei ausgewirkt."

Das Polizeibataillon 306

„Die Polizei im Fronteinsatz. Tag der Deutschen Polizei", Plakat, Februar 1942.[43]

Das aus Frankfurt am Main stammende Polizeibataillon 306 beteiligte sich ab Oktober 1940 an der „Partisanenbekämpfung" im ostpolnischen Lublin. Mit dieser Bezeichnung wurden Massenerschießungen von Zivilisten getarnt. Im August 1942 wurde das Bataillon ins belarussische Pinks verlegt. Dort existierte zu diesem Zeitpunkt das größte Ghetto für als Juden Verfolgte in Belarus.

Am 29. Oktober 1942 begann die Liquidierung des Ghettos. Bis zu 26.000 Jüdinnen und Juden wurden aus der Stadt getrieben und von Angehörigen der Polizeibataillone 306 und 310 sowie der Polizei-Reiterabteilung II erschossen. Kranke und Kinder wurden noch im Ghetto ermordet.

Die genaue Zahl der Opfer ist bis heute unklar.

Angehörige des Polizeibataillons 306 hielten noch um 1960 Kameradschaftstreffen ab. 1973 verurteilte das Landgericht Frankfurt sechs Mitglieder des Polizeibataillon 306 wegen gemeinschaftlicher Beihilfe zum Mord zu Haftstrafen zwischen zwei und 15 Jahren.

Das Frankfurter Polizeibataillon 306 bei einem Gruppenfoto.[44]

Neuanfang und alte Kameradschaft

Die Polizei Frankfurt nach 1945

Nach dem Sieg über das nationalsozialistische Deutschland regierte in Frankfurt zunächst die US-Militäradministration. Sie bemühte sich, die öffentliche Ordnung wieder herzustellen und setzte dazu bald auch deutsche Polizeibeamte ein. Nach wenigen Monaten arbeitete die deutsche Polizei wieder weitgehend mit dem selben Personal wie vor 1945. Viele verhielten sich, als ob nichts geschehen wäre. Alte Kameradschaften und alte Überzeugungen blieben auch im neuen demokratischen Staat oft bestehen. Vom NS-Staat Entlassene und ehemals verfolgte Polizisten arbeiteten Seite an Seite mit den ehemaligen Tätern.

Es gab früh Gerichtsverfahren gegen Polizeibeamte, die an den Verbrechen des NS-Staates beteiligt waren. In Frankfurt wurde der Leiter des „Judenreferates" der Geheimen Staatspolizei, Heinrich Baab, 1947 verhaftet. Er war maßgeblich an der Organisation der Massendeportationen von als Juden Verfolgten aus dem Rhein-Main-Gebiet in die Vernichtungslager beteiligt. Wegen diesem und anderen Verbrechen, die er in Ausübung seines Dienstes begangen hatte, wurde er 1950 zu lebenslanger Haft verurteilt. Das blieb eine Ausnahme. 1972 erfolgte seine vorzeitige Entlassung. Die Strafverfolgung gegen NS-Verbrecher kam bald weitgehend zum Erliegen.

„Der Polizist Johannes Himmelheber leitete das ‚Zigeunerlager' in der Dieselstraße. Er wurde nach dem Ende der NS-Herrschaft nie zur Rechenschaft gezogen. In einem Entnazifizierungsverfahren klassifizierte in eine Spruchkammer als ‚belastet'. In der Berufungsverhandlung wurde er aber als ‚nicht betroffen' eingestuft. Er arbeitete bis zu seiner Pensionierung 1952 als Polizist."

Anja Laud, Aus der Klasse von Gestapo-Mann abgeholt, Frankfurter Rundschau, 17.01.2022.

„Demokratisierung und Zivilisierung der exekutiven Gewalt sind keine festgefügten Zustände, sondern werden ständig neu erarbeitet."

Benjamin Derin / Tobias Singelnstein, Die Polizei. Helfer, Gegner, Staatsgewalt. Inspektion einer mächtigen Organisation, Berlin 2022, S. 347.

Der hessische Innenminister Beuth 2023: „Die Inhalte, die in dieser Chatgruppe geteilt worden sind, sind völlig inakzeptabel und mit den Werten der hessischen Polizei an keinem Punkt vereinbar."

FAZ, 01.03.23

Endnoten und Quellenanhang

Titelseite:
Hintergrund: Historisches Museum Frankfurt, Foto von Hannah und Emmerich Reek, Ph03225a.

Seite 4 -8
Hintergrund: Historisches Museum Frankfurt, Foto von Hannah und Emmerich Reek, Ph03225a.

Seite 9:
1 Zitiert nach: Kay Boyle,Der rauchende Berg. Geschichten aus Nachkriegsdeutschland, Frankfurt am Main 1991, S. 51.
2 Zitiert nach Kommission zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter Juden (Hg.), Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden 1933-1945, Frankfurt am Main 1963, S. 517f.
3 Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 461, Nr. 37048, Bd. 17, Bll. 71-73.
Hintergrund: Historisches Museum Frankfurt, Foto von Hannah und Emmerich Reek, Ph03225a.

Seite 10:
Porträt: Polizeipräsidium Frankfurt am Main.
Zitat: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, 52, Nr. 5228.
Hintergrund: Entlassung des Kriminal-Polizeirat Mührdel, 2. Juli 1933. Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, A.11.02, Nr. 117.716.

Seite 11:
4 Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, S7Z, Nr. 1932/128.
Hintergrund: Entlassung des Kriminal-Polizeirat Mührdel, 2. Juli 1933. Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, A.11.02, Nr. 117.716.

Seite 12:
5 Polizeipräsidium Frankfurt am Main.
Zitat: SA-Dienststrafordnung, zitiert nach IMT XXXI, S.161f.
Hintergrund: Entlassung des Kriminal-Polizeirat Mührdel, 2. Juli 1933. Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, A.11.02, Nr. 117.716.

Seite 13:
6 BPK Bildagentur.
7 Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, Bestand O 59 Löwer, Nr. 10/60.
Hintergrund: Entlassung des Kriminal-Polizeirat Mührdel, 2. Juli 1933. Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, A.11.02, Nr. 117.716.

Seite 14:
Porträt: Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, H3, Büdingen 224450.
Zitat: Hans-Harro Lendner, zitiert nach Petra Bonavita in: „A frankfurt hero" – Else Wüst (1892-1974), Frankfurter Frauenzimmer.
Hintergrund: Erklärung von Christian Fries über Else Wüst, 9. März 1951. Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 518, Nr. 5936.

Seite 15:
8 Institut für Stadtgeschichte, S6b-116, Nr. 3/2.
9 Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, H4, Nr. 738 – Wüst, Else.
Hintergrund: Erklärung von Christian Fries über Else Wüst, 9. März 1951. Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 518, Nr. 5936.

Seite 16:
10 United States Holocaust Memorial Museum, No. 30913, courtesy of Lore Gotthelf Jacobs.
Zitat: Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, Reichgesetzblatt Nr. 34 vom 7. April 1933.
Hintergrund: Erklärung von Christian Fries über Else Wüst, 9. März 1951. Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 518, Nr. 5936.

Seite 17:
11 Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, Reichgesetzblatt Nr. 34 vom 7. April 1933.
Hintergrund: Erklärung von Christian Fries über Else Wüst, 9. März 1951. Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 518, Nr. 5936.

Seite 18:
Porträt: Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 518, Nr. 2748, Bl. 40.
Zitat: Lore Wolf über Polizeihauptwachtmeister Emil Monno. Dokumentationsarchiv des Deutschen Widerstandes, LWOLF5, Interview mit Lore Wolf: „Wie unsere Zeitung weiter erschien", Bl. 6.
Hintergrund: Dokumentationsarchiv des Deutschen Widerstandes, LWOLF5, Interview mit Lore Wolf: „Wie unsere Zeitung weiter erschien", Bl. 6.

Seite 19:
12 Dokumentationsarchiv des Deutschen Widerstandes, AN 2603. Bl. 13.
Hintergrund: Dokumentationsarchiv des Deutschen Widerstandes, LWOLF5, Interview mit Lore Wolf: „Wie unsere Zeitung weiter erschien", Bl. 6.

Seite 20:
13 Dokumentationsarchiv des Deutschen Widerstandes, BNG 563.
Zitat: Flugblatt „Schupo" der Roten Hilfe. Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, R 3018/10190.
Hintergrund: Dokumentationsarchiv des Deutschen Widerstandes, LWOLF5, Interview mit Lore Wolf: „Wie unsere Zeitung weiter erschien", Bl. 6.

Seite 21:
14 Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, R 3018/10190.
Hintergrund: Dokumentationsarchiv des Deutschen Widerstandes, LWOLF5, Interview mit Lore Wolf: „Wie unsere Zeitung weiter erschien", Bl. 6.

Seite 22:
15 Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, A.11.02., Nr. 114.450, Bl. 60.
Porträt: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, A.11.02, Nr. 114.450.
Zitat: Polizeipräsident Willy Klapproth zu Otto Kaspers 25-jährigem Dienstjubiläum. Urkunde für Otto Kaspar zum 25. Dienstjubiläum, 20. Juni 1947. Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, A.11.02., Nr. 114.449, Bl. 34.
Hintergrund: Urkunde für Otto Kaspar zum 25. Dienstjubiläum, 20. Juni 1947. Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, A.11.02., Nr. 114.449, Bl. 34.

Seite 23:
16 Privatbesitz Lisa Schrimpf.
Hintergrund: Urkunde für Otto Kaspar zum 25. Dienstjubiläum, 20. Juni 1947. Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, A.11.02., Nr. 114.449, Bl. 34.

Seite 24:
17 Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 425, Nr. 432.
Zitat: Merkblatt für eingesetzte Beamte. Anlage zum Schnellbrief der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeistelle Frankfurt/M, 21. August 1942. Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 425, Nr. 432.
Hintergrund: Urkunde für Otto Kaspar zum 25. Dienstjubiläum, 20. Juni 1947. Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, A.11.02., Nr. 114.449, Bl. 34.

Seite 25:
18 Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 461, Nr. 30983/12.
Hintergrund: Urkunde für Otto Kaspar zum 25. Dienstjubiläum, 20. Juni 1947. Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, A.11.02., Nr. 114.449, Bl. 34.

Seite 26:
19 Bundesarchiv Berlin Lichterfelde, R 9361-IX, KARTEI 8550718.
Porträt: Privatbesitz, Sammlung Petra Bonavita.
Zitat: Kriminalsekretär Portune als Mitglied der Betriebsvertretung über Gotthold Fengler, 13. Dezember 1948. Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 520/11, Nr. 12004/1-2, Bl. 3.
Hintergrund: Handgeschriebener Lebenslauf von Gotthold Fengler, 12. März 1942. Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, R 9361-III, Nr. 42479.

Seite 27:
20 Privatbesitz, Sammlung Petra Bonavita.
Hintergrund: Handgeschriebener Lebenslauf von Gotthold Fengler, 12. März 1942. Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, R 9361-III, Nr. 42479.

Seite 28:
21 Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 486, Wüst, Else.
Zitat: Adolf Diamont, Gestapo Frankfurt a/M, Frankfurt am Main 1988, S. 178.
Hintergrund: Handgeschriebener Lebenslauf von Gotthold Fengler, 12. März 1942, Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, R 9361-III, Nr. 42479.

Seite 29:
22 Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 461, Nr. 30983-14.
Hintergrund: Handgeschriebener Lebenslauf von Gotthold Fengler, 12. März 1942, Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, R 9361-III, Nr. 42479.

Seite 30:
23 Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, A.11.02, Nr. 111.051, Personalakte Christian Fries.
Porträt: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, A.11.02, Nr. 111.051, Personalakte Christian Fries, Bl. 2.
Zitat: Rechtfertigungsschrift von Christian Fries an das Großhessische Staatsministerium, 12. Januar 1947. Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, Abt. 52, Nr. 3506.
Hintergrund: Rechtfertigungsschrift von Christian Fries an das Großhessische Staatsministerium, 12. Januar 1947. Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, Abt. 52, Nr. 3506.

Seite 31:
24 Frankfurter Rundschau vom 26. August 1959.
Hintergrund: Rechtfertigungsschrift von Christian Fries an das Großhessische Staatsministerium, 12. Januar 1947. Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, Abt. 52, Nr. 3506.

Seite 32:
25 Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 520/11, Nr. 24570.
Zitat: Christian Fries über die Schaffung eines antifaschistischen Netzwerks innerhalb der Frankfurter Polizei. Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, Abt. 52, Nr. 3506 Christian Fries, Rechtfertigungsschrift von Christian Fries an das Großhessische Staatsministerium. 12. Januar 1947. S. 5.
Hintergrund: Rechtfertigungsschrift von Christian Fries an das Großhessische Staatsministerium, 12. Januar 1947. Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, Abt. 52, Nr. 3506.

Seite 33:
26 Dokumentationsarchiv des Deutschen Widerstandes, BNG 120.
Hintergrund: Rechtfertigungsschrift von Christian Fries an das Großhessische Staatsministerium, 12. Januar 1947. Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, Abt. 52, Nr. 3506.

Seite 34:
Porträt: Privatbesitz, Volkher von Lengeling.
Zitat: Brief Egon Lengelings an seine Frau aus der Haft in Berlin, 3. September 1944, Privatbesitz Volkher von Lengeling.
Hintergrund: Brief Egon Lengelings an seine Frau aus der Haft in Berlin, 3. September 1944, Privatbesitz Volkher von Lengeling.

Seite 35:
27 Arolsen Archive, 1.2.2.1., „Meldeblätter" der Geheimen Staatspolizei in Schlesien, Staatspolizeileitstelle Breslau vom 29.6.40 -1.10.44, Dokumenten-ID 11401938.
28 Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 520/11, Nr. 12682, Spruchkammerakte Egon Lengeling, Spruchkammerurteil vom 23. Mai 1949, unpaginiert.
29 Privatbesitz, Volkher von Lengeling.
Hintergrund: Brief Egon Lengelings an seine Frau aus der Haft in Berlin, 3. September 1944, Privatbesitz Volkher von Lengeling.

Seite 36:
30 Privatbesitz, Volkher von Lengeling.
Zitat: Aktennotiz des öffentlichen Klägers im Entnazifizierungsverfahren gegen Egon Lengeling, 22. Juli 1948. Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 520/11, Nr. 12682, Bl. 31.
Hintergrund: Brief Egon Lengelings an seine Frau aus der Haft in Berlin, 3. September 1944, Privatbesitz Volkher von Lengeling.

Seite 37:
31 BPK-Bildagentur.
Hintergrund: Brief Egon Lengelings an seine Frau aus der Haft in Berlin, 3. September 1944, Privatbesitz Volkher von Lengeling.

Seite 38:
32 Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, R 3961-III, Nr. 553611.
Porträt: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, R 9361-VIII, Kartei 19500681.
Zitat: Erna Rub über ihre Zusammenarbeit mit Ernst Schmidt. Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 520/11, Nr. 12682/1-2.
Hintergrund: Selbstverfasster Lebenslauf von Ernst Schmidt, 13. März 1948. Bundesarchiv Koblenz, Z42 III, Nr. 2999.

Seite 39:
33 Bundesarchiv Berlin-Lichterfeld, R 9361-VIII, Kartei 19500681.
Hintergrund: Selbstverfasster Lebenslauf von Ernst Schmidt, 13. März 1948. Bundesarchiv Koblenz, Z42 III, Nr. 2999.
Hintergrund: Selbstverfasster Lebenslauf von Ernst Schmidt, 13. März 1948. Bundesarchiv Koblenz, Z42 III, Nr. 2999.

Seite 40:
34 BPK-Bildagentur.
Zitat: Robert Winter: Die geheime Feldpolizei, Wolfenbüttel 2013, Seite 35.
Hintergrund: Selbstverfasster Lebenslauf von Ernst Schmidt, 13. März 1948. Bundesarchiv Koblenz, Z42 III, Nr. 2999.

Seite 41:
35 Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 520/11, Nr. 12669.
Hintergrund: Selbstverfasster Lebenslauf von Ernst Schmidt, 13. März 1948. Bundesarchiv Koblenz, Z42 III, Nr. 2999.

Seite 42:
36 Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, S7Z, 1933/35.
Porträt: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, A.11.02., Nr. 123820, Bl. 2.
Zitat: Anna Fitaman über Christian von Vulteé. Dokumentationsarchiv des Deutschen Widerstandes, EA 183 Fitaman, Bl. 44.
Hintergrund: Anna Fitaman über Christian von Vulteé. Dokumentationsarchiv des Deutschen Widerstandes, EA 183 Fitaman, Bl. 44.

Seite 43:
37 BPK-Bildegentur.
Hintergrund: Anna Fitaman über Christian von Vulteé. Dokumentationsarchiv des Deutschen Widerstandes, EA 183 Fitaman, Bl. 44.

Seite 44:
38 Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, S6b-93, Nr. P17.
Zitat: Anonymes handschriftliches Tagebuch eines Mädchens im Ghetto Litzmannstadt, Eintrag vom 10. August 1944. Zitiert nach Ingo Loose (Hrsg.): Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945, Bd. 10, Polen: die eingegliederten Gebiete August 1941-1945, Berlin 2020, S. 719.
Hintergrund: Anna Fitaman über Christian von Vulteé. Dokumentationsarchiv des Deutschen Widerstandes, EA 183 Fitaman, Bl. 44.

Seite 45:
39 United States Holocaust Memorial Museum, courtesy of Michael O'Hara, Photo no. 47436.
Hintergrund: Anna Fitaman über Christian von Vulteé. Dokumentationsarchiv des Deutschen Widerstandes, EA 183 Fitaman, Bl. 44.

Seite 46:
Porträt: Klaus Hornig an seinem 87. Geburtstag am 11. Dezember 1994. Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, N 1825/1.
Zitat: Selbstverfasster Lebenslauf von Klaus Hornig. Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, A. 54.03, Nr. 2888, Bl. 3.
Hintergrund: Selbstverfasster Lebenslauf von Klaus Hornig. Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, A. 54.03, Nr. 2888, Bl. 3.

Seite 47:
40 Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, A.54.03, Nr. 2888, Bl. 9.
41 Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 451, Nr. 32590, Bd. 210.
Hintergrund: Selbstverfasster Lebenslauf von Klaus Hornig. Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, A. 54.03, Nr. 2888, Bl. 3.

Seite 48:
42 Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 461, Nr. 37638/426, Bl. 1.
Zitat: Einladung des Polizeikommissar Josef Kuhr an die ehemaligen Mitglieder des Polizeibataillons 306, 29. November 1957. Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 461, Nr. 37638/426, Bl. 1.
Hintergrund: Selbstverfasster Lebenslauf von Klaus Hornig. Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, A. 54.03, Nr. 2888, Bl. 3.

Seite 49:
43 Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, S6b-93, Nr. P-214.
44 Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 451, Nr. 32590/210.
Hintergrund: Selbstverfasster Lebenslauf von Klaus Hornig. Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, A. 54.03, Nr. 2888, Bl. 3.

Seite 50:
Hintergrund: Historisches Museum Frankfurt, Foto von Hannah und Emmerich Reek, Ph03225a.

Seite 51:
Hintergrund: Historisches Museum Frankfurt, Foto von Hannah und Emmerich Reek, Ph03225a.

Widerständige Polizisten im NS-Regime

Eine neue Ausstellung des Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945

Ausstellungen sind ein Markenkern des Studienkreis Deutscher Widerstand 1933–1945. 1971 eröffneten wir in der Frankfurter Paulskirche unsere erste Ausstellung: „Antifaschistischer Widerstand 1933–1945". Seitdem hat der Studienkreis zahlreiche Wanderausstellungen erfolgreich entwickelt und an vielen Orten in der Bundesrepublik, aber auch in den USA oder in Österreich gezeigt. Nach der Entwicklung der Dauerausstellung für den „Geschichtsort Adlerwerke: Fabrik, Zwangsarbeit, Konzentrationslager" sind gerade zwei neue Wanderausstellungen in Arbeit. Eine über den frühen Widerstand gegen die aufkommende NS-Bewegung und das sich etablierende NS-Regime. Die andere widmet sich einem ungewöhnlichen Bereich des Widerstandes: dem widerständigen Verhalten von Frankfurter Polizeibeamten in den Jahren 1933 bis 1945. Lisa Schrimpf arbeitet an dieser „Polizei-Ausstellung" und gibt im Gespräch mit Thomas Altmeyer einen Einblick in das Projekt.

Wie kam es zu diesem Ausstellungsprojekt?

Ausgangspunkt für das Ausstellungsprojekt war meine Masterarbeit, in der ich mich mit widerständigen Frankfurter Polizeibeamten beschäftigt habe. Als dann vom Hessischen Zentrum für Extremismusprävention ein Förderaufruf zu eben diesem Thema veröffentlicht wurde, kam ich nicht umhin, einen Projektantrag für den Studienkreis Deutscher Widerstand einzureichen. Als Projektleiterin übernehme ich die Koordination und Durchführung, wobei ich vor allem bei den Archivrecherchen und dem Verfassen von Texten durch mehrere Kolleg*innen tatkräftig unterstützt werde.

Die Rolle der Polizei im NS-Regime war ja generell alles andere als eine widerständige. Was bedeutet das für den Ansatz Eurer Arbeit?

Wenn man sich mit Opposition und Widerstand in einer Organisation wie der Polizei beschäftigt, muss natürlich überlegt werden, mit welchem Widerstandsbegriff wir operieren und ob es sich nicht eher um widerständiges Verhalten, Resistenz oder Nonkonformität handelt. So geht es beispielsweise um Polizisten, die Familien vor bevorstehenden Razzien warnten, Einwohnermeldekarten fälschten, Fluchten für verfolgte Personen organisierten, gefälschte Ausreisevisen ausstellten, Dokumente aus dem polizeilichen Besitz entwendeten und an Widerstandsgruppen weitergaben oder auch als Teil eines größeren Widerstandsnetzwerkes fungierten.

Deine Masterarbeit ist nun publiziert worden. Ist die Ausstellung lediglich eine Präsentation in einem anderen Medium?

In meiner Masterarbeit, die nun tatsächlich im Verlag für Polizeiwissenschaft erschienen ist, nehme ich sechs Frankfurter Polizisten näher unter die Lupe. In der jetzt entwickelten Ausstellung erfolgt eine Erweiterung des Samples, sodass ungefähr zehn Polizisten behandelt werden.

Das Besondere an der Nonkonformität dieser Personen ist die Einbettung in ihre Polizeiarbeit. Als Teil der Polizei, die als Täterorganisation maßgeblich für die Verfolgung und Ermordung von Menschen jüdischer Religionszugehörigkeit und anderer unliebsamer Personen verantwortlich war, sind ihre Handlungen in einen ganz besonderen Kontext einzuordnen.

Einerseits hatten sie als Polizisten ganz spezielle und von der Zivilbevölkerung abzugrenzende Handlungsspielräume der Nonkonformität, andererseits setzten sie sich im Herzen des Verfolgungsapparats mit ihren Taten einer großen Gefahr für das eigene Leben aus.

Darüber hinaus ist es uns ein zentrales Anliegen, nicht nur die Resistenz der Polizisten in den Blick zu nehmen, sondern auch dezidiert nach ihrer (Mit-)Täterschaft zu fragen und ihre Handlungen in einen größeren Rahmen einzubetten. Ziel ist es, die Ambivalenzen aufzudecken und keinesfalls den Eindruck einer „weißen Weste" zu vermitteln. Ich denke es ist ganz wichtig zu betonen, dass die Männer als Mitarbeiter der Sicherheits- oder Ordnungspolizei nicht prinzipiell unschuldig waren, auch wenn viele dieses Bild im Zuge der Spruchkammerverfahren nach dem Krieg vermitteln wollten.

Dennoch wird deutlich, wie alle, einige von ihnen aufgrund ihrer politischen Haltung, die meisten aber wegen ihrer persönlichen Bekanntschaft zu Verfolgten, ganz gezielt ihre Positionen und Handlungsspielräume nutzten, um ausgewählten Menschen zu helfen.

Kannst Du ein konkretes Beispiel einer derartigen Biografie nennen?

Prominente Frankfurter Beispiele sind wohl der Polizeimeister Otto Kaspar, der Kriminalrat Christian Fries und der Gestapobeamte Gotthold Fengler. Weniger bekannt ist allerdings beispielsweise der Fall Egon Lengelings, der kurze Zeit als Gestapobeamter in Frankfurt tätig war und schließlich ins Reichssicherheitshauptamt versetzt wurde.

Lengeling hatte an der Goethe Universität in Frankfurt studiert und sich mit dem sogenannten „Orient" beschäftigt. Dabei eignete er sich umfassende Arabischkenntnisse an und verfügte aufgrund zahlreicher Reisen in die Region über spezifische lokale Kenntnisse und Beziehungen zu Menschen vor Ort. All dies führte zu seiner Abordnung ins RSHA, wo er als Referent in der „Orientabteilung" tätig war. In dieser Vita deutet zunächst nichts auf widerständiges Verhalten oder gar konspirative Tätigkeiten hin. Erst später tauchen Hinweise auf eine nonkonforme Gesinnung auf.

So wurde er beispielsweise im Jahr 1943 kurzzeitig beurlaubt und laut manchen Quellen gar verhaftet, da er für „nicht zuverlässige Personen" Ausreisevisa erstellt hatte. Im Juni 1944 wurde er erneut festgenommen und in Berlin

in der Lehrterstraße 3 inhaftiert. Ab Februar 1945 verliert sich seine Spur. Nach dem Krieg gab es Hinweise auf eine Verschleppung in das KZ Sachsenhausen. Andere Quellen wiederum vermuten eine Flucht ins arabischsprachige Ausland.

In einem 1948 in seiner Abwesenheit durchgeführten Spruchkammerverfahren kam schließlich das Ausmaß seiner Handlungen zum Vorschein: Gemeinsam mit der Versicherungsangestellten Erna Rub und dem Spionageabwehrchef der Frankfurter Gestapo, Kriminalrat Ernst Schmidt, hatte er Ausreisevisen an verfolgte Personen ausgegeben und ihnen somit die Flucht ins Ausland ermöglicht. Unter anderem rettete er so die als Halbjüdin verfolgte Tochter Erna Rubs. Später kam Egon Lengeling wohl auch in Kontakt mit dem britischen Geheimdienst um den Doppelagenten Johann Jebsen, der kurz vor Kriegsende im KZ Sachsenhausen ermordet wurde, und lieferte Informationen über Verhöre sowie bevorstehende Verhaftungen an Mitglieder des Kreisauer Kreises.

Egon Lengeling 1927/1928. Quelle Volkher von Lengeling.

Wie belastbar sind die Quellen?

Natürlich müssen all diese Aussagen im Rahmen des Spruchkammerverfahrens durchaus kritisch hinterfragt werden. Sowohl Ernst Schmidt als auch Erna Rub sagten zu Gunsten Lengelings aus und entlasteten damit auch sich selbst. Immer wieder wurde zudem angedeutet, dass Lengeling von den Betroffenen hohe Geldbeträge für seine Hilfsaktionen erhielt. Angestrebt wurde das Spruchkammerverfahren vor allem von Lengelings Ehefrau, die auf dessen Pensionsansprüche angewiesen war. Diese wiederum konnte sie aber nur beziehen, wenn sie nachweisen konnte, dass sich Egon Lengeling trotz der umfangreichen formalen Belastung – er war Mitglied der NSDAP und der Waffen-SS gewesen – widerständig verhalten hatte.

Trotz dieser Ambivalenzen gab es einige durchaus glaubwürdige Zeugen aus Widerstandskreisen, einen offiziellen Verhaftungsbefehl der Gestapo gegen Egon Lengeling sowie seine Eintragung im Eingangsbuch der Häftlinge in der Lehrterstraße, sodass wir davon ausgehen, dass zumindest ein Teil der resistenten Handlungen wie geschildert stattgefunden haben.

Dieser Balanceakt zwischen Widerständigkeit und Täterschaft ist es, der eigentlich im Zentrum jeder einzelnen Biografie steht.

Wo steht Ihr im Arbeitsprozess, und welche Herausforderungen habt Ihr?

Die Ausstellungskonzeption selbst besteht momentan aus zwei zentralen Arbeitsbereichen: Einerseits stelle ich zusammen mit Kolleg*innen tiefergehende Archivrecherchen an, um mehr über die Polizisten des Samples zu erfahren. Andererseits sind wir mittlerweile in einer Phase, in der es vor allem um den Entwurf von Ausstellungstexten und die Auswahl von Bildmaterial geht. Ich habe großartige Kolleg*innen, die mich dabei unterstützen und eine tolle Layouterin, die sehr genau auf unsere Vorstellungen und Wünsche bei der Gestaltung eingeht.

Für uns ist vor allem der zeitliche Rahmen eine immense Herausforderung. Die Ausstellung muss bis Ende dieses Jahres fertiggestellt sein, und begleitend dazu soll noch ein Ausstellungskatalog entwickelt werden. Daher stehen uns nun noch ein paar arbeitsintensive Wochen bevor. Ich bin aber zuversichtlich, dass wir das als Team sehr gut meistern werden.

Wo wird die Ausstellung dann zu sehen sein? An wen richtet sich die Ausstellung primär?

Unsere Ausstellung soll primär in den Liegenschaften der Frankfurter Polizei gezeigt werden. Daher sind vor allem Polizisten und Polizeianwärter unsere Zielgruppe. Wir kommen nicht umhin, auch Bezüge zur aktuellen Polizeiarbeit herzustellen und möchten mit der Ausstellung daher auch zum Nachdenken über heutige Entwicklungen anregen und Zivilcourage, gegenseitigen Respekt und Menschlichkeit fördern. Insbesondere angehende Polizistinnen und Polizisten sollen so erreicht werden, um ein starkes Demokratie- und Menschenrechtsverständnis zu schaffen, das dann ihrer zukünftigen Arbeit zugrunde liegt.

24.3.23

Liebe Mitglieder des Vorstands und der Geschäftsführung,

ich möchte hiermit meine Mitgliedschaft im Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945 zum nächstmöglichen Zeitpunkt kündigen. Mitglied bin ich erst seit Frühjahr letzten Jahres, verfolge aber die Arbeit des Studienkreises schon lange mit Interesse und Sympathie. Der Grund meiner Kündigung ist das neue Ausstellungsprojekt „Zwischen Widerstand und Täterschaft: Frankfurter Polizeibeamte im Nationalsozialismus“. Auf der Mitgliederversammlung am 4.3.23 habe ich dazu schon mündlich Stellung genommen. Vielleicht gelingt mir in schriftlicher Form meine Position etwas deutlicher zu machen. Außerdem widerstrebt mir eine wortlose Kündigung.

Ursprünglicher Ausgangspunkt (seitens der Polizei) des aktuellen Ausstellungsprojekts ist das Auffliegen einer Nazigruppe unter den Polizist:innen des 1.Reviers in Frankfurt. Im Zuge der Ermittlungen wegen der NSU 2.0 Drohschreiben. Die Frankfurter Polizeiführung und das hessische Innenministerium standen unter enormen Handlungsdruck. Das Imageproblem war riesig. Sie mussten öffentlich, aber auch intern Maßnahmen einleiten, die über die üblichen Ermittlungen hinausgehen, die bekannterweise fast alle verschleppt und eingestellt werden (so auch in diesem Fall). Also wandte sich die Frankfurter Polizeiführung an den Studienkreis. In der Folge kam es laut Vorstand zu einem Treffen bei dem es u.a.um die Möglichkeit von pädagogischen Schulungen ging.

Inzwischen gibt es alle paar Tage neue Veröffentlichungen über ähnliche Fälle in anderen Städten. Die Erklärungsversuche seitens der Polizeiführungen, Innenministerien und der Gewerkschaft der Polizei sind immer gleich. Die Beamt:innen sind überlastet und im Stress. Der bayrische Staatsschutzbeamte, der über Jahre eine Reichskriegsflagge und Hakenkreuzbilder im Dienstzimmer hängen hatte, muss ebenso wie alle, die dieses Zimmer betreten haben und keinen Anstoß daran nahmen, unter Dauerstress gestanden haben. Eine menschenverachtende und krude Argumentation.
Nazis in Uniform machen genau dasselbe wie Nazis ohne Uniform. Nur eben mit den Mitteln und Möglichkeiten, die ihnen als bewaffnete Staatsgewalt zur Verfügung stehen. Opfer sind marginalisierte und arme Menschen, häufig Obdachlose. Menschen nicht-weißer (anderer) Hautfarbe, mit und ohne deutschen Pass, queere Menschen. Und linke Menschen. In einer anderen Berufsgruppe, den Ärzt:innen, werden immer wieder mal Fälle bekannt, in denen Personen mit falschen Lebensläufen am OP-Tisch standen oder behandelten. Kam das raus, wurde nochmal jede einzelne Behandlung recherchiert.
Eine wirkliche Aufarbeitung bei aufgedeckten Nazigruppen in der Polizei würde genau dies bedeuten. Das ist meines Wissens noch nie passiert.

Wenn ich mich auf der Mitgliederversammlung des Studienkreises umgeschaut habe, sah ich, mich eingeschlossen, fast nur mehr oder weniger gutsituierte, weiße Ü-50ig Menschen. Wir alle sind nicht oder sehr selten von Polizeigewalt, Anzeigen und Kontrollen betroffen. Um so wichtiger, sich einzeln, aber auch als Organisation oder Verein sich an die Seite derer zu stellen, die davon betroffen sind und deren Stimme weniger gesellschaftliches Gewicht hat. Konkret bot sich dazu eine Gelegenheit, die so schnell nicht wieder kommt, wenn schon die Polizeiführung selber das Gespräch sucht und eine Anfrage hat. Eine öffentliche Stellungnahme des Studienkreises, in der pädagogische Schulungen von einer wirklichen Aufarbeitung abhängig gemacht werden, wenigstens aber der Entlassung der besagten 7 Polizist:innen. Dies wäre eine eindeutige zivilgesellschaftliche Positionierung gewesen. Stattdessen freut sich der Vorstand über Fördergelder und (Zitat Vorstand) neue Kontakte. Wohlgemerkt zu staatlichen Autoritäten.

Herausgekommen bei alldem ist die aktuelle Ausstellung über Frankfurter Polizisten im NS-Faschismus. Den Weg dorthin finde ich persönlich etwas undurchsichtig, aber das soll jetzt hier nicht der Punkt sein. Finanziert wird das Projekt von einer Art Öffentlichkeitsabteilung des hessischen Verfassungsschutzes, im behördeneigenen Jargon eine Vorfeldorganisation, zuständig für Ideologiearbeit und politische Einflussnahme (Hufeisentheorie etc). Die Themenfelder sind die selben wie im Verfassungsschutzbericht. Sogar in der selben Reihenfolge. Im Leitungsgremium sitzen Vertreter:innen des Innenministeriums, des Verfassungsschutzes und der Staatsschutzabteilung des LKA. Dies ist kein Geheimnis und bedarf keiner aufwendigen Recherche. Offizielle Webseiten genügen. Wenn jemand einwendet, selber nur mit Mitarbeiter:innen des Innenministeriums in Kontakt gewesen zu sein. Der Verfassungsschutz ist ein Geheimdienst. Alle Angestellten unterhalb der Leitungsebene stellen sich als Angestellte des Innenministeriums vor (meist mit Aliasnamen). Ich finde eine Zusammenarbeit jedweder Art und auch die Entgegennahme von Förder-oder Projektgeldern von Geheimdiensten falsch. Der hessische Verfassungsschutz deckt bis heute den Nazi und ehemaligen Mitarbeiter Andreas Temme, der entweder dem Mord an Halit Yozgat beiwohnte oder ihn sogar eigenhändig umbrachte. Interessant wäre doch eine Anfrage, inwiefern der Studienkreis selber noch Beobachtungsobjekt ist. Im Geschichtsort Adlerwerke ist ein Ausstellungsbereich noch unvollendet. Die Geschichte der Aufarbeitung und der Kampf um die Erinnerung. Dafür hat sich jahrzehntelang der VS interessiert. Wird dies Thema auf der Wand sein angesichts von Fördergeldern und neuen Kontakten?

Zur Ausstellung selber: Ich kenne nur den Titel „ Zwischen Widerstand und Täterschaft: Frankfurter Polizeibeamte im Nationalsozialismus“ und das 10 einzelne Biographien („in all ihrer Ambivalenz“) vorgestellt werden.
Die Polizei im NS-Faschismus war von 1933-1945 eine Institution und Organisation des Terrors. Ordnungspolizei, Kriminalpolizei, Gestapo, Polizeibatallione in den Einsatzgruppen etc. Von Erfassung,Verfolgung, Folter, Mord und Vernichtung waren alle Opfer - und Widerstandsgruppen betroffen. Den Mitgliedern des Studienkreises ist dies natürlich bekannt. Ich erwähne es, weil es bis heute keine öffentliche

Auseinandersetzung um diese Institution, z.B. ausgelöst durch eine Ausstellung wie bei der Wehrmacht, gegeben hat. D.h. mit einer Ausstellung in die Öffentlichkeit zu gehen, die 10 Widerstandsbiographien von Polizisten vorstellt ohne eine breitere Debatte über die Rolle der Polizei 1933-1945 ist in der Tendenz geschichtsrevisionistisch. Was der Titel der Ausstellung ohne Zweifel ist. Der Titel kann nur so formuliert sein, weil es eben diese Auseinandersetzung noch nicht gab. Was kommt als nächstes? „Zwischen Widerstand und Täterschaft: Frankfurter Gestapobeamte im Nationalsozialismus“, „Zwischen Widerstand und Täterschaft: Frankfurter SS-Männer im Nationalsozialismus“?
Ich halte es für überaus wichtig zu betonen, dass es Widerstand gegen den NS-Faschismus aus allen gesellschaftlichen Schichten, politischen und religiösen Gruppen, aber auch von Personen aus Institutionen und dem Naziapparat selber gab. Einfach deshalb um aufzuzeigen, dass Widerstand nicht nur nötig, sondern auch möglich war. Direkt daran anschließen muss aber ein authentisches Bild über den antifaschistischen Widerstand, Zusammensetzung, wer hat wieviel …, aus welchen Motiven heraus, zu welchem Zeitpunkt etc. erfolgen. Ansonsten wird Geschichte auf den Kopf gestellt bzw. verzerrt. Ein Beispiel: Wenn ich das noch richtig im Kopf habe, wurden bis 1938/39 im Rhein Main Gebiet 80% aller Widerstandsaktionen von der KPD und ihr nahestehenden Gruppen durchgeführt. Eine Ausstellung mit diesem Thema müsste also eigentlich auf 8 von 10 Tafeln dies dokumentieren (bildlich gesprochen).

Dass das hessische Innenministerium und die Frankfurter Polizei überaus glücklich sind über solch ein Projekt, glaube ich gerne. Hätten sie es selbst erstellt, wäre es in der Luft zerrissen worden, als doch sehr durchsichtiger Versuch, von der fehlenden Aufarbeitung und den Nazigruppen in der Polizei abzulenken. Mit dem Label des linken Studienkreises ist das anders. Ich denke, der hessische Innenminister wird es sich nicht nehmen lassen, der Eröffnung der Ausstellung am 20.Juli (!) beizuwohnen. Er wusste schon vor dem NSU 2.0 Gerichtsverfahren (wen kümmert schon die Gewaltenteilung), dass keine Polizist:innen beteiligt waren. In Berlin finden die offiziellen 20.Juli Gedenkfeiern statt und parallel wird in Frankfurt den Widerstandshelden der Frankfurter Polizei gedacht. Wer redet da noch über Naziprobleme?

Da der Studienkreis sich entschieden hat, Projektgelder vom Verfassungsschutz anzunehmen, sollte er allerdings damit auch offen umgehen. Sonst fühlen sich Kooperationspartner und Gruppen, mit denen er zusammenarbeitet oder zusammenarbeiten will, hinters Licht geführt. Ich kann mir zum Beispiel nicht vorstellen (ohne ihn zu kennen) das Kutlu von Mic.-Mafia das besonders toll findet. Ebenso wenig wie das Ada-Kantinen-Projekt. Der Studienkreis wird Schaden nehmen. Linke und zivilgesellschaftliche Gruppen sind sehr sensibel, wenn es um die wie auch immer geartete Zusammenarbeit mit Verfassungsschutz und anderen Geheimdiensten geht.

Ich bitte den Vorstand und die Geschäftsführung, diese Stellungnahme den Mitgliedern zugänglich zu machen. Im Sinne einer auf der Mitgliederversammlung angesprochenen Diskussionskultur. Ich habe selbstverständlich auch nichts dagegen wenn sie Nichtmitgliedern zugänglich gemacht wird.

Vielen Dank und freundliche Grüße,
Martin Kannengießer

21.6.23

An den Vorstand und die Geschäftsführung,

„ …. wir, die wir das politische Erbe des antifaschistischen Widerstandes im Widerspruch zu den bestehenden Machtverhältnissen für unverzichtbar halten, ...“

H. Schmitthenner zum 30 jährigen Bestehen des Studienkreises.
Das ist wirklich, in jeder Hinsicht, ziemlich lange her.

Vor 3 Monaten schickte ich Ihnen meine Kündigung nebst Begründung. Nach einer Mail die den Eingang bestätigte und eine Antwort ankündigte, kam dann nichts mehr. Ich denke mal, keine Antwort, ist auch eine Antwort. Für mich ist damit die Kommunikation beendet und ich bitte Sie, davon abzusehen, mir der Form halber eine Antwortmail zu schicken im Sinne von „zu viel Arbeit, Urlaub, Krankheit“. Bei sieben Vorstandsmitgliedern + Hauptamtlichen wäre das etwas lächerlich.

Der Umgang mit der Kritik Einzelner an der Polizeiausstellung auf und nach der Mitgliederversammlung, war bestimmt durch den Wegfall einiger an sich normaler Standards in der Zusammenarbeit. Kritikfähigkeit, Diskussionskultur und demokratische Entscheidungsfindung. Einen ersten Fingerzeig in welche Richtung es geht, gab es schon auf der Versammlung Anfang März. Der Geschäftsführer stellte während der laufenden Diskussion klar, das an der damals vorliegenden Fassung der Ausstellung auf gar keinen Fall noch etwas geändert wird. Es sieht jetzt so aus, als soll die Ausstellung erst dann den Mitgliedern präsentiert werden, wenn sie auch rein zeitlich (technisch) nicht mehr verändert werden kann. Also kurz vor, oder sogar erst nach der offiziellen Eröffnung bei der Polizei.
Das Alles bestärkt mich in der Vermutung, das der Streit inhaltlich wesentlich grundsätzlicher ist. Eine Änderung der politischen Ausrichtung des Studienkreises. Von einer linken antifaschistischen Institution, hin zu einer Art Bildungsträger. Staatsnah und mit engen Verbindungen zu den Sicherheitsbehörden.
Ebenfalls auf der Mitgliederversammlung, verteidigte die Ausstellungsmacherin ihr Projekt mit dem Hinweis, sie hätte ja schließlich einen Masterabschluss. Ändert sich in Zukunft für den Studienkreis die Bedeutung der Zusammenarbeit mit geschichts- und erinnerungspolitischen „Graswurzel“-Initiativen ? Wird jetzt der universitäre Abschluss ausschlaggebend oder der Inhalt?

Martin Kannengießer

Gottfried Kößler, Ansprache als Vertreter des Studienkreises Deutscher Widerstand zur Eröffnung der Ausstellung „Handlungsspielräume. Frankfurter Polizeibeamte im Nationalsozialismus“ am 20. Juli 2023 im Polizeipräsidium Frankfurt am Main

Zunächst möchte ich den Beteiligten an diesem Projekt für ihre Arbeit danken: Lisa Schrimpf für die Projektleitung und die Konzeption, die sie gemeinsam mit Percy Herrmann entwickelt hat. Beratend waren Petra Bonavita (sie hat gerade ihre Recherchen zu Christian Fries veröffentlicht), Thomas Altmeyer, Nicholas Burandt und ich beteiligt. Die Grafik stammt von Andrea Mohr.

Wir eröffnen heute eine Ausstellung, die der Studienkreis Deutscher Widerstand entwickelt hat und verantwortet. Sie soll in Dienststellen der Frankfurter Polizei die Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und Autoritarismus unterstützen. Vor zwei Jahren haben Mirjam Heydorn und Thomas Altmeyer vom Studienkreis die Gedenkrede bei der städtischen Feier zum 20. Juli in der Paulskirche gehalten. Den damaligen Polizeipräsidenten Gerhard Bereswill motivierte diese Rede, eine Zusammenarbeit vorzuschlagen. Die Ausstellung „Handlungsspielräume. Frankfurter Polizeibeamte im Nationalsozialismus“ ist ein Ergebnis dieser Initiative. Sie wurde finanziell durch das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ gefördert.

Der „Studienkreis Deutscher Widerstand 1933–1945“ wurde 1967 in Frankfurt von ehemaligen Verfolgten, Widerstandskämpfer:innen gegen den Nationalsozialismus, Wissenschaftler:innen und Pädagog:innen gegründet. Ihr Motiv war die Feststellung, dass etwas nicht stimmte mit der Darstellung des Nationalsozialismus in der Öffentlichkeit und ganz konkret den Schulbüchern. Die Zeitzeugen und Historiker:innen diagnostizierten eine Verengung des Blicks auf das Funktionieren des Systems des Nationalsozialismus und auf den militärischen Widerstand. Heute, am Gedenktag für den Aufstand am 20. Juli 1944, ist dies noch immer eine aktuelle Diagnose.

Die Überzeugung der Gründer:innen des Studienkreises war, dass die Vermittlung von Wissen über den Nationalsozialismus grundlegend ist für die Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft in Deutschland. Die nationalsozialistische Herrschaft muss als antidemokratisches und rassistisches Regime beschrieben werden, das von der Mehrheit der

Bevölkerung getragen wurde. Die deutsche Bevölkerung, war von diesen Haltungen auch nach der Niederlage NS-Deutschlands noch lange nicht frei – und ist es auch heute nicht. Die Darstellung des Widerstandes in seinen verschiedenen politischen Richtungen, Aktionsformen und Wirkungen erkannten die Gründer:innen des Studienkreises als eine große Fehlstelle der damaligen historischen Forschung und Bildung. Es war eine Provokation, inmitten der heute als „postnationalsozialistisch" bezeichneten Gesellschaft davon zu berichten, dass Anpassung und Mitmachen in keiner Weise alternativlos waren. Zur dieser Zeit war eine große Zahl von ehemaligen Widerstandskämpfer:innen und aus der Emigration zurückgekehrten Sozialdemokrat:innen, Kommunist:innen und anderen, die gegen den NS-Terror gekämpft hatten, aktive Staatsbürger. Sie engagierten sich nicht als „Zeitzeugen", sondern eben als aktive Bürger:innen in ihren jeweiligen beruflichen und sozialen Zusammenhängen – und sie hatten einen sehr schweren Stand.

Die Ausstellung über Polizisten in der NS-Zeit, die vor allem für die Nutzung in der Bildungsarbeit der Polizei vorgesehen ist, eröffnet ein neues Kapitel für den Studienkreis. Es geht hier zentral um die Themen Volksgemeinschaft, Verbrechenskontexte, Mitläufer und im Kontrast dazu um einzelne Handlungen, die gegen die Gesetze, Vorschriften und Zumutungen des NS-Staates verstießen. Die Polizei im Nationalsozialismus insgesamt war ein Teil des verbrecherischen Staatswesens, wer darin arbeitete, war Teil des Terrorapparates. Das gilt auch für Personen, die widerständig handelten. Es ist in unserem Verein nicht unumstritten, diese Ausstellung zu verantworten. Ich persönlich denke, dass aus heutiger Sicht ein solcher Blick auf die Gesellschaft der Volksgemeinschaft und des Nationalsozialismus viele Chancen bietet, über unsere Gegenwart nachzudenken. Es geht um Entscheidungen und Zivilcourage. Wir alle und gerade Polizist:innen werden immer häufiger in der Situation sein, sich entscheiden zu müssen, was unsere moralische Richtschnur ist. Dass Befehlsketten und Kameradschaft damals direkt in die Unmenschlichkeit geführt haben, ist gerade für eine hierarchische Institution eine laute Mahnung für die Gegenwart.

Ich selbst bin seit 30 Jahren in der Bildungsarbeit zum Thema Nationalsozialismus tätig. Die aktuelle Lage macht mich – wie Sie sich denken können – wirklich unglücklich. Die historische Bildung ist – und darüber sind sich die Fachleute einig – nur ein kleiner Aspekt im Kampf gegen Autoritarismus und Rassismus. Es geht im Fall der Polizei konkret um die Ambivalenz des Gewaltmonopols, die alle immer wieder in herausfordernde Situationen

bringt. Eine Frage steht im Zentrum: Wie kann der notwendige Zusammenhalt einer uniformierten Gruppe funktionieren, ohne falsche Kameradschaft zu erzeugen? Vor ein paar Tagen habe ich über das Projekt „Mach Meldung! Starke Stimmen für die Polizei“ gelesen. Das ist ein online-Portal, das Polizist:innen als außerdienstliche Anlaufstelle dienen soll, wenn sie zum Beispiel über die Verletzung von Grundrechten durch Kolleg:innen im Einsatz berichten möchten. Sie werden bei der Polizei selbst sehen müssen, ob das die Instrumente ergänzt, die Sie bereits für die Reaktion auf verfassungsfeindliche Aktivitäten oder Rassismus und Antisemitismus in Ihrer Institution nutzen. Aus meiner Sicht als Experte für historisch-politische Bildung sehe ich in solchen praktischen Angeboten für die Nöte der Gegenwart einen wesentlichen Weg. Die Informationen dieser Ausstellung über die Entscheidungs- und Handlungsspielräume von Polizisten in der NS-Zeit können hoffentlich Anlässe für Gespräche unter Kolleg:innen hier im Präsidium und anderen Dienststellen sein.

Redevorlage, Percy Herrmann, 20. Juli 2023 – Ausstellungseröffnung „Handlungsspielräume“, Polizeipräsidium Frankfurt, 18:00 Uhr.

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Anwesende,

mein Name ist Percy Herrmann. Ich bin heute hier als Mitglied des Studienkreises und Ko-Kurator der Ausstellung, die wir heute eröffnen. Wie bereits angekündigt, ist Lisa Schrimpf, die diesen Redebeitrag eigentlich halten sollte, heute leider verhindert. Frau Schrimpf hat mir ihrem Buch „Polizeibeamte! Vergeßt nicht“, die Grundlage für diese Ausstellung gelegt. Ihre Abwesenheit ist daher auch für Sie besonders Schade, da Sie fast ein Jahr an dieser Ausstellung gearbeitet hat. Um dennoch einen Teil von ihr an diesem Abend teilnehmen zu lassen, habe wir uns darauf verständigt, dass ich heute Abend ihren Redebeitrag vorlesen werde. So können zumindest ihre Worte und ihre Gedanken auf dieser Weise an der heutigen Veranstaltung partizipieren.

Ich beginne nun mit dem Vortrag von Lisa Schrimpf

Redebeitrag zur Ausstellungseröffnung am 20. Juli im Polizeipräsidium Frankfurt, verfasst von Lisa Schrimpf.

Sehr geehrte Damen und Herren, Ich stelle ihnen unsere Überlegungen für die Ausstellung „Handlungsspielräume. Frankfurter Polizeibeamte im Nationalsozialismus“ vor. Dazu möchte ich zunächst den Forschungsstand zusammenfassen bevor ich auf das Leitmotiv der Ausstellung, die individuellen Handlungsspielräume zu sprechen bekomme und abschließend die Ziele der Ausstellung zu skizzieren.

Die Polizei war ein zentrales Element des nationalsozialistischen Staates und setzte als Exekutive die faschistische Gesetzgebung mit aller Härte um. Tausende Polizisten aus der Sicherheits- und Ordnungspolizei beteiligten sich an Plünderungen, Deportationen und Hinrichtungen. Sie verübten grausame Massaker und beteiligten sich an der Ermordung der europäischen Juden. Als Teil der Einsatzgruppen und Polizeibataillone begingen sie den sogenannten „Holocaust of bullets“ den Holocaust durch Kugeln. Mehr als eine Millionen

sowjetische Juden, Kriegsgefangene und politische Häftlinge wurden alleine bis 1942 von diesen Mordkommandos erschossen.

Das wohl bekannteste Polizeibataillon war das Polizeibataillon 101, das im polnischen Ort Josefow mehr als 38.000 Jüdinnen und Juden ermordete. Es stammte aus Hamburg und wurde von dem Historiker Christopher Browning in seinem Buch „Ganz normale Männer“ näher untersucht. Sein Fazit: Die Täter waren keine besonders grausamen oder barbarischen Personen, sondern vielmehr „ganz normale Männer“ – Familienväter, Söhne, Ehemänner. Die Frage, wie aus „ganz normalen Männern“ Massenmörder werden, war zentral für seine Arbeit. Die Antwort darauf ist jedoch alles andere als einfach. Von besonderer Bedeutung war die Kameradschaft innerhalb der Truppe: Äußerte man Zweifel oder verweigerte man die Teilnahme an den Massenmorden, so drohte der soziale Ausschluss aus der Gruppe. Browning spricht von einem „Konformitätsdruck“ innerhalb des 500 Mann starken Bataillons. Tatsächlich stellte der Kommandeur des 101er die Polizisten vor die Wahl: Wer sich der Aufgabe nicht gewachsen fühle, könne den Befehl verweigern. 12 von 500 Männern meldeten sich. Die Weigerung hatte für sie keine dienstlichen oder strafrechtlichen Konsequenzen.

Auch in Frankfurt am Main wurde ein Polizeibataillon aufgestellt: das Polizeibataillon 306. Es wurde aus dem Polizei-Ausbildungs-Bataillon in der Gutleut-Kaserne gebildet und beteiligte sich ab Oktober 1940 an der sogenannten „Partisanenbekämpfung“ im ostpolnischen Lublin. Mit dieser Bezeichnung wurden Massenerschießungen von Zivilisten getarnt. Im August 1942 wurde das Bataillon ins belarussische Pinks verlegt. Dort existierte zu diesem Zeitpunkt das größte Ghetto für als Juden Verfolgte in Belarus.

Am 29. Oktober 1942 begann die Liquidierung des Ghettos. Bis zu 26.000 Jüdinnen und Juden wurden aus der Stadt getrieben und von Angehörigen der Polizeibataillone 306 und 310 sowie der Polizei-Reiterabteilung II erschossen. Kranke und Kinder wurden noch im Ghetto ermordet. Zwischen 1965 und 1973 wurden sechs Mitglieder des Polizeibataillons 306 in verschiedenen Verfahren wegen gemeinschaftlicher Beihilfe zum Mord zu Haftstrafen zwischen zwei und 15 Jahren verurteilt.

Noch im Jahr 1957 schrieb der Polizeikommissar Johann Josef Kuhr, der als Polizei-Oberleutnant Teil des 306er war:

> *„Der Geist des ehemaligen Polizei-Bataillons 306 hat sich trotz vieler Anfeindungen befruchtend auf unsere gebliebte Frankfurter Polizei ausgewirkt. Einsatzbereitschaft, Kameradschaft und Treue aus Liebe zum Beruf haben die ehemaligen 306er in Zeiten Deutschlands tiefster Erniedrigung zu einer starken Säule der demokratischen Hüter der Ordnung werden lassen“*

Dieses Zitat stammt aus der Einladung zu einem Kameradschaftstreffen in einer Apfelweinwirtschaft. Es führt uns eindrücklich vor Augen, dass es 1945 keinen Neuanfang gab, keine Stunde Null. Täter ohne jedes Unrechtsbewusstsein wurden in der Bundesrepublik nahtlos in den Polizeidienst übernommen und arbeiteten noch viele Jahre mit ihrer nationalsozialistischen Gesinnung in den verschiedenen Polizeibehörden. Eine Aufarbeitung dieses Umstandes hat bis heute nicht stattgefunden.

Aber nicht nur in den Polizeibataillonen und Einsatzgruppen agierten Polizisten als Täter.

Mit dem sogenannten „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 wurden sämtliche ehemaligen Mitglieder demokratischer Parteien, jüdische Beamte sowie als „politisch unzuverlässig“ geltende Personen aus dem öffentlichen Dienst und somit auch aus den Polizeibehörden entfernt. Wie viele Polizisten in Frankfurt davon betroffen waren, ist bislang unbekannt. Ersetzt wurden die Beamten durch nazitreue Männer, die nicht selten der SS oder SA angehörten. Im weiteren Verlauf wurde die Politische Polizei aus der Kriminalpolizei herausgelöst und bildete fortan die Geheime Staatspolizei, die zu einem der gefürchtetsten und grausamsten Verfolgungsorgane wurde.

Verfolgt wurden in der Anfangszeit vor allem politische Gegner:innen, bald darauf gerieten auch Jüdinnen und Juden, sogenannte „Asoziale und Berufsverbrecher“, Sinti und Roma, Homosexuelle, kirchliche Akteure und viele weitere Personen in den Fokus der Verfolgung. In Frankfurt war die Polizei, allen voran die Gestapo, für die Deportationen der Jüdinnen und Juden in die Konzentrations- und Vernichtungslager verantwortlich. Außerdem betrieb sie das sogenannte „Arbeitserziehungslager“ in Heddernheim, in das zunächst vor allem Arbeitsverweigerer, später aber auch alle möglichen anderen Häftlingsgruppen bis hin zu Müttern mit ihren Kleinkindern inhaftiert wurden. Von dort aus erfolgte in vielen Fällen der Weitertransport in den Osten und damit in den Tod.

Die Arbeit der Gestapo erfolgte in enger Zusammenarbeit mit der Kriminal- und Ordnungspolizei. Viele Kriminalbeamte waren demnach nicht „bloß Opportunisten und

Befehlsempfänger“, sondern arbeiteten ganz bewusst für das NS-System, nicht zuletzt, um die ihnen neu gegebenen Aufstiegsmöglichkeiten zu nutzen.

Die Polizei spielte also bei der Verfolgung und Ermordung der aus der NS-Volksgemeinschaft ausgegrenzten Teile der Bevölkerung in der NS-Zeit eine zentrale Rolle. Es scheint fast unmöglich, dass sich in diesem Kontext Polizisten fanden, die das System bewusst manipulierten und gegen es arbeiteten. Dennoch gab es einige wenige, die ihre Handlungsspielräume nutzten, sich verweigerten oder aktiv helfend tätig wurden. Einige möchten wir in der Ausstellung vorstellen. Dabei lässt sich eine grobe Unterscheidung in zwei Gruppen treffen: Jene Polizisten, die 1933 auf Grundlage des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums entlassen wurden, und jene, die über die gesamte NS-Zeit hinweg in ihrem Beruf verblieben. Aus der ersten Gruppe finden sich drei Personen in der Ausstellung, die sieben anderen verblieben bis 1945 im Dienst.

Diese Unterscheidung ist aus dem folgenden Grund wichtig:

Beamte, die über 1933 hinaus im Amt blieben, beteiligten sich allein durch ihre Tätigkeit als Polizisten in der einen oder anderen Weise an den nationalsozialistischen Verbrechen. Sei es als Schreibtischtäter mit der Aufnahme von Anzeigen gegen Verfolgte oder der Unterschrift auf einem Haft- oder Exekutionsbefehl, oder in direkter Form beim Zusammentreiben der jüdischen Bevölkerung, bei den Deportationen oder bei Massenerschießungen.

Daher kann keinem dieser Beamten eine weiße Weste ausgestellt werden. Das Ziel der Ausstellung ist es vielmehr, Ambivalenzen aufzuzeigen und darzustellen, wann welche Formen der Nonkonformität zum Ausdruck kamen. So war es der Schutzpolizist Otto Kaspar, der der jüdischen Familie Senger das Leben rettete, indem er ihre Religionszugehörigkeit in der Einwohnermeldekartei von „jüdisch“ zu „dissident“ änderte. Gotthold Fengler und Christian Fries, die als Teil des Leuschner-Netzwerkes am zivilen Arm des 20. Juli 1944 beteiligt waren, unterhielten wiederum Kontakte zu größeren Widerstandskreisen und planten Fluchten für als Juden Verfolgte. Gotthold Fengler arbeitete gleichzeitig bei der Gestapo, während Christian Fries als Kriminalpolizist und mutmaßliches SS-Mitglied im besetzten Frankreich tätig war. Der Kriminalangestellte Egon Lengeling und sein Kollege Ernst Schmidt stellten wiederum gefälschte Pässe und Ausreisevisen für verfolgte Personen aus

und ermöglichten ihnen damit die Flucht ins Ausland. Schmidt arbeitete ebenfalls bei der Gestapo und Egon Lengeling hatte im Reichssicherheitshauptamt, der Schaltzentrale der NS-Verfolgungspolitik, eine Abteilungsleitung inne. Christian von Vulteé warnte ein junges Paar, das kurz vor einer Verhaftung stand, und schützte sie so vor einer Gefängnishaft. Später war er als Ordnungspolizist im besetzten Lodz als Bewacher im Ghetto tätig. Polizeioberstleutnant Klaus Hornig war Mitglied des Polizeibataillon 306 und in Lublin eingesetzt. Er weigerte sich jedoch an den Massenerschießungen teilzunehmen und zeigte damit, dass ein „Nein“ möglich war.

Die Gleichzeitigkeit von Täterschaft und Resistenz ist bei diesen Beamten offensichtlich. Ein schwarz-weiß-Denken ist für das Verständnis dieser Geschichte nicht förderlich, vielmehr muss der Blick auf die Ambivalenzen gerichtet werden. Fragen wie: Wer hat wem wann wie und warum geholfen? stehen im Mittelpunkt. Fast noch dringlicher und für die Gegenwart relevanter ist die Frage, warum andere diese Möglichkeit nicht ergriffen, ihre Handlungsspielräume nicht im Sinne der Verfolgten nutzten und vielmehr die nationalsozialistische Willkürherrschaft aktiv vorantrieben.

Anders sieht es bei Ferdinand Mührdel, Else Wüst und Emil Monno aus. Mührdel war als Leiter der Politischen Abteilung aufgrund seiner SPD-Mitgliedschaft im Jahr 1933 entlassen worden. Zuvor ordnete er noch die umfangreiche Vernichtung von für Demokratieverteidiger belastendem Material an und gab Informationen an republik-freundliche Kräfte weiter. Else Wüst wiederum war Mitglied bei den Quäkern, einer christlich religiösen Gemeinschaft. Dieser war sie beigetreten, nachdem sie 1933 ebenfalls aufgrund des BBG entlassen worden war. Sie versteckte in ihrem Keller zwei als Juden verfolgte Personen und begleitete Kinder und Jugendliche bei ihrer Flucht in das sichere England. Emil Monno wurde 1934 aus dem Dienst entlassen, da er im Verdacht stand, mit der Kommunistin Lore Wolf zusammenzuarbeiten. Wolf bestätigte nach 1945 aus, dass er Material der Roten Hilfe in seinem Haus versteckte und damit den Widerstand unterstützte.

Diese drei Polizist:innen beteiligten sich nicht am NS-System, arbeiteten vielmehr aktiv gegen es und wurden aufgrund ihrer Einstellungen und Handlungen frühzeitig aus dem Dienst entlassen.

Ziel der Ausstellung ist es, die Facetten der Widerständigkeit und der Anpassung mit all ihren Grautönen zu beleuchten. Es geht nicht um Heldenstilisierung, sondern um die Taten und

Intentionen des Einzelnen. Denn es waren nur sehr wenige, die ihre Handlungsspielräume tatsächlich nutzten – obwohl alle diese Spielräume hatten. Dabei gingen sie stets das Risiko ein, aufzufliegen und ihr Leben zu riskieren. Wenn es jedoch damals möglich war, Menschlichkeit zu zeigen, aufzustehen und nicht blind zu gehorchen, so ist es heute unter demokratischen Verhältnissen allemal möglich, Humanität zu bewahren und auf Missstände hinzuweisen. Heute muss deswegen niemand mehr um sein Leben fürchten.

Ich bin damit am Ende von Frau Schrimpf Vortrag angelangt.

Zum Schluss lohnt es sich vielleicht, noch einmal darauf hinzuweisen, dass es bei Ausstellung wie dieser, nicht um Schuld geht, sondern um Aufklärung und dem ehrlichen Umgang mit der eigenen Vergangenheit.

Thomas Altmeyer und Gottfried Kössler vom Studienkreis Deutscher Widerstand und ich werden jetzt im Anschluss an die Veranstaltung für Rückfragen und Diskussionen im Ausstellungsraum zur Verfügung stehen.

Ich darf mich, auch im Namen von Frau Schrimpf, beim Team des Polizeipräsidiums Frankfurt, allen voran bei Herrn Heberer, Frau Knauff und Herrn Block-Löwer für die Organisation der Veranstaltung bedanken. Ein besonderer Dank gilt Polizeipräsident Stefan Müller, der den Ausstellungskatalog mit einem Grußwort begleitet.

Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

frankfurter info
Überparteilicher Informationsdienst für linke Stadtpolitik in Frankfurt am Main

Der Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945, die Frankfurter Polizei und der hessische Verfassungsschutz.

erstellt von AG Frankfurter Geschichte(n)

Die Frankfurter Polizei und das hessische Innenministerium haben ein Problem. Ein Imageproblem. Seit dem Auffliegen einer Nazigruppe unter den Polizist:innen des 1. Reviers in Frankfurt/M. im Zuge der Ermittlungen wegen der NSU 2.0-Droh-schreiben herrscht Handlungsdruck.

Verstärkt durch immer neue Vorfälle, bundesweit, aber auch in Frankfurt und Umgebung. Also sind Maßnahmen gefragt, die davon ablenken, dass die üblichen Ermittlungen fast alle verschleppt und eingestellt wurden und werden. Die damalige Frankfurter Polizeiführung, noch in Person von Polizeipräsident Bereswill, wandte sich an die Geschäftsführung und den Vorstand des Studienkreises Deutscher Widerstand 1933-1945. (Kurze Erläuterung zum Studienkreis im Anhang.)

Ein durchaus ungewöhnlicher Schritt. Eine schlichte Interviewanfrage von Künstler:innen des studioNaxos wurde im Frühjahr diesen Jahres vom Polizeipräsidium rundweg abgelehnt.

https://www.journal-frankfurt.de/journal_news/Kultur-9/Audio-Walk-UNSICHER-Polizeipraesidium-hat-unsere-Gespraechsangebote-abgelehnt-40913.

Beim Studienkreis allerdings schaute der Polizeipräsident persönlich vorbei. Aus all diesen Bemühungen kam schlussendlich eine Ausstellung heraus, die am 20.Juli (!) 2023 unter dem jetzigen Polizeipräsidenten Müller im Polizeipräsidium Frankfurt a.M. eröffnet wurde. Die Zeitschrift des Studienkreises „Informationen“ stellte die Ausstellungspläne in ihrer Ausgabe (96) mit einem Interview mit der Ausstellungsmacherin Ende 2022 vor. Der damalige Titel der Ausstellung lautete „Zwischen Widerstand und Täterschaft: Frankfurter Polizeibeamte im Nationalsozialismus“.

Zwei Monate nach Abschluss der Arbeiten übten einige Vereinsmitglieder auf der Jahresmitgliederversammlung Anfang März 2023 scharfe Kritik an der Ausstellung, der Finanzierung durch das Hessische Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) und der Zusammenarbeit mit der Polizei. Etwas später folgte eine ausführliche schriftliche Stellungnahme, die die Kritik präzisierte.

Die Kooperation der Polizei mit dem Studienkreis ist Teil ihres Bemühens, von dem abzulenken, was sie eigentlich tun müssten: wirkliche Konsequenzen ziehen, wenn Nazis, einzeln oder in Gruppen, im „Sicherheits“-Apparat bekannt werden. Erklärungsversuche seitens der Polizeiführungen, Innenministerien und Polizeigewerkschaften, wenn dies wieder mal der Fall war, zielten immer darauf ab, dass die Beamt:innen überlastet und von dem „schwierigen Klientel“ gestresst seien. Eine typische Täter–Opfer-Umkehr. Außerdem eine menschenverachtende und krude Argumentation.

Nazis in Uniform machen genau dasselbe wie Nazis ohne Uniform. Nur eben mit den Mitteln und Möglichkeiten, die ihnen als bewaffnete Staatsgewalt zur Verfügung stehen. Ihre Opfer sind marginalisierte, arme Menschen, häufig Obdachlose. Menschen nicht-weißer (anderer) Hautfarbe, mit und ohne deutschen Pass, queere Menschen. Und linke Menschen.

In einer anderen Berufsgruppe, den Ärzt:innen z.B., werden immer wieder mal Fälle bekannt, in denen Personen mit falschen Lebensläufen am OP-Tisch standen oder behandelten. Kommt das raus, wird nochmal jede einzelne Behandlung recherchiert.

Eine wirkliche Aufarbeitung bei aufgedeckten Nazigruppen in der Polizei würde genau diese Recherche bedeuten. Das ist unseres Wissens noch nie passiert.

Menschen, die nicht zu oben genannten Gruppen gehören, sind nicht oder sehr selten von Polizeigewalt, Anzeigen und Kontrollen betroffen. So auch die meisten Mitglieder und Mitarbeitenden des Studienkreises. Um so wichtiger wäre es also, sich einzeln, aber auch als Organisation, an die Seite derer zu stellen, die darunter leiden und deren Stimme weniger gesellschaftliches Gewicht hat.

Konkret bot sich dazu die Gelegenheit, (die so schnell nicht wieder kommt), als die Polizeiführung selber das Gespräch suchte mit einer Anfrage. Hätte es eine öffentliche Stellungnahme des Studienkreises gegeben, in der eine Projektzusammenarbeit von einer wirklichen Aufarbeitung abhängig gemacht worden wäre, wenigstens aber der Entlassung der besagten 7 Polizist:innen aus der Nazi-Chatgruppe, dann wäre dies eine eindeutige zivilgesellschaftliche Positionierung gewesen. Stattdessen freute sich der Vorstand über Fördergelder und „neue Kontakte“ (Zitat). Wohlgemerkt zur Staatsgewalt.

Apropos Fördergelder. Finanziert wurde das Ausstellungsprojekt von einer Art Öffentlichkeitsabteilung des hessischen Verfassungsschutzes, dem HKE. Um im Behörden eigenen Jargon zu bleiben, eine „Vorfeldorganisation“, zuständig für Ideologiearbeit und politische Einflussnahme (Hufeisentheorie etc). Die Themenfelder sind dieselben wie im Verfassungsschutzbericht. Sogar in derselben Reihenfolge. Im Leitungsgremium sitzen Vertreter:innen des Innenministeriums, des Verfassungsschutzes und der Staatsschutzabteilung des LKA. Dies ist kein Geheimnis und bedarf keiner aufwendigen Recherche. Offizielle Webseiten genügen. Weitere Ausführungen zum hessischen Verfassungsschutz selber, sind hier nicht nötig, weil gut bekannt (Andreas Temme etc.).

Zur Ausstellung selber:

Die Polizei im NS-Faschismus war von 1933-1945 eine Institution und Organisation des Terrors. Ordnungspolizei, Kriminalpolizei, Gestapo, Polizeibataillone in den Einsatzgruppen etc. Von Erfassung,Verfolgung, Folter, Mord und Vernichtung waren alle Opfer - und Widerstandsgruppen betroffen. Es hat bis heute keine breitere öffentliche Auseinandersetzung um diese Institution gegeben. Ein Beispiel hätte die Debatte um die Wehrmacht sein können, ausgelöst durch die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944.

D.h. mit einer Ausstellung in die Öffentlichkeit zu gehen, die 10 (bei näherem Hinschauen z.T sehr zweifelhafte) Widerstandsbiographien von Polizisten vorstellt, ohne eine breitere Debatte über die Rolle der Polizei 1933-1945 zu führen, ist in der Tendenz geschichtsrevisionistisch.

Es ist natürlich wichtig zu betonen, dass es Widerstand gegen den NS-Faschismus aus allen gesellschaftlichen Schichten, politischen und religiösen Gruppen, aber auch von Personen aus Institutionen und dem Naziapparat selber gab. Einfach deshalb, um aufzuzeigen, dass Widerstand nicht nur nötig, sondern auch möglich war. Direkt daran anschließend muss aber ein authentisches Bild über den antifaschistischen Widerstand, Zusammensetzung, wer hat wieviel …, aus welchen Motiven heraus, zu welchem Zeitpunkt etc. erfolgen. Ansonsten wird Geschichte auf den Kopf gestellt bzw. verzerrt. Widerstand von Polizeibeamten im NS-Faschismus war „die absolute Ausnahme“ (Zitat Katalog O.u.V). Ohne den Kontext einer umfassenderen, innerstädtischen Auseinandersetzung, in der z.B. im Historischen Museum die von der Hochschule der Polizei Münster mit erstellte Ausstellung „Ordnung und Vernichtung“ gezeigt worden wäre, nebst Begleitveranstaltungen, wird eine am 20. Juli (!) eröffnete Ausstellung zum Widerstand von Polizeibeamten zur Alibiveranstaltung, die den ramponierten Ruf wieder aufbessern soll.

Der ursprüngliche Titel der Ausstellung war ohne Zweifel geschichtsrevisionistisch. Was sollte als nächstes kommen? „Zwischen Widerstand und Täterschaft: Frankfurter Gestapobeamte im Nationalsozialismus“, „Zwischen Widerstand und Täterschaft: Frankfurter SS-Männer im Nationalsozialismus“?

Nach der von Mitgliedern formulierten Kritik mussten die Austellungsmacher:innen den Titel ändern (jetzt: „Handlungsspielräume, Frankfurter Polizeibeamte im NS) und den Inhalt überarbeiten. Das hieß aber nicht, dass die Mitglieder den Inhalt jetzt zur Kenntnis erhielten oder sogar an der Diskussion teilhaben konnten. Erst in einer Onlinekonferenz wurde ihnen 10 Tage vor der Eröffnung die Ausstellung vorgestellt; veränderbar war also nichts mehr. In dieser Konferenz wurde deutlich, dass es Ausstellungsmacher:innen, Geschäftsführung und Teilen des Vorstands (ein anderer Teil ist aus eben diesen Gründen zurückgetreten) um etwas Grundsätzlicheres geht, um „… eine Veränderung der Schwerpunkte und der Perspektive des Studienkreises“ (Zitat). Nach der „Täter-Organisation“, also der Polizei, müsse sich mit den Leerstellen des „linken Widerstands“ beschäftigt werden. Zitat: „...viele Überlebende…, die das Problem der Überlebensschuld haben, und die genau wissen dass ihr Überleben nur zustande kam, weil sie sich eben auch in irgendeiner Weise so verhalten haben, dass … jemand anderes zu Tode gekommen ist.“ Und weiter: dass „der Widerstand ein grundsätzlich wichtiges, aber hilfloses Unterfangen (ist)“.

Hilflos heißt sinnlos.

Antifaschistischer Widerstand war allerdings aus vielen Gründen wichtig. Erinnert sei hier nur an die Partisan:innen in den besetzten Ländern, die den Krieg entscheidend verkürzten und unzählige, auch jüdische Menschen retteten. Die Aussage, dass überlebende Opfer des faschistischen Terrors Schuld tragen am Tode derer, die nicht überlebten, halten wir für unerträglich.

Das Zauberwort in diesem geschichtsrevisionistischen Diskurs lautet „Ambivalenz“. Ambivalenzen auf Seiten der Täter und der Opfer. Ein Wort, mit dem alles relativiert wird. Der Unterschied zwischen Tätern und Opfern wird verwischt. Ein probates Mittel ist hier die (an anderer Stelle sehr wichtige) Arbeit mit Biographien. Statt dass es um Strukturen, um politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Ursachen geht, rücken Einzelne in den Focus (mit all ihren „Ambivalenzen“). Im Beitrag der Ausstellungsmacherin, der zur Eröffnung im Polizeipräsidium verlesen wurde, ist die Rede von der „Gleichzeitigkeit von Widerstand und Täterschaft“. Eine Geschichtsnivellierung, bei der sich alte und neue Nazis die Hände reiben. Dies alles ist eine geschichtspolitische Auseinandersetzung, die ähnlich auch an anderen Orten stattfindet. Es bleibt zu hoffen, dass der Studienkreis in Frankfurt diese „Zeitenwende“ nicht vollzieht.

AG Frankfurter Geschichte(n)

„wird den Polizeikräften beigebracht, gezielt sensible Körperregionen **wie den Genitalbereich zu attackieren“**

„Die Polizei Berlin schult laut internen Unterlagen ihre Polizist:innen in der Anwendung von umstrittenen Schmerzgriffen. …. Demnach wird den Polizeikräften beigebracht, gezielt sensible Körperregionen **wie den Genitalbereich zu attackieren**. Schmerzgriffe werden etwa bei Demonstrationen angewendet.

Die Berliner Polizei bestätigte gegenüber dem Portal die Echtheit der Auszüge aus dem „Handbuch Einsatztraining“. … **Ihnen zufolge sollen Einsatzkräfte etwa mit den Fingern oder der Handkante von unten gegen die Nasenscheidewand und auf die Lymphknoten drücken oder mit Faust, Handballen oder Knie „auf den Genitalbereich schlagen**“. …

Schmerzgriffe sollen eine psychische Wirkung entfalten, indem sie den Willen der Betroffenen brechen und diese dazu bringen, den Anweisungen der Polizei zu folgen**, ... Besonders problematisch sehen sie Nervendrucktechniken, da die betroffene Person sich im konkreten Moment kaum bewegen können. Als betroffene Person wolle man nur, dass der Schmerz aufhöre; dies gelänge aber nur, wenn der polizeiliche Griff gelockert werde.**

Singelnstein und Grau verweisen darauf, dass anders als bei Schlägen oder Tritten bei Schmerzgriffen kaum sichtbare Wunden zurückblieben.“

FR Stadtausgabe vom 02.09.2023, Seite 5, Herv. BO)

»Allgegenwärtige Ambivalenz«

Neue deutsche Erinnerungspolitik jetzt auch bei der Polizei: Eine Frankfurter Ausstellung macht unter Hitlers willigen Vollstreckern lauter Widerstandskämpfer aus. Von Peer Heinelt

Die deutsche Polizei hat es wahrlich nicht leicht: Ihre chronisch gestressten Beamten müssen nicht nur illegalisierte Flüchtlinge, »kriminelle Clans«, Klimakleber und andere Unruhestifter jagen, sondern sich auch noch mit schöner Regelmäßigkeit vorhalten lassen, dass Nazis sich in ihren Reihen pudelwohl fühlen. Zwar ist auf das Desinteresse der deutschen Justiz in aller Regel Verlass, wenn wieder einmal faschistische Netzwerke – etwa in Gestalt von Chatgruppen – im Repressionsapparat auffliegen, deren Angehörige Menschen misshandeln respektive töten, rassistische Attentäter, wie in Hanau und Halle geschehen, gewähren lassen oder Informationen an den NSU 2.0 weitergeben. Aber irgendwie schlecht fürs Image ist das alles schon – und in der Ausbildung kann man den Polizeischülern ja nun schlecht vermitteln, dass ein knallharter Nazi den Job am besten macht. Einen Ausweg aus diesem Dilemma bietet eine Geschichtspolitik, die historische Vorbilder konstruiert, anhand derer sich demonstrieren lässt, dass man selbst im NS-Staat gewissenhaft seine Dienstpflichten erfüllen konnte, ohne deshalb zum Unmenschen zu mutieren.

Die Bundeswehr hat vorgemacht, wie das geht – das Zauberwort heißt Traditionspflege. Zunächst berief sich die Armeeführung auf sogenannte soldatische, vulgo preußische Tugenden wie Treue, Tapferkeit, Disziplin, Kameradschaft und Gehorsam und definierte diese als »zeitlos«. Sodann erklärte man die Nazi-Wehrmacht als Institution für »nicht traditionswürdig«, wobei ihr zugestanden wurde, dass auch sie Persönlichkeiten hervorgebracht habe, die für »militärische Exzellenz« stehen. Zuletzt reklamierten die deutschen Streitkräfte die Verschwörer des 20. Juli 1944 für sich und machten deren Handeln zur uneingeschränkt gültigen offiziellen Richtschnur für alle Soldaten. Es wurden somit bewusst Personen zu Vorbildern erhoben, über die es in der *Enzyklopädie des Holocaust* heißt, sie seien »glühende Anhänger des Nationalsozialismus« gewesen und vielfach »1933 selbst mit ihm zur Macht gekommen«.

Analog will nun offenbar die deutsche Polizei verfahren: Der positive Bezug auf die »preußischen Tugenden« ist hier ebenso evident wie bei der Bundeswehr; fiele er weg, könnte man den Laden gleich dichtmachen. Auch die Tatsache, dass die NS-Polizei im In- und Ausland maßgeblich für die Verfolgung und Vernichtung all derer verantwortlich war, die als nicht zur »Volksgemeinschaft« gehörig galten, wird zumindest von seriösen Historikern nicht mehr bestritten. Schwer tat man sich bisher lediglich damit, diejenigen zu identifizieren, die gleich den »Männern des 20. Juli« im staatlichen Gewaltapparat tätig waren und dort eine wie auch immer geartete Opposition gegen das NS-Regime organisierten. Der in Frankfurt am Main beheimatete Studienkreis Deutscher Widerstand 1933–1945 ist angetreten, dies zu ändern.

Er präsentierte pünktlich zum 20. Juli unter dem Titel »Handlungsspielräume – Frankfurter Polizeibeamte im Nationalsozialismus« im Frankfurter Polizeipräsidium eine Ausstellung über zehn Polizeibeamte, die nach Auffassung des Studienkreises in der NS-Zeit »widerständiges«, zumindest aber »resistentes« Verhalten an den Tag gelegt haben. Die der Medizin entlehnte Formulierung lässt darauf schließen, dass der Nationalsozialismus mittlerweile nicht mehr als Ideologie und politisches Programm, sondern als Krankheitserreger verstanden wird. Polizeipräsident Stefan Müller griff diese Anregung in seiner Eröffnungsrede dankbar auf und bezeichnete die Exposition als »wichtigen Baustein« für die Herausbildung »demokratischer Resilienz« bei seinen Untergebenen, die – so darf gefolgert werden – tagtäglich faschistischen, Pardon, rechtsextremistischen Keimattacken auf Geist und Seele ausgesetzt sind. Beim »Hessischen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus« (HKE) dürfte man das ganz ähnlich sehen; immerhin förderte die Einrichtung des hessischen Innenministeriums die Ausstellung mit mehr als 37.000 Euro, was – nebenbei bemerkt – für eine kleine Empfängerorganisation wie den Studienkreis nicht gerade wenig ist.

Mit Hilfe des HKE sollen laut Selbstdarstellung »sämtliche landesweiten Initiativen der Prävention und Intervention gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen aus den Bereichen des Rechts-, des Links- und des islamistischen Extremismus zentral erfasst, koordiniert und optimiert werden«. In der sogenannten Lenkungsgruppe der Institution sitzen denn auch Vertreter der Landesministerien für Inneres, Justiz, Kultus und Soziales neben Mitarbeitern der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung und Beamten des Landeskriminalamts sowie des Landesamts für Verfassungsschutz. Zumindest der Vorstand des Studienkreises scheint also kein Problem damit zu haben, just mit dem Ableger des deutschen Inlandsgeheimdienstes zu kooperieren, dessen damaliger Mitarbeiter Andreas Temme beim NSU-Mord an Halit Yozgat 2006 in Kassel persönlich zugegen war.

In seiner Polizeiausstellung, die auf die unlängst publizierte Masterarbeit der Historikerin Lisa Schrimpf zurückgeht, hat der Studienkreis zudem kein Problem damit, veritable NS-Verbrecher als Widerstandskämpfer darzustellen. Exemplarisch sei hier der 1896 geborene Ernst Schmidt genannt, der unmittelbar nach seiner Teilnahme am Ersten Weltkrieg nichts Besseres zu tun hatte, als einem der zahlreichen reaktionären Freikorps beizutreten, deren vorrangige Aufgabe darin bestand, revolutionäre Arbeiterinnen und Arbeiter zu misshandeln und zu ermorden. 1932 wurde Schmidt Mitglied der NSDAP und der SA; nach der Machtübertra-

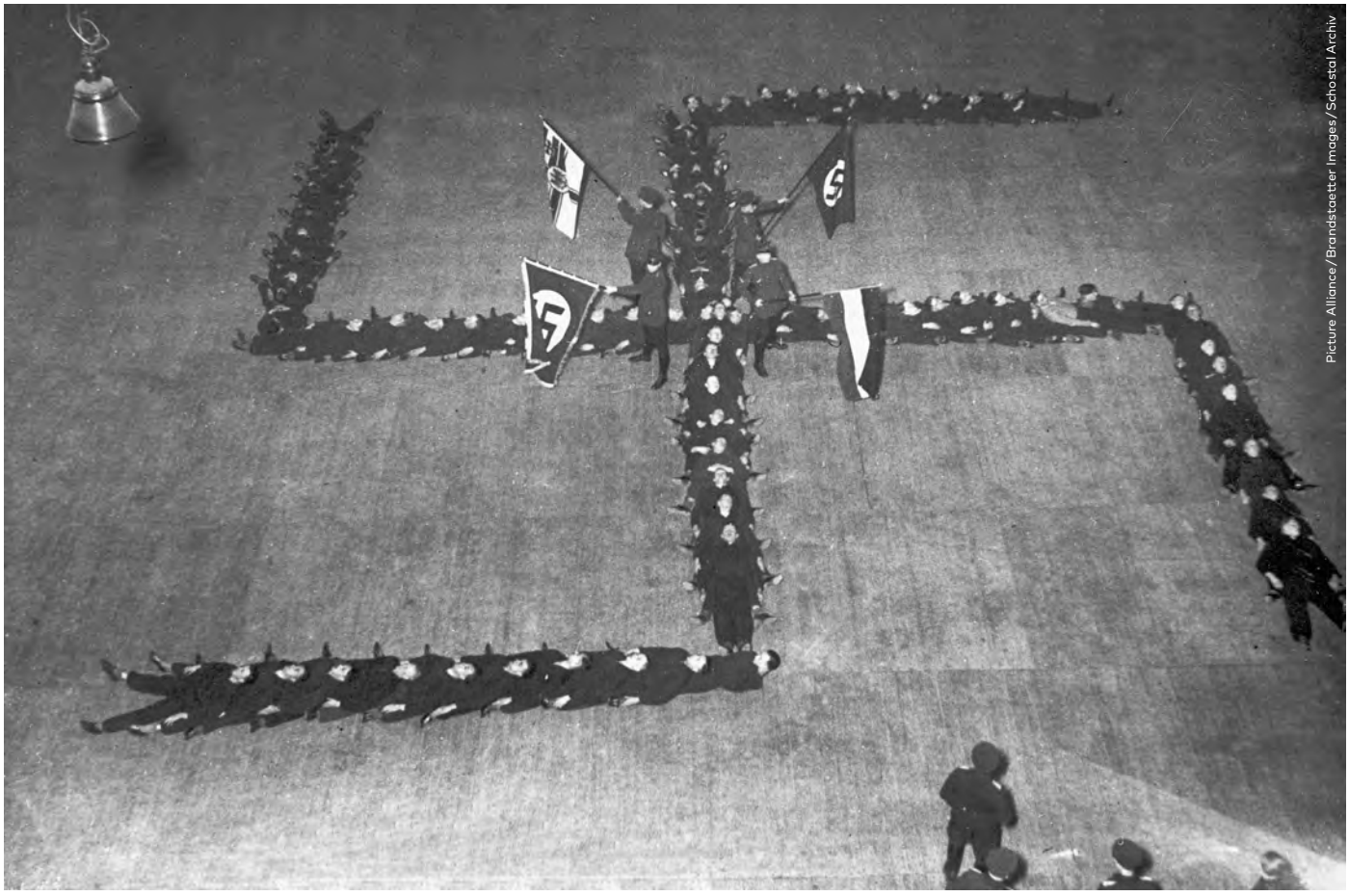
gung an die Nationalsozialisten 1933 arbeitete er für die Geheime Staatspolizei (Gestapo) in Düsseldorf, wo er es bis zum Kriminalkommissar in der Spionageabwehrabteilung brachte. Verfolgte des NS-Regimes berichteten nach 1945 von grausamen Misshandlungen durch seine Kollegen. Schmidt selbst scheint die alltägliche Folterpraxis nicht im geringsten angefochten zu haben; er trat am 15. Januar 1938 der SS bei und wurde noch im gleichen Jahr zum Untersturmführer befördert, was dem Rang eines Leutnants bei der Wehrmacht entsprach.

Schmidts NS-Karriere war damit noch lange nicht zu Ende: Nach dem deutschen Überfall auf Polen 1939 kam er zur Geheimen Feldpolizei (GFP) der Wehrmacht, wo er innerhalb von nicht einmal zwei Jahren zum Feldpolizeidirektor avancierte. In dieser Funktion übernahm er 1941 die Leitung der GFP-Gruppe 627, die im französischen Troyes eingesetzt war. Auf sein Konto gehen Razzien, Inhaftierungen, Misshandlungen, Deportationen und Massenerschießungen. Wie der Historiker Robert Winter schreibt, hinterließ nicht zuletzt Schmidts GFP-Gruppe in Frankreich »unauslöschliche Spuren der Gewalt und des Terrors«. Zum Vergleich: Auch Bernhard Niggemeyer, der sich nach 1945 um den Aufbau des Bundeskriminalamts verdient machte, hatte 1943 eine Einheit der GFP geleitet. Allein die ihm unterstellte Gruppe 723 ermordete bis September 1943 in der Sowjetunion insgesamt 3.137 Menschen, denen willkürlich, etwa wegen »jüdischen Aussehens«, Partisanentätigkeit vorgeworfen wurde. Ernst Schmidt wiederum war nach seinem Einsatz in Frankreich gleichfalls in der UdSSR aktiv, wofür ihm Hitler die Medaille »Winterschlacht im Osten 1941/42« verlieh.

In Frankfurt mochte man indes nicht auf Schmidts qualifizierte Mitarbeit verzichten; 1942 avancierte er zum Leiter der Spionageabwehrabteilung der dortigen Gestapo. Wie der Ausstellungskatalog lapidar vermerkt, oblag ihm in dieser Funktion die »Durchführung von Verhören von Piloten im Kriegsgefangenenlager Oberursel«, bis er 1944 »bei Befragungen im KZ Sachsenhausen eingesetzt« wurde. Ganz ohne Terror und Folter dürfte es auch hier nicht zugegangen sein.

Wer vor diesem Hintergrund mit Fug und Recht bezweifelt, dass Schmidt Teil des antifaschistischen Widerstands war, wird von den Ausstellungsmachern des Studienkreises eines Besseren belehrt. Ihnen zufolge kam Schmidt im Rahmen seiner Tätigkeit für die Frankfurter Gestapo 1942 in Kontakt mit dem ebenfalls in der Ausstellung porträtierten Egon Lengeling und der mit ihm befreundeten Versicherungsangestellten Erna Rub. Lengeling arbeitete für das Berliner Reichssicherheitshauptamt, in dem Reichsführer SS Heinrich Himmler 1939 die zentralen Dienststellen der Gestapo, der Kriminalpolizei und des Sicherheitsdienstes der SS unter Leitung von Reinhard Heydrich zusammengefasst hatte – zwecks Organisation des Holocaust und der »Gegnerbekämpfung« im In- und Ausland. Aufgrund seiner Position, so heißt es, sei es für Lengeling ein leichtes gewesen, »die Passstelle der Frankfurter Gestapo anzuweisen, alle von ihm beantragten Pässe und Visen ohne weitere Rückfragen auszustellen«. Schmidt habe die besagten Ausweisdokumente an Erna Rub übergeben, um sie »verfolgten Personen« zukommen zu lassen. Auf diese Weise sei auch eine Verbindung zu Eduard Waetjen zustande gekommen, der »in enger Beziehung zu den Widerständlern des 20. Juli 1944 stand«.

Dass Schmidt, wie von den Ausstellungsmachern behauptet, indes genau »wusste«, wem die von ihm ausgestellten Pässe zugutekommen, darf getrost in Frage gestellt werden. Die einzige Quelle hierfür ist Erna Rub, die dies im Rahmen von Lengelings Entnazifizierungsverfahren zu Protokoll gab. Auch ist davon auszugehen, dass sich Schmidts Kamerad Lengeling für seine vermeintlich selbstlose Hilfe fürstlich entlohnen ließ. Der zuvor eher mittellose Mann besaß 1943 sechs



Die Ordnungsmacht und ihr Handlungsspielraum: Schutzpolizisten proben für ein Sportfest, Berlin, 24.3.1933

Häuser in Frankfurt, Darmstadt und Berlin, die er mit Hilfe der Handelsbank Frankfurt unter Leitung von Rubs Ehemann August erworben hatte.

Vor diesem Hintergrund wird das Dilemma der Ausstellungsmacher evident: Sie wissen, dass die von ihnen als irgendwie »widerständig« präsentierten Polizisten Teil einer »Täterorganisation« waren und sich maßgeblich an den Verbrechen des NS-Regimes beteiligten. Um diesen Widerspruch aufzulösen, rekurriert etwa Lisa Schrimpf in ihrer Masterarbeit auf den Historiker Martin Broszat, dem zufolge »Teilopposition, ihre Verbindung mit zeitweiliger oder partieller Regime-Bejahung« sowie »das Neben- und Miteinander von Nonkonformität und Konformität« im Dritten Reich »die Regel darstellten«. Schrimpf spricht denn auch von einer »allgegenwärtigen Ambivalenz« des polizeilichen »Widerstands«, die jedoch nichts daran ändere, dass die porträtierten Ordnungshüter »zumindest … für jene, deren Leben sie retten konnten«, so etwas wie »stille Helden« waren.

Damit sind wir wieder bei just jener Rechtfertigungsideologie angelangt, die von den Funktionsträgern des NS-Staats unmittelbar nach dem 8. Mai 1945 popularisiert wurde. Unisono hieß es, man habe lediglich seine Pflicht getan und hohe Positionen im faschistischen Repressionsapparat ausschließlich angestrebt, »um Schlimmeres zu verhüten«. Der Nutzen einer solchen Selbstlegitimation für heutige Polizisten liegt auf der Hand: Solange sie bei ihrer Berufsausübung stets die vielbeschworenen »Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und Humanität« beachten und weder heimlich noch offen mit Nazi-Kollegen sympathisieren, dürfen sie ruhig ein paar Flüchtlinge in Länder abschieben, in denen Hunger, Folter und Mord zum Alltag gehören – Befehl ist schließlich Befehl. Der Studienkreis Deutscher Widerstand muss sich daher vorhalten lassen, mit seiner Ausstellung den Begriff »Widerstand« bis zur Unkenntlichkeit entstellt zu haben, um heutigen Ordnungshütern ein ruhiges Gewissen zu verschaffen. Denn damals wie heute gilt: Ein widerständiger Polizist ist nur einer, der den Dienst quittiert.

Studienkreis Deutscher Widerstand 1933–1945 (Hg.): *Handlungsspielräume. Frankfurter Polizeibeamte im Nationalsozialismus.* Ausstellungskatalog. Frankfurt am Main 2023, 70 Seiten, 8 Euro

Lisa Schrimpf: *»Polizeibeamte! Vergeßt nicht«. Widerständiges und resistentes Verhalten Frankfurter Polizeibeamter im Nationalsozialismus.* Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Polizeigeschichte e. V., Band 26. Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt am Main 2022, 154 Seiten, 24,90 Euro

Mirjam Heydorn

Erklärung zu meinem Rücktritt vom Vorstand des SK's

Nachdem ich am 12.7.2023 mein Vorstands"amt" mit sofortiger Wirkung niedergelegt habe, möchte ich gern erklären, was für mich dazu geführt hat.

Der Studienkreis wurde seinerzeit von ehemaligen Widerstandskämpfern gegründet, mein Vater war dabei.

Der Grund dafür war, dass selbst in den 60ger Jahren (und daran hat sich bis heute Vieles nur wenig, manches auch gar nicht geändert nur vom 20. Juli 1944 die Rede war, wenn vom Widerstand in Deutschland gesprochen wurde. Der gesamte sonstige – zwar kleine, aber wichtige - Widerstand kam nicht vor. Die Menschen, die im Widerstand gewesen waren, wie meine und Ann Anders's Eltern – wurden als Vaterlandsverräter, Nestbeschmutzer usw. beschimpft – man begegnete ihnen mit Ressentiments, sie – wir waren fremd, gehörten nicht dazu, die Mehrheitsgesellschaft war dieselbe wie vor der Befreiung, die für die meisten Deutschen eben keine Befreiung war.

Ann und ich haben das miterlebt, diese Ausgrenzung, dieses Fremdsein, denn natürlich hat man es auch an uns ausgelassen – in der Schule, in der Nachbarschaft…..

Das vorweg zur Geschichte und es erklärt vielleicht auch meine persönliche Beziehung zum SK, meine beiden Eltern waren mit dem SK verbunden und einige ihrer engen Freunde, wie Walter Fabian zum Beispiel.

Als meine Mutter Irmgard Heydorn 2017 mit 101 Jahren starb und weder sie noch ihre Freundin Trude noch andere mehr als Zeitzeugen präsent waren, dachte ich, ich sollte etwas fortsetzen, um die Erinnerung an alle diese Menschen und ihre Handlungen, vor allem ihre Haltungen, in die Gegenwart zu tragen.

Deshalb war ich froh und sagte zu, als Thomas Altmeyer mich fragte, ob ich in den SK kommen und auch im Vorstand mitarbeiten wolle und das habe ich dann auch getan und wir haben – z.B. am 20.7.2021 in der Paulskirche, beim DFB und manchen anderen Gelegenheiten sehr gut zusammengearbeitet.

Das möchte ich vorweg festhalten.

Zu spüren war für mich inzwischen allerdings bereits seit längerer Zeit eine zunehmende Bürokratisierung der Arbeit des Studienkreises. Es wird aus meiner Sicht zunehmend Widerstand „ verwaltet „ so wie in dieser Gesellschaft inzwischen in den meisten Fällen auch die Erinnerung an die Shoah „ verwaltet „ wird.

Aus meiner Sicht war und ist auch im SK zu beobachten, dass ein rein historischer Blick auf den Widerstand vorherrscht, Ausstellungen sind rein rezeptiv, jeder Vorschlag zu Ausstellungen mit Einbeziehung der Zuschauer wird verworfen, die Arbeit mit jungen Menschen im Zusammenhang mit neuen Ausstellungen höchstens marginal wahrgenommen.

Eine der wesentlichen Lehren von Trude S. und meiner Mutter lautete, dass Erinnerung überflüssig ist, wenn sie nicht in die Gegenwart führt.

Unseren Töchtern hat meine Mutter auf die Frage nach ihren Gründen für die illegale Arbeit mal geantwortet, dass es im Leben darum ginge, sich einzumischen, eine Haltung zu haben,

dass es dem Leben sonst an Sinn fehle. Man müsse das noch mehr für sich selbst tun als für die Anderen.

Das sind letztlich die Grundsätze, die mich in meiner Arbeit auch im SK geleitet haben und die mich auch weiter leiten werden an anderer Stelle, soweit es um diese Fragen geht.

Im SK fehlt das für mich inzwischen.

Darüberhinaus ist aus meiner Sicht die Arbeitsweise des Vorstandes des Vereins/der wissenschaftlichen Leitung geprägt von mangelnder Transparenz insgesamt und der Entscheidungskompetenz Einzelner ohne Einbeziehung des gesamten Vorstandes oder gar des Vereins, soweit es inhaltliche Fragen angeht – bei kleinsten,unwichtigsten bürokratischen Fragen wird die Zustimmung aller eingeholt, aber Ausstellungen werden nicht vorab mit allen in ihrer Stoßrichtung diskutiert - und nein, ich hänge keinen Verschwörungstheorien an und vertrete auch keine fundamentalistischen Grundhaltungen, das sollte in den letzten Jahren deutlich geworden sein, sondern dies ist eine Beobachtung, die ich über längere Zeit so gemacht habe.

Inhaltlich sinnvolles Arbeiten ist so nicht möglich bzw. wird ausschließlich von 2 oder 3 Personen alleine betrieben und hier werden auch Entscheidungen in splendid isolation getroffen, die man als Vorstandsmitglied dann aber - obwohl man zur Entscheidungsfindung nicht herangezogen wurde - auch namentlich vertreten soll.

Ein solches Vorgehen ist völlig inakzeptabel für jeden eigenständig und selbst denkenden Menschen – das kann man machen, wenn über die Anschaffung von Briefmarken entschieden wird, aber nicht, wenn eine Ausstellung wie die Polizeiausstellung (und da sind wir jetzt beim Thema), bei der es um inhaltliche Fragen geht, geplant ist und wenn damit eben auch ein Wechsel in der grundsätzlichen Ausrichtung des Studienkreises einhergeht, wie hier geschehen.

Gerade weil ich als „ Kind „ von Widerständlern auch eine größere Authentizität nach außen hin verkörpere, ist das vollkommen inakzeptabel und hätte vorher diskutiert werden müssen.

Eine Benutzung als Aushängeschild mit meinem Namen und dem meiner Familie lehne ich für mich ab – und – um das zu wiederholen – ganz sicherlich dann, wenn es um so gravierende inhaltliche Fragen geht und ich nicht gefragt wurde.

Aber zum für mich wesentlichsten Punkt:

Konsequenzen zu ziehen wurde für mich unausweichlich, als es um die Polizeiausstellung und deren Vorgeschichte ging.

Also zum wie und wann zunächst:

In allen letzten Gesprächen hierzu musste ich mir von Mitgliedern des Vorstandes, die nicht dabei waren, anhören, wie die Gespräche mit Herrn Berreswill abgelaufen sind. Ein ziemlich wesentlicher Teil dessen, was da vorgetragen wird, entspricht schlicht nicht der Wahrheit.

Deshalb noch mal:

Herr Berreswill kam zu uns nach Thomas Altmeyers und meiner Rede am 20. Juli 2021 in der Paulskirche und seine völlig klare und eindeutige Intention bei einem mehrstündigen Besuch in der Rossertstrasse (bei dem von uns Thomas Altmeyer, Lisa Schrimpf und ich zugegen waren) ,zu dem er seinen Stellvertreter und 2 weitere Personen mitgebracht hatte, war, dass er wegen der ihn sehr beunruhigenden Vorfälle rechtsradikaler Art in der Frankfurter Polizei Unterstützung suchte bei Schulungen, die sich eben auch und gerade an den Erkenntnissen aus und nach dem 3. Reich orientieren sollten. Ich war wirklich überrascht, hatte das von ihm in solcher Offenheit gar nicht erwartet und wir sprachen über Themen, die da zu bearbeiten wären.

So zum Beispiel über Ideen zu Schulungen zu Fragen von juristischen Ermessensspielräumen

, Fragen der Ausfüllung solcher Ermessensspielräume durch Haltungen, wenn Gesetze keine deutliche Handlungsanweisung geben, Fragen von Recht und ab wann Situationen entstehen können, bei denen man sich über gesetztes Recht hinwegsetzen muss und auch Fragen zu Ambivalenzen, in die Menschen geraten können, Fragen von verfassungsmäßigem Verhalten und Bürgerrechten ….usw. usw.

Es ging hier um – sozusagen verordnete - SCHULUNGEN für Polizeianwärter eben wegen der ja bekannten Probleme mit rechtsradikalen Vorfällen in der Frankfurter Polizei.

Mich hat mehr als gewundert und ich fand es bemerkenswert, dass das von der Polizei direkt kam und ich fand absolut, dass man das machen müsse.

Von Lisa Schmitz Magisterarbeit war da zwar die Rede, auch von einer Erweiterung Richtung Promotion mit Hilfe eines Polizeibudgets – nicht ein einziges Mal war die Rede davon, dass eine Ausstellung aufgrund von Lisa's Arbeit erstellt werden sollte über widerständiges ! Verhalten im Polizeiapparat während des 3. Reiches.

Jeder, der mich kennt, darf sich gern vorstellen, wie da meine Reaktion ausgesehen hätte.!

Für Ann und mich stellt sich die Frage, warum wir – als ja sonst immer gern präsentierte „Kinder" aus Widerstandsfamilien – nicht herangezogen wurden, um eine solche Ausstellung mitzuplanen, zumal ich ja am Anfang bereits dabei war, wir nach meiner Erinnerung immer wieder nachfragten (ich schon nervend in meinen Nachfragen nach Schulungen …) und zumal wir aus der Perspektive der betroffenen Familien andere Sichtweisen beizutragen haben.

Obwohl ich immer sehr dafür war, auch mit der Polizei zusammenzuarbeiten (und das vertrete ich immer noch) kam von Anfang an von meiner Seite der Hinweis, dass man aber bei einer solchen Zusammenarbeit enorm aufpassen muß, nicht funktionalisiert zu werden.

Das ist aus meiner Sicht hier aber geschehen

Ich habe im Zuge meines Rücktrittes und aller damit verbundenen Überlegungen auch mit jüdischen Freunden aus verfolgten Familien gesprochen und wir sind uns da einig und das ist wahrscheinlich für mich der ausschlaggebenste und schwerwiegenste Punkt:

Es geht hier um Entscheidungen der Mehrheitsgesellschaft bzw. deren Nachgeborener zu Themen, die die Nachgeborenen der ehemals Verfolgten/Bedrohten ganz wesentlich betreffen, wozu man sie aber nicht befragt, bevor man sich darüber öffentlich äußert….so wie das auch in diesem Fall gelaufen ist.

Sonst wären Sätze wie : „Juden waren von Repressalien bedroht" (ach ja, das habe ich mal einem Freund erzählt, dessen Großeltern ermordet wurden), wie er in dieser Ausstellung wenigstens in der urspünglichen Fassung stand, nicht möglich gewesen. Eine Ausstellung, in der übrigens die Opfer der Polizei erst auftauchten, nachdem wir - Ann und ich - massiv interveniert hatten und ich persönlich da schon mit meinem sofortigen Ausscheiden drohte, wenn das nicht geändert würde.

Ich könnte diese Liste jetzt fortsetzen ….. Die Polizei hat sich „ stets„ bemüht….ist ein anderer dort zu lesender Satz.

Ich muss das mal so deutlich fragen…an was fehlt es da? Was ist das, was solche Sätze durchgehen lässt?

Diese Änderung in der Richtung zu etwas völlig anderem, geradezu zum Gegenteil dessen, was ursprünglich angedacht worden war (und was Aufgabe des SK's ist im Übrigen…), erfolgte dann tatsächlich, ohne dass ich oder wir informiert worden wären - es gibt nicht einmal einen Beschluss hierzu.

Ich komme leider nicht umhin, zu denken, dass man eben auch die absehbar sehr strittige Diskussion hierzu vermeiden wollte, andere Mitglieder des Vorstandes kannten die Ausstellung bereits und waren zu einer Diskussion geladen zu einem Zeitpunkt, als Ann und ich noch zu den Schulungen nachfragten.

Selbst, wenn mir etwas entgangen ist, was ich nicht ausschließen kann, kann ich mit Sicherheit sagen, dass mir ein solcher Ausstellungsentwurf nicht unterkam. Als ich ihn

endlich bekam im April 2023 nach mehrmaligem, inzwischen überaus energischem Nachfragen, war es zu spät, um Grundsätzliches zu ändern. Der Hinweis erfolgte, man habe schon Geld bekommen für die Ausstellung , deswegen könne nur Weniges, wenn überhaupt, geändert werden.

Gottfried Kößler hat dann tatsächlich noch Änderungen vorgenommen, ich persönlich habe mich der Bitte verweigert, weil aus meiner Sicht dem ganzen schlicht kein Leben mehr einzuhauchen war. Ich konnte und wollte damit nichts mehr zu tun haben.

Speziell zu Ann und mir ist noch etwas Anderes zu sagen:

Wir reagieren aus guten Gründen, die alle kennen und vor allem ! respektieren sollten, sehr empfindlich auf Ausgrenzung, weil wir die erlebt haben. Im Gegensatz zu All denen, die – auch familiengeschichtlich - Teil der Mehrheitsgesellschaft sind, sind wir das nicht.

Wir sind nicht nur mit den Traumata unserer während des 3. Reiches höchst gefährdeten Eltern groß geworden - wie die Mehrheitsgesellschaftsnachfahren übrigens mit den nie offen diskutierten Traumata und Tradierungen und Johanna Haarer-Erziehungen der Täter/Mitläufer/schweigenden Eltern/Großeltern) – Ann und ich haben miterlebt und selbst erfahren, wie Ausgrenzung aussieht und sich anfühlt.

Man kann niemandem die Zugehörigkeit zur Mehrheitsgesellschaft vorwerfen und das tue ich auch nicht! – was man aber der Mehrheitsgesellschaft vorwerfen kann, ist die mangelnde Sensibilität im Umgang mit Betroffenen und die kann man lernen, auch wenn man nicht aus einer betroffenen Familie kommt.

Und in diesem Zusammenhang ist auch vorwerfbar, dass die Erwartung besteht (wie geäußert), man müsse als Angehöriger einer betroffenen Familie darüber informieren , was eine solche Polizeiausstellung für die Betroffenen bzw. ihre Nachfahren bedeutet.

Ich sehe das anders - ich denke, dass die Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft fragen sollten, dass sie sich bemühen sollten , zu verstehen…. zumindest sollte jedem, der zur Mehrheitsgesellschaft bzw. deren Nachfahren gehört, bewusst sein, dass man da bestimmte Dinge nicht per se begreifen kann, weil es da eben nicht um die eigene Geschichte von Mehrheit, sondern um eine Geschichte von Minderheit geht, die in diesem Lande gern verleugnet wird.

Da gibt es eine Differenz und die bleibt, aber man kann sich ihrer bewusst sein und das ist wichtig und erst dann ist gemeinsames Arbeiten wirklich möglich.

Es bleibt leider – auch nach diesen Wochen des Abstandes – übrig, dass wir - Ann und ich - aus unserer Sicht zu dieser Ausstellung eben deswegen nicht befragt wurden, weil dem absehbaren Widerspruch ausgewichen werden sollte.

Diese Ausstellung ist aus meiner Sicht eine Ausstellung der Mehrheitsgesellschaft FÜR die Mehrheitsgesellschaft, deutlich gesagt:

man könnte auf die Idee kommen, dass dabei jegliches Bewusstsein für die eigene Geschichte als Nachkommen der Mehrheitsgesellschaft gefehlt hat.

Das wäre fatal für Menschen, die über den Widerstand arbeiten – man könnte auch zu dem Schluss kommen, dass sich dann die Arbeit über den Widerstand verbietet.

Beste Grüße,

Mirjam Heydorn

Dr.Ann Anders
Stellungnahme zu meinem Austritt Anfang August aus dem Vorstand des Studienkreises Deutscher Widerstand

Die Mail des Vorstandes vom 9.8.23 mit der kurzen 3-Zeilen-Nachricht meines und Mirjams Austritt insinuiert eine Nähe zu den inzwischen ausgetretenen Mitgliedern.
Dem ist nicht so, gleichwohl sind wir wie die Mitglieder verärgert darüber, dass über das heikle Thema der Polizeiausstellung noch nicht einmal innerhalb des Vorstandes offen diskutiert wurde.
Mirjam und ich sind beide für eine Beschäftigung über das Verhalten von Polizisten während des deutschen Faschismus gewesen. Aber wir fanden wichtig, dass anhand von „Schulungen“ (Vorträgen, Workshops etc.) jungen Polizistinnen eine Haltung zu problematischen Situationen nahezubringen und aus den Lehren der Vergangenheit Schlüsse zu ziehen.
Dies war nach dem Gespräch mit dem damaligen Polizeipräsidenten unser Kenntnisstand und umso erstaunter waren wir, natürlich vor allem Mirjam, dass auf einmal eine Ausstellung in Arbeit war. Diese Entscheidung (zu der auch kein Vorstandsbeschluss zu finden ist), der wir erst viel später gewahr wurden, veranlasste uns mehrfach zu intervenieren. Nur dank Mirjams heftige Einwürfe wurde von Gottfried Kößler, Mirjam und auch von mir einige Problemstellen entfernt. Leider war sie in ihrer jetzigen Konzeption nicht mehr zu verhindern. So konnte die Polizeiführung auch in ihrer Einladung von „resistentem Verhalten in der Polizei“ schreiben. Problematisch, wenn ein Polizist einer bedrohten Person individuell heimlich hilft, um dann vielleicht mit dem

Frankfurter Polizeibataillon 306 im Osten an den Massakern beteiligt zu sein.

Aber jenseits dieses inhaltlichen Aspektes (aber damit verbunden) haben wir vor immer wieder bemerkt, dass sich im Vorstand ein Verhalten einstellte, bei dem wir nicht „gehört“ wurden. Ich hatte mehrmals nachgefragt, was es mit der nächsten Ausstellung über den frühen Widerstand konzeptionell auf sich habe. Niemand hat sich bemüßigt gefühlt, mir darauf zu antworten. Kein Zucken, bis ich in der letzten Vorstandsitzung erfuhr, dass drei Personen von uns beteiligt sind. Aber meine Fragen wurden ignoriert. Dies verstärkte meinen Eindruck, dass nicht transparent im Vorstand diskutiert wird.

Mehrmals hatten wir den Eindruck, dass wir als Kinder von Widerstandkämpfern ausgeschlossen wurden, wenn es um inhaltliche Bewertungen ging. Einfach nur aus Neugierde gefragt, wurden unsere Fragen behandelt, als ginge es um einen Angriff auf Kompetenz. Als wären unsere Ideen, die wir äußerten, nicht diskussionswürdig. Als wären Vorschläge überflüssiges Gerede. Stets wurde gekontert, man habe schon so viel zu tun. Die Vorstandsitzungen waren ausgefüllt mit Formalien, Tagesordnungsdiskussionen, Protokoll, Bürokratie. Für Mirjam und mich ist diese Erfahrung, abgeblockt zu werden vor allem bei diesem Thema eine lebenslange Erfahrung in dieser deutschen Gesellschaft. Abgeblockt von Kindern der Mehrheitsgesellschaft, die eben nicht über Empathie oder persönliche Familienerfahrungen reden können bei diesem Thema. Wir hatten den Eindruck, dass es für diese Nachfahren nicht möglich ist, mit uns zu reden, ohne dass die Verstrickung der eigenen Familie thematisiert wird.

Wir haben es einmal probiert, über das Verhältnis in der eigenen Familie zu reden (hier liebevoller Vater/Großvater, da Täter/Mitläufer) – es ist jämmerlich gescheitert.

Wir mussten einsehen, dass es erst eine grundsätzliche Aufarbeitung dieses Zwiespaltes geben muss, auch gesellschaftlich, bevor ein anderes Verhalten uns gegenüber und vor allem gegenüber einer nicht verengten historischen Aufarbeitung zu erwarten ist. Weder haben wir spannend historisch oder politisch über Projekte diskutiert noch wurden unsere Vorschläge auch nur weitergehend erörtert. Zum Schluss wurden uns entscheidende Veränderungen (bei der Polizeiausstellung) vorenthalten. Als gaslighting empfand ich das. Und langweilig.

Auch die Reaktion des Vorstandes auf unseren gemeinsamen Rücktritt bestätigt dies. Kurz und konventionell gedankt und bedauert, fertig.
Eine solche Abwehrhaltung in einer Gruppe, die sich der Aufarbeitung des Widerstandes 1933-1945 verschrieben hat, eine Gruppe, die sich ja gerade auseinandersetzen müsste mit Erfahrungen, die Widerstandskämpfer und ihre Kinder gemacht haben und mit Leuten, mit denen man einige Jahre zusammengearbeitet hat, hatten wir nicht erwartet.

Dies wollte ich Euch mitteilen. Ich bin in den Studienkreis Deutscher Widerstand eingetreten, um den Widerstand meiner /unserer Eltern weiterzuvermitteln. Ich bedauere, dass das hier nicht möglich war.

Ann Anders

Anhang II

Übersetzungen:

Englisch
Französisch
Italienisch
Spanisch
Hebräisch

Auszug aus dem Offenen Brief von Benjamin Ortmeyer

On the occasion of the historically revisionist exhibition on the Frankfurt police during the Nazi era: Open letter to the provisional board and the members of the "Studienkreis deutscher Widerstand 1933-1945".

Benjamin Ortmeyer

What is at stake?

The resistance against the Nazis in Germany is not so abundant and is also widely contested. In order to discredit the resistance of the 'simple people', as they say so comically, i.e. above all the left, the socialist and communist movement, the military coup in 1944 was framed as first decisive resistance. At the same time, it was always used as an advertising event for German rearmament, for building up the Bundeswehr.

When it was clear that the Nazi war was lost, at the latest after Stalingrad in early 1943, there was a tactical rethinking among the top personnel of the Nazi state, including generals, SS-Officers, the Gestapo and the police. For example, a policeman in Düsseldorf, who had previously been involved in the deportation of the Jewish population in Darmstadt, broke the chain of command at the very end of the Nazi regime so that Düsseldorf could be handed over to the US Army. For this he is being honored in 2023 in Darmstadt as well as in Düsseldorf. They say, he did something good after all. Nobody disputes that, but the question has been rightly raised by Daniel Neumann, chairman of the Jewish community in Darmstadt, (see Jüdische Allgemeine, May 8, 2023) since when a kind of "offsetting" is correct, according to the motto: The deportation of the Jews was not so bad, after all, the policeman XY had also "done good".

For humanism-oriented people it is clear that this is not possible at all. But it only reflects what has been going on for many decades in the discussions about the resistance of the generals on July 20. Outspoken Jew-haters like the mayor of Leipzig Goerdeler, or even mass murderers like Gen. Stülpnagel, recognized that the war was lost. For these generals, the loudmouth Hitler had made a mess of the war, and generals generally want to win a war. So they deemed it was necessary to eliminate Hitler in order to reach peace with the Western Allies.

Honoring the mass murderer General Stülpnagel in a Frankfurt school

It fits into the picture that the "best high school graduate" of the Frankfurt Lessing -Gymnasium, who was involved in the attempted coup of July 20 in Paris. General Karl Heinrich von Stülpnagel, has meanwhile been rehabilitated in a kind of hall of honor of the Gymnasium, although he had to be removed from the auditorium of the Gymnasium a few years ago after protests by Beate Klarsfeld and Resistance fighters. Stülpnagel had first murdered in the Soviet Union as a general, then ordered the mass murder of Resistance fighters and had them placarded throughout Paris, and also ordered and helped organize the deportation of the Jewish population from France via Drancy to Auschwitz. The justification for his renewed honor is remarkable, because it literally say about his mass murders as a general in the Soviet Union: **"In any case, it is striking that in the area of his army the number of shootings of Jews was significantly lower than in other armies".** (Kern, Michael: Carl-Heinrich von Stülpnagel und Konrad Heiden, in: Mieles , Bernhard Bernhard u.a. (eds.): Nachforschungen der Wahrheit - Von der alten Lateinschule zu Lessing-Gymnasium in Frankfurt am Main - Festschrift zum 500-jährigen Jubiläum der Schule Frankfurt am Main 2020, p. 379)

Similar things can also be seen on a lower level, for example in the circle of the generals of the attempted coup of July 20, 1944. Police, Gestapo officials and SS members made efforts creating "persilscheine" even before 1945, apart from the fact that they already had forged identity cards in order to be able to get into other countries after the war via so-called "rat lines". The maxim "You never know" applied, and it was good to help some people for alibi reasons, who could testify for

you later. In addition, one could "help" and enrich oneself in a forced, predatory "exchange" for valuables.

Rollback "Back to the fifties"/ First torture, then "do something good" - then everything is all right?

This is how the rollback "back to the fifties" works in Frankfurt am Main, too. Of all things, the "Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945" (Study Group German Resistance 1933-1945) - founded in 1967 to counter the fairy tales of July 20, 1944 as the sole or main resistance - now made a 180° turn. Every implied action against the Nazi regime within the Nazi murder organizations, no matter by whom and why, is called "resistance" in a new exhibition for the Frankfurt police. “Ambivalences" is the code word for this historical revisionism. Here, more or less cleverly, the right is mixed with the wrong.

The Crimes, torture and Murders systematically committed by the Police of Frankfurt during the Nazi period, their role in the deportations of the Jewish population, was already recorded long ago by Adolf Diamant in a large study "Gestapo in Frankfurt am Main" in 1988: "The interrogations were carried out with killers, cudgels and whips". And the Gestapo arrested hundreds of so-called "well-off" Jews in Frankfurt in particular. They were released only after signing over their property to the Nazis in front of a notary sent to the prison. But doesn't that count as help, if in return this or that person, who had bought his freedom, was released? Following this logic, Heinrich Himmler chief of police, Gestapo and SS would also have to be included in the ranks of such alleged "resistance fighters," since he sold Jewish prisoners through the Red Cross at the end of the war.

In brief: About the Police Headquarters Exhibition by the "Studienkreis” (Study Circle):

The "Studienkreis" exhibition, sponsored by the Hessian Ministry of the Interior, the Office for the Protection of the Constitution and the police of Frankfurt, which opened at police headquarters in Frankfurt am Main on July 20, 2023, mixes the cases of ten officers from the police, the Gestapo and the SS to elevate proofed Nazi thugs into the circle of the resistance. Let’s look at the mix of these "ten cases"?

Three policemen are certainly rightly honored, and have been for years, because they really helped in a tangible way, as credible people testified, including Valentin Senger, who went into hiding in Frankfurt during the Nazi regime and was helped by a policeman to survive with his family. There is no dispute about that. Two other officers do not really fit into such a theme at all, since they were immediately released by the Nazis in 1933. There remain five case studies, or exhibition panels.

There are three very unclear cases, which are highly stylized to role models for the police today mainly because of the statements of relatives and friends in the denazification proceedings after 1945. They are said to have been connected to the coup of July 20, 1944. The source material is extremely scanty and inconclusive. This is a problem, since the notorious "Persilscheine" (Persil Ticket) (according to the pattern "Gestapo official X declares that Gestapo official Y was also always very polite during interrogations") can by no means be used as "valid" and trustworthy sources in serious historical research.

In two other cases, the available sources prohibit thatt these people could be honored under any circumstances.

Ernst Schmidt

The **SS man** and head of the **Secret Field Police** was certainly a Nazi perpetrator who also conducted interrogations in the Sachsenhausen concentration camp. The prisoners of Sachsenhausen concentration camp who were "interrogated" by him would certainly not confirm that there was no torture. Ernst Schmidt was also head of the "counterintelligence" in Frankfurt am Main from 1942. Why and to what extent he was involved in passport forgeries for persecuted persons is not really

clarified. There was a circle of extortionist Nazi robbers around Ernst Schmidt, who are also honored in the exhibition, whose immense increase in wealth after 1945 apparently did not concern anyone.

Christian von Vultee. It is very obvious that Vultee was a Nazi criminal. The claims of him helping persecuted people are based on a postwar statement: He himself "served" as a policeman in Getto Lodz, one of the most murderous ghettos in Poland during the Nazi occupation. Whether he helped a friend for personal reasons or for money remains unclear. The exhibition obviously does not fundamentally address the basic problem of the "Persilschein" (Persil Tickets) after 1945. There is still a lot to be said about the Lodz ghetto, for example that the Jewish inhabitants were systematically starved so that the transports to the extermination camps from there required fewer means of transport. (The brother of Dr. Karl Brozik sel. A. starved to death there).

The necessary honoring of those very, very rare exceptions who really, although in the SS, took part in the resistance and demonstrably delivered documents to the Allies (See the study of Saul Friedländer) like Kurt Gerstein, is also discredited by including Gestapo officials and SS members who were involved in torture and in murders.

Unprofessional.

The exhibition is also decidedly unprofessional, since it is falsely claimed that Buchenwald concentration camp was "liberated" by the "Red Army" (p. 46 of the exhibition catalog.) What expertise does the editor of this exhibition have, who, moreover, at the opening of the exhibition at the police headquarters self-absorbedly introduced himself as an "expert in historical-political education", to overlook such a obvious factual error?

Not to forget: This exhibition is an advertising event for the Frankfurt police and the Hessian Minister of the Interior, Peter Beuth who, as if by chance, is quoted in the exhibition (exhibition catalog p. 51), but whose reputation is disputed because of multiple Nazi scandals in the Hessian and Frankfurt police.

November 2023

À l'occasion de l'exposition révisionniste sur la police de Francfort à l'époque nazie :

Lettre ouverte au comité provisoire et aux membres du, « cercle d'études de la résistance allemande 1933-1945».

Benjamin Ortmeyer

De quoi s'agit-il ?

La résistance contre les nazis n'est pas si abondante en Allemagne et est en outre très discutée. Pour discréditer la résistance des "gens simples" comme on dit si comiquement, c'est-à-dire surtout la gauche, le mouvement socialiste et communiste, on a d'abord évoqué le putsch militaire de 1944 comme décisif. Il a en même temps toujours été utilisé comme manifestation promotionnelle pour le réarmement allemand, pour la construction de la Bundeswehr.

Lorsqu'il est apparu clairement que la guerre nazie était perdue, c'est-à-dire au plus tard après Stalingrad début 1943, le personnel de haut niveau de l'État nazi, y compris les généraux, les SS, la Gestapo et la police, a changé de tactique. C'est ainsi qu'un policier de Düsseldorf, qui avait auparavant participé à la déportation de la population juive de Darmstadt, a rompu la chaîne de commandement à la fin du régime nazi, afin que Düsseldorf puisse être remise à l'armée américaine. C'est pour cela qu'il sera honoré en 2023, tant à Darmstadt qu'à Düsseldorf. On dit qu'il a fait quelque chose de bien. Personne ne le conteste, mais la question a été soulevée à juste titre par Daniel Neumann, président de la communauté juive de Darmstadt, (voir Jüdische Allgemeine du 8 mai 2023) depuis quand une sorte de « compensation » est juste, selon la devise : ce n'était pas si grave que ça avec la déportation des juifs, après tout, le policier XY avait aussi "fait quelque chose de bien".

Pour les personnes orientées vers l'humanisme, il est clair que cela ne va pas du tout. Cela ne fait que refléter ce qui se passe depuis des décennies dans les discussions sur la résistance des généraux du 20 juillet. Des personnes qui haïssent les Juifs, comme le maire de Leipzig Goerdeler, ou des tueurs de masse, comme le général Stülpnagel, ont compris que les Juifs n'étaient pas des criminels.

Stülpnagel, a compris que la guerre était perdue. Pour ces généraux, Hitler, la grande gueule, avait fait capoter la guerre et les généraux veulent gagner la guerre. Il fallait donc éliminer Hitler pour parvenir à une paix avec les Alliés occidentaux.

Hommage au général Stülpnagel, meurtrier de masse, dans une école de Francfort

Il est donc logique que le "meilleur bachelier" du lycée Lessing de Francfort, qui a participé à la tentative de putsch du 20 juillet à Paris, le général Karl Heinrich von Stülpnagel, ait entre-temps été réhabilité dans une sorte de hall d'honneur du lycée, bien qu'il ait dû être retiré de l'auditorium du lycée, il y a quelques années, suite aux protestations de Beate Klarsfeld et de résistants. Stülpnagel a d'abord tué en Union soviétique en tant que général, puis a ordonné l'assassinat en masse de résistants et les a fait afficher dans tout Paris. Il a également ordonné et co-organisé la déportation de la population juive de France vers Auschwitz via Drancy. La justification de son nouvel hommage est remarquable, car on y lit textuellement, à propos de ses meurtres de masse en tant que général en Union soviétique : **"Il est en tout cas frappant de constater que dans le domaine de son armée, le nombre d'exécutions de Juifs était nettement inférieur à celui des autres armées".** (Kern, Michael : Carl-Heinrich von Stülpnagel et Kon-rad Heiden, dans : Mieles , Bernhard Bernhard e.a. (éd.) : Nachforschungen der Wahrheit - Von der alten Lateinschule zu Lessing-Gymnasium in Frankfurt am Main - Festschrift zum 500-jährigen Jubiläum der Schule Frankfurt am Main 2020 , p . 379

Il en était de même au niveau inférieur, par exemple dans l'entourage des généraux putschistes du 20 juillet 1944. La police, les fonctionnaires de la Gestapo et les SS s'efforçaient déjà avant 1945 d'obtenir une "décision de persécution", sans compter qu'ils disposaient déjà de fausses cartes d'identité pour pouvoir, après la fin de la guerre, passer par quelque "réseaux d'exfiltration nazis" dans d'autres pays. La maxime "on ne sait jamais" s'appliquait, et il était bon d'aider quelques personnes pour des raisons alibis, qui pouvaient ensuite témoigner en votre faveur. En outre, on pouvait "aider" et s'enrichir en faisant des "échanges" forcés contre des objets de valeur.

Rollback "Retour aux années 50"/ D'abord la torture, ensuite "faire quelque chose de bien" - ensuite tout va bien ?

C'est ainsi que se déroule le retour aux années 50 à Francfort-sur-le-Main. Le "Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945" (Cercle d'études de la résistance allemande 1933-1945) - fondé en 1967 pour s'opposer aux contes de fées du 20 juillet 1944 en tant que résistance unique ou principale - a effectué un virage à 180°. Toute action suggérée contre le régime nazi au sein des organisations meurtrières nazies, peu importe par qui et pourquoi, est qualifiée de "résistance" dans une nouvelle exposition pour la police de Francfort. "Ambivalence" est le mot-clé de ce révisionnisme historique. On y mélange plus ou moins habilement le vrai et le faux.

Ce que la police de Francfort a systématiquement commis comme torture et meurtre à l'époque nazie, son rôle dans les déportations de la population juive, a déjà été consigné il y a longtemps par Adolf Diamant dans une grande étude intitulée "Gestapo à Francfort-sur-le-Main" en 1988 : "Les interrogatoires ont été menés à l'aide de matraques, de gourdins et de fouets". Et c'est justement à Francfort que la Gestapo a arrêté une centaine de juifs dits "fortunés". Ils n'ont été libérés qu'après avoir cédé leurs biens aux nazis devant un notaire envoyé en prison. Mais cela ne compte-t-il pas, alors que tel ou tel qui s'était racheté a été libéré ? Selon cette logique, le chef de la police, de la Gestapo et de la SS, Heinrich Himmler, devrait également être inclus dans la liste de ces prétendus "résistants", puisqu'il a vendu des prisonniers juifs via la Croix-Rouge à la fin de la guerre.

En bref : à propos de l'exposition de la préfecture de police organisée par le "Studienkreis" :

L'exposition du "Cercle d'études", sponsorisée par le ministère de l'Intérieur de Hesse, l'Office de protection de la Constitution et la police, qui a été inaugurée le 20 juillet 2023 à la préfecture de police de Francfort-sur-le-Main, mélange les cas de dix fonctionnaires de la police, de la Gestapo et de la SS afin d'inclure dans le cercle de la résistance des génies nazis avérés. Comment se présente le mélange des "dix cas" ?

Trois policiers sont certainement honorés à juste titre, et ce depuis des années, parce qu'ils ont vraiment apporté une aide concrète, comme en ont témoigné des personnes crédibles, parmi lesquelles Valentin Senger, entré en clandestinité à Francfort, à qui un policier a permis de survivre avec sa famille. Il n'y a pas de discussion à ce sujet. De plus, deux personnes ne correspondent pas du tout au sujet, car elles ont été libérées par les nazis dès 1933. Il reste cinq études de cas ou panneaux d'exposition.

Il y a aussi trois cas très flous, qui ont été érigés en modèles pour la police d'aujourd'hui, principalement sur la base des déclarations de proches et d'amis après 1945 dans le cadre des procédures de dénazification. Ils auraient été actifs dans le contexte du 20 juillet 1944. Les sources sont extrêmement maigres et ne sont pas probantes. C'est pour le moins un problème, car les fameux "certificats de bonne conduite" (du type "le fonctionnaire X de la Gestapo déclare que le fonctionnaire Y de la Gestapo a lui aussi toujours été très poli lors des interrogatoires") ne peuvent en aucun cas être utilisés comme des sources "valables", c'est-à-dire sérieuses, depuis longtemps dans la recherche historique sérieuse.

Dans deux cas, la situation des sources est telle que ces personnes ne peuvent en aucun cas être honorées.

Ernst Schmidt

Ce SS et chef de la police secrète de campagne était certainement un criminel nazi qui a également mené des interrogatoires au camp de concentration de Sachsenhausen. Les détenus du camp de concentration de Sachsenhausen qu'il a "interrogés" ne confirmeraient certainement pas qu'il n'y avait pas de torture. Ernst Schmidt a ensuite dirigé le "contre-espionnage" à Francfort-sur-le-Main en 1942. On ne sait pas vraiment pourquoi et dans quelle mesure il a participé à la falsification de passeports pour des personnes persécutées. Il y avait autour d'Ernst Schmidt un cercle de voleurs nazis extorqueurs, qui sont également mis à l'honneur dans l'exposition, dont l'énorme augmentation de la fortune après 1945 ne semble avoir préoccupé personne.

Christian von Vultee. Il est clair que Vultee était un criminel nazi. L'affirmation de son aide aux persécutés repose sur un témoignage d'après-guerre ; il a lui-même "servi" comme policier dans le Getto Lodz, l'un des ghettos les plus meurtriers de Pologne à l'époque de l'occupation nazie. Reste à savoir s'il a aidé un ami pour des raisons personnelles ou contre de l'argent. Le problème fondamental de l'"obtention d'un certificat de bonne vie et mœurs" après 1945 n'est manifestement pas abordé de manière fondamentale par l'exposition. Il y aurait encore beaucoup à dire sur le ghetto de Lodz, par exemple que les habitants juifs étaient systématiquement affamés, de sorte que les transports vers les camps d'extermination nécessitaient moins de moyens de transport à partir de là. (Le frère du Dr Karl Brozik sel. A. y est mort de faim).

L'hommage nécessaire aux très, très rares exceptions qui, bien qu'appartenant à la SS, ont réellement résisté et ont fourni des documents aux Alliés, comme Kurt Gerstein, est également discrédité par l'inclusion de fonctionnaires de la Gestapo et de SS qui ont participé à la torture et aux meurtres parmi les personnes qui ont réellement résisté.

Ce n'est pas professionnel.

L'exposition est en outre particulièrement peu professionnelle, puisqu'elle va jusqu'à affirmer, en falsifiant la vérité, que le camp de concentration de Buchenwald a été "libéré" par "l'Armée rouge" (p. 46 du catalogue de l'exposition). Quel doit être le niveau d'un commissaire d‘exposition, qui s'est d'ailleurs présenté avec suffisance comme "expert en éducation historique et politique" lors de l'inauguration de l'exposition à la préfecture de police, pour ne pas voir une telle chose ?

Il ne faut pas oublier : il s'agit en même temps d'une manifestation promotionnelle pour la police de Francfort et son ministre de l'Intérieur Peter Beuth, contesté en raison des scandales nazis au sein de la police de Hesse et de Francfort, qui s'exprime ensuite comme par hasard dans l'exposition (catalogue de l'exposition, p. 51) par une citation.

Novembre 2023

In occasione della mostra storico-revisionista sulla polizia di Francoforte durante il nazismo:

Lettera aperta al comitato provvisorio e ai membri dello “Studienkreis deutscher Widerstand 1933-1945”

Benjamin Ortmeyer

Qual è la posta in gioco?

La resistenza contro i nazisti in Germania non è così notevole ed è anche molto contestata. Per screditare la resistenza della "gente comune", come si dice con tono ridicolo, cioè soprattutto della sinistra, del movimento socialista e comunista, il colpo di Stato militare del 1944 è stato inizialmente presentato come decisivo. Allo stesso tempo, fu sempre utilizzato come evento pubblicitario per il riarmo tedesco, per la costruzione della Bundeswehr.

Quando fu chiaro che la guerra nazista era persa, cioè al più tardi dopo Stalingrado all'inizio del 1943, ci fu un ripensamento tattico tra i vertici dello Stato nazista, compresi i generali, nelle SS, nella Gestapo e nella polizia. Così un poliziotto di Düsseldorf, che in precedenza era stato coinvolto nella deportazione della popolazione ebraica di Darmstadt, ruppe la catena di comando proprio alla fine del regime nazista, affinché Düsseldorf potesse essere consegnata all'esercito americano. Per questo sarà onorato nel 2023 sia a Darmstadt che a Düsseldorf. Dopotutto ha fatto qualcosa di buono, dicono. Nessuno lo mette in dubbio, ma la questione è stata giustamente sollevata da Daniel Neumann, presidente della comunità ebraica di Darmstadt, (cfr. Jüdi-sche Allgemeine, 8 maggio 2023) da quando è stata ritenuta corretta una sorta di "compensazione", secondo il motto: non è stato poi tanto un male la deportazione degli ebrei, dopotutto anche il poliziotto XY aveva "fatto del bene".

Per le persone orientate all'umanesimo, è chiaro che questo non è affatto possibile. Riflette solo ciò che accade da molti decenni nelle discussioni sulla resistenza dei generali il 20 luglio. Proprio gli odiatori degli ebrei, come il sindaco di Lipsia Goerdeler, o persino gli assassini di massa, come il generale Stülpnagel, si resero conto che la guerra era persa. Per questi generali, lo sbruffone Hitler aveva rovinato la guerra e i generali vogliono vincere le guerre. Quindi Hitler doveva essere eliminato per raggiungere la pace con gli Alleati occidentali.

Onori al generale Stülpnagel, assassino di massa, in una scuola di Francoforte

Si inserisce in questo quadro il fatto che il "miglior diplomato" del Lessing Gymnasium di Francoforte, che partecipò al tentativo di colpo di Stato a Parigi il 20 luglio, il generale Karl Heinrich von Stülpnagel, sia stato nel frattempo riabilitato in una sorta di sala d'onore del Gymnasium, anche se qualche anno fa dovette essere rimosso dall'auditorio del Gymnasium dopo le proteste di Beate Klarsfeld e dei combattenti della resistenza. Stülpnagel aveva prima ucciso in Unione Sovietica come generale, poi aveva ordinato l'uccisione di massa dei combattenti della Resistenza e aveva fatto affiggere manifesti in tutta Parigi, oltre ad aver ordinato e contribuito a organizzare la deportazione della popolazione ebraica dalla Francia ad Auschwitz passando per Drancy. La motivazione per il rinnovo dell'onorificenza è incredibile, perché dice letteralmente a proposito dei suoi omicidi di massa come generale in Unione Sovietica: "In ogni caso, è sorprendente che nell'area del suo esercito il numero di fucilazioni di ebrei sia stato significativamente inferiore a quello di altri eserciti". (Kern, Michael: Carl-Heinrich von Stülpnagel und Kon-rad Heiden, in: Mieles , Bernhard Bernhard u.a. (eds.): Nachforschungen der Wahrheit -

Von der alten Lateinschule zu Lessing-Gymnasium in Frankfurt am Main - Festschrift zum 500-jährigen Jubiläum der Schule Frankfurt am Main 2020 , p. 379).

La polizia, i funzionari della Gestapo e le SS si stavano già adoperando per "Persilscheine" prima del 1945, oltre al fatto che avevano già carte d'identità contraffatte in modo che, dopo la fine della guerra, potessero trasferirsi in altri Paesi attraverso una sorta di "rat lines".

"Linee di ratto" in altri Paesi. Valeva la massima "non si sa mai", ed era bene aiutare alcune persone per motivi di alibi, che poi avrebbero potuto testimoniare a favore . Inoltre, si poteva "aiutare" e arricchirsi in uno "scambio" forzato e predatorio di oggetti di valore.

Rollback "Ritorno agli anni Cinquanta"/ Prima la tortura, poi "fare qualcosa di buono" - poi tutto va bene?

È così che il ritorno agli anni Cinquanta sta avvenendo a Francoforte sul Meno. Proprio lo "Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945" (Gruppo di studio sulla Resistenza tedesca 1933-1945) - fondato nel 1967 per contrastare le favole del 20 luglio 1944 come unica o principale resistenza - ha fatto ora un'inversione di 180°. Ogni azione implicita contro il regime nazista all'interno delle organizzazioni di assassini nazisti, non importa da chi e perché, è descritta come "resistenza" in una nuova mostra per la polizia di Francoforte. Ambivalenze" è la parola d'ordine di questo revisionismo storico. Qui, più o meno abilmente, il giusto si mescola con l'ingiusto.

I crimini sistematici di tortura e omicidio commessi dalla polizia di Francoforte durante l'era nazista, il loro ruolo nelle deportazioni della popolazione ebraica, sono stati registrati tempo fa da Adolf Diamant in un importante studio intitolato "Gestapo in Frankfurt am Main" nel 1988: "Gli interrogatori erano condotti con omicidi, randellate e frustate". La Gestapo arrestò centinaia di ebrei cosiddetti "benestanti", in particolare a Francoforte. Furono rilasciati solo dopo aver consegnato i loro beni ai nazisti davanti a un notaio inviato in prigione. Ma non conta che questa o quella persona che aveva comprato la sua libertà sia stata rilasciata? Seguendo questa logica, anche il capo della polizia, della Gestapo e delle SS di Heinrich Himmler dovrebbe essere incluso nella schiera di questi presunti "combattenti della resistenza", dal momento che alla fine della guerra vendette prigionieri ebrei attraverso la Croce Rossa.

In breve: Sulla mostra della Questura dello "Studienkreis":

La mostra "Studienkreis", sponsorizzata dal Ministero degli Interni dell'Assia, dall'Ufficio per la tutela della Costituzione e dalla Polizia, inaugurata il 20 luglio 2023 presso la sede della polizia di Francoforte sul Meno, mescola i casi di dieci ufficiali della polizia, della Gestapo e delle SS per includere i criminali nazisti processati nella cerchia della resistenza. Qual è il mix dei "dieci casi"?

Tre poliziotti sono certamente onorati a ragione, e lo sono stati per anni, perché hanno davvero aiutato in modo tangibile, come testimoniato da persone credibili, tra cui Valentin Senger, che si nascose a Francoforte e che grazie a un poliziotto riuscì a sopravvivere con la sua famiglia. Questo non è in discussione. Inoltre, due persone non rientrano affatto nell'argomento, poiché furono licenziate dai nazisti immediatamente nel 1933. Rimangono cinque casi di studio, o pannelli espositivi.

Ci sono anche tre casi molto ambigui, che oggi vengono elevati a modelli di comportamento per la polizia, soprattutto sulla base delle dichiarazioni rese da parenti e amici dopo il 1945 nei procedimenti di denazificazione. Si dice che siano stati attivi intorno al 20 luglio 1944. Le fonti sono estremamente scarse e inconcludenti. Questo è almeno un problema, poiché i famigerati "Persilscheine" (secondo lo schema "l'ufficiale della Gestapo X dichiara che anche l'ufficiale della Gestapo Y era sempre molto gentile durante gli interrogatori") non possono assolutamente essere utilizzati come fonti "valide", cioè serie, in una ricerca storica seria.

In due casi, la situazione delle fonti è tale che queste persone non devono essere onorate in nessun caso.

Ernst Schmidt

L'uomo delle SS e capo della polizia militare segreta era certamente un criminale nazista che conduceva anche interrogatori nel campo di concentramento di Sachsenhausen. I prigionieri del campo di concentramento di Sachsenhausen che sono stati "interrogati" da lui non confermerebbero di certo l'assenza di torture. Nel 1942 Ernst Schmidt era a capo del "controspionaggio" di Francoforte sul Meno. Perché e in che misura fosse coinvolto nella falsificazione di passaporti per i perseguitati non è stato chiarito. Intorno a Ernst Schmidt c'era una cerchia di rapinatori nazisti estorsori, anch'essi onorati nella mostra, il cui enorme aumento di ricchezza dopo il 1945 apparentemente non preoccupava nessuno.

Christian von Vultee.

È chiaro che Vultee era un criminale nazista. Le affermazioni sul suo aiuto ai perseguitati si basano su testimonianze del dopoguerra; egli stesso "servì" come poliziotto a Ghetto di Lodz, uno dei ghetti più tremendi della Polonia durante l'occupazione nazista. Resta da capire se abbia aiutato un amico per motivi personali o in cambio di denaro. Il problema di fondo del "Persilschein" dopo il 1945 non viene ovviamente affrontato dalla mostra. C'è ancora molto da dire sul ghetto di Lodz, ad esempio che gli abitanti ebrei furono sistematicamente affamati in modo che i trasporti verso i campi di sterminio da lì richiedessero meno mezzi di trasporto. (Il fratello del dottor Karl Brozik sel. A. morì di fame).

Il necessario riconoscimento di quelle rarissime eccezioni che hanno davvero resistito, anche se nelle SS, e che hanno dimostrato (si veda lo studio di Saul Friedländer) di aver consegnato documenti agli Alleati, come Kurt Gerstein, è screditato anche dall'inclusione di funzionari della Gestapo e delle SS coinvolti in torture e omicidi tra le persone che hanno davvero fatto resistenza.

Poco professionale.

La mostra è anche decisamente poco professionale, poiché falsifica persino la verità affermando che il campo di concentramento di Buchenwald è stato "liberato" dall'"Armata Rossa" (p. 46 del catalogo della mostra). Quale livello di competenza deve avere un curatore di questa mostra, che tra l'altro si è narcisisticamente presentato come "esperto di educazione storico-politica" all'inaugurazione della mostra in questura, per trascurare una cosa del genere?

Per non dimenticare: Si tratta allo stesso tempo di un evento promozionale per la polizia di Francoforte e per il suo Ministro degli Interni, Peter Beuth, politico molto controverso a causa degli scandali nazisti nella polizia dell'Assia ed in quella di Francoforte, e che poi, come per caso, dice la sua nella mostra (catalogo della mostra p. 51) con una citazione.

Novembre 2023

Con motivo de la exposición de revisionismo histórico sobre la policía de Fráncfort en la época nazi:

Carta abierta a la junta provisional y a los miembros del llamado "Studienkreis deutscher Widerstand " (esp. Grupo de estudio de la resistencia alemana 1933-1945)

Benjamin Ortmeyer

¿De qué se trata?

La resistencia a los nazis en Alemania no es demasiado abundante y además es muy contestada. Para desacreditar la resistencia de la "gente común", como se dice tan ridículamente, es decir, sobre todo de la izquierda, del movimiento socialista y comunista, inicialmente se acentuó como determinante el golpe militar de 1944. Al mismo tiempo, el golpe siempre se utilizó como propaganda en favor del rearme alemán, del desarrollo de la *Bundeswehr* (militar de Alemania).

Cuando quedó claro que la guerra nazi estaba perdida, es decir, a más tardar después de Stalingrado a principios de 1943, se produjo un replanteamiento táctico entre los altos funcionarios del Estado nazi. Eso incluyó los generales, las SS, la Gestapo y la policía. Por ejemplo, un oficial de policía de Düsseldorf, que había participado anteriormente en la deportación de la población judía de Darmstadt, rompió la jerarquía de mando en las últimas fases del régimen nazi para que Düsseldorf pudiera ser entregada al ejército estadounidense. Por este motivo se le rinde homenaje tanto en Darmstadt como en Düsseldorf hasta el día de hoy. Dicen que, al final, hizo algo bueno también. Aparentemente nadie lo discute, pero con razón Daniel Neumann, presidente de la comunidad judía de Darmstadt (véase Jüdische Allgemeine, portada 8 de mayo de 2023), ha planteado la pregunta desde cuándo es correcta una especie de "compensación", según el lema: tampoco fue tan malo con la deportación de los judíos, después de todo, el policía XY también había "hecho algo bueno".

Para las personas que se orientan hacia el humanismo, queda claro que esto no es posible. Esto sólo refleja lo que viene sucediendo desde hace muchas décadas en las discusiones sobre la resistencia de los generales del 20 de julio. Los que anteriormente odiaban abiertamente a los judíos (como el alcalde de Leipzig, Goerdeler) o los asesinos en masa (como el general Stülpnagel) reconocieron que la guerra estaba perdida. Para estos generales, el bocazas de Hitler había hecho un desastre de la guerra y los generales sólo querían ganar. Así que tenían que deshacerse de Hitler para conseguir una paz con los aliados cccidentales.

Homenaje al asesino de masas general Stülpnagel en una escuela de Fráncfort

Resulta apropiado que el "mejor graduado" de la escuela secundaria Lessing de Fráncfort (Frankfurter Lessing -Gymnasium), general *Karl Heinrich von Stülpnagel*, implicado en el intento de golpe de Estado del 20 de julio en París, haya sido rehabilitado ahora en una especie de salón de honor del instituto - aunque tuvo que ser retirado del auditorio hace unos años tras las protestas de Beate Klarsfeld y los combatientes de la Resistencia. Stülpnagel primero cometió asesinatos siendo general en la Unión Soviética, después ordenó el asesinato en masa de combatientes de la Resistencia e hizo colocar carteles por todo París. También ordenó y

ayudó a organizar la deportación de la población judía de Francia a Auschwitz a través de Drancy. La justificación de su renovado honor es sorprendente, ya que afirma literalmente lo siguiente sobre sus asesinatos en masa como general en la Unión Soviética: "En cualquier caso, es notable que el número de judíos fusilados en su ejército fuera significativamente inferior al de otros ejércitos". (Kern, Michael: Carl-Heinrich von Stülpnagel y Konrad Heiden, en: Mieles, Bernhard Bernhard et al. (ed.): Nachforschungen der Wahrheit - Von der alten Latein-schule zu Lessing-Gymnasium in Frankfurt am Main - Festschrift zum 500-jährigen Jubiläum der Schule Frankfurt am Main 2020, p. 379)

Igual ocurrió a un nivel inferior, por ejemplo, en el círculo de los generales golpistas del 20 de julio de 1944. La policía, los oficiales de la Gestapo, y la gente de las SS ya se esforzaban por obtener "Persilscheine" (Certificado de descargo; certificado de que alguien no es culpable de ningún delito) antes de 1945. Además, ya tenían documentos de identidad falsificados para desaparecer después del final de la guerra a través de una especie de "líneas de ratas" a otros países. Se aplicaba la divisa "Nunca se sabe", por lo que era buena idea ayudar a unas cuantas personas por motivos de coartada que más tarde pudieran ser testigos a tu favor. También podías "ayudar" y enriquecerte en "intercambios" de robos forzados por objetos de valor.

Rollback "Regreso a los años cincuenta"/ Primero torturar, luego "hacer algo bueno" - ¿entonces todo está bien?

Así es como funciona el "retroceso a los años cincuenta" en Fráncfort del Meno. El "Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945" (“Grupo de Estudio de la Resistencia Alemana 1933-1945”), fundado en 1967 con el fin de oponerse a los mitos del 20 de julio de 1944 como única o principal oposición, ha dado ahora un giro de 180°. Todo acto implícito contra el régimen nazi dentro de las organizaciones de asesinos nazis, sin importar por quién ni por qué, se describe como "resistencia" en una nueva exposición de la policía de Fráncfort. "Ambivalencias" es la palabra clave de este revisionismo histórico. Lo correcto se mezcla más o menos hábilmente con lo incorrecto.

Las torturas y asesinatos cometidos sistemáticamente por la policía de Fráncfort durante la época nazi, su papel en las deportaciones de la población judía, ya fueron registrados hace mucho tiempo por Adolf Diamant en un importante estudio "La Gestapo en Fráncfort del Meno" (1988): "Los interrogatorios se llevaban a cabo con porras, garrotes y látigos". La Gestapo detuvo sobre todo en Fráncfort a cientos de llamados judíos "adinerados". Sólo fueron puestos en libertad tras haber firmado la cesión de sus bienes a los nazis ante un notario enviado a la prisión. Pero ¿acaso eso no cuenta si esta o aquella persona fue dejada en libertad (aunque lo tenían que pagar)? Siguiendo esta lógica, el jefe de la policía, la Gestapo y las SS, Heinrich Himmler, también debería incluirse en las filas de esos supuestos "luchadores de la resistencia", ya que vendió prisioneros judíos a través de la Cruz Roja al final de la guerra.

En resumen: Sobre la exposición del “Studienkreis” en la jefatura de la policía

La exposición del "Studienkreis" patrocinada por el Ministerio del Interior de Hesse y del *Verfassungsschutz* ("Servicio de Protección de la Constitución"), y la policía, que se inauguró el 20 de julio de 2023 en la jefatura de policía de Fráncfort del Meno, mezcla los casos de diez

oficiales de la policía, la Gestapo y las SS con el fin de incluir a determinados esbirros nazis en el círculo de la resistencia. ¿Cómo es la mezcla de estos diez casos?
Primero: tres oficiales de policía han sido honrados con razón, y lo han sido durante años, porque realmente ayudaron a los que lo necesitaban. Ellos han sido testificados de personas creíbles, incluido Valentin Senger, que se escondió en Fráncfort y sobrevivió con su familia gracias a la ayuda de un oficial de policía. Eso no se cuestiona. Por otra parte, dos personas no encajan en absoluto en el tema, ya que fueron liberadas por los nazis en 1933. Quedan cinco estudios de casos o paneles expositivos.
También hay tres casos muy poco claros que se han estilizado como modelos para la policía actual, basándose principalmente en declaraciones de familiares y amigos posteriores a 1945 en los procesos de desnazificación. Se dice que actuaron en los alrededores del 20 de julio de 1944. Las pruebas son extremadamente escasas y poco convincentes. Esto supone al menos un problema, ya que los famosos "Persilscheine" (del tipo "El oficial de la Gestapo X declara que el oficial de la Gestapo Y también fue siempre muy cortés durante los interrogatorios") no pueden ser utilizados como fuentes válidas en una investigación histórica seria.
En dos casos, la situación de las fuentes es tal que estas personas no deben ser honradas en ningún caso.

Ernst Schmidt
El hombre de las SS y jefe de la policía secreta de campo fue sin duda un criminal nazi que también llevó a cabo interrogatorios en el campo de concentración de Sachsenhausen. Los prisioneros del campo de concentración de Sachsenhausen que fueron "interrogados" por él seguramente no confirmarían que no hubo tortura. Ernst Schmidt era entonces jefe de la "defensa contra el espionaje" en Fráncfort del Meno en 1942. Por qué y hasta qué punto estuvo implicado en la falsificación de pasaportes para personas perseguidas es algo que no está realmente aclarado. En torno a Ernst Schmidt, también homenajeado en la exposición, existía un círculo de ladrones nazis chantajistas cuyo inmenso aumento de riqueza después de 1945 aparentemente no preocupó a nadie.

Christian von Vultee.
Está claro que Vultee era un criminal nazi. Las afirmaciones sobre su ayuda a los perseguidos se basan en una declaración de posguerra; él mismo "sirvió" como policía en el gueto de Lodz, uno de los más letales de Polonia durante la ocupación nazi. Queda por saber si ayudó a un amigo por motivos personales o por dinero. La exposición, desde luego, no aborda en lo fundamental el problema básico de la "Persilschein-Besorgung" (obtención de los certificados de descargo) después de 1945. Hay más que decir sobre el gueto de Lodz, por ejemplo, que los habitantes judíos fueron sistemáticamente hambreados para que los transportes a campos de exterminio desde allí necesitaran menos medios de transporte. (El hermano del Dr. Karl Brozik murió allí de inanición).
El hecho de que los oficiales de la Gestapo y la gente de las SS que participaron en torturas y asesinatos se incluyan ahora en las filas de las personas de la verdadera resistencia desacredita el necesario homenaje a las rarísimas excepciones que, aunque en las SS, realmente resistieron y que de forma comprobada entregaron documentos a los aliados (como Kurt Gerstein, véase el estudio de Saul Friedländer).

Poco profesional.

En total, la exposición es muy poco profesional, ya que incluso falsifica la verdad de que el campo de concentración de Buchenwald fue liberado por el "Ejército Rojo" (pág. 46 del catálogo de la exposición). ¿Qué nivel debe tener el editor de esta exposición - que, además, se presentó autoindulgentemente como "experto en educación histórico-política" en la inauguración de la exposición en la jefatura de policía - para pasar por alto algo así?

Para no olvidar: Se trata también de un acto promocional de la policía de Fráncfort y de su polémico ministro del Interior, Peter Beuth. El, que estuvo implicado en los escándalos nazis de la policía de Hesse y de la policía de Fráncfort, luego es citado en la exposición (catálogo de la exposición p. 51) como si fuese casualidad.

Noviembre de 2023

:הנאצים בתקופת פרנקפורט משטרת על ההיסטורית הרוויזיוניסטית התערוכה לרגל

"הגרמנית ההתנגדות מחקר קבוצת" ולחברי הזמנית למועצה פתוח מכתב

אורטמייר בנימין

?זה מה על

את להכפיש כדי .חריפה במחלוקת שנויה היא וגם בגרמניה נרחבת כך כל לא הנאצים נגד ההתנגדות התנועות ,השמאל בעיקר ,המצחיק הפתגם שאומר כפי ,'הפשוטים האנשים' של ההתנגדות ,זאת עם יחד .כמכריעה 1944-ב הצבאית ההפיכה לראשונה הודגשה ,והקומוניסטיות הסוציאליסטיות .הבונדסווהר ולהקמת הגרמני לחימוש מכירות קידום כאירוע תמיד שימש הוא

חשיבה חלה ,1943 בתחילת סטלינגרד אחרי המאוחר לכל כלומר ,אבודה הנאצית שהמלחמה כשהתברר קצין .והמשטרה הגסטפו ,SS-ה ,גנרלים כולל ,הנאצית המדינה צמרת אנשי בקרב מחודשת טקטית שרשרת את קטע ,בדרמשטדט היהודית האוכלוסייה בגירוש בעבר מעורב שהיה ,בדיסלדורף משטרה הוא כך על .ב"ארה צבא לידי דיסלדורף את למסור יהיה שניתן כדי הנאצי המשטר בסוף ממש הפיקוד חולק לא איש .טוב משהו עשה שהוא אומרים .בדיסלדורף וגם בדרמשטדט גם 2023-ב גם לכבוד יזכה ראה) בדרמשטאדט היהודית הקהילה ר"יו ,נוימן דניאל ידי על בצדק הועלתה השאלה אבל ,כך על לא היהודים גירוש :המוטו לפי ,"קיזוז" של סוג נכון היה מאז (2023 במאי 8-ב Jüdi-sche Allgemeine .טוב עשה" XY השוטר גם הרי ,רע כך כל היה

רבים עשורים במשך שקורה מה את משקף רק זה .אפשרי לא שזה ברור להומניזם המכוונים לאנשים או גורדלר לייפציג עיריית ראש כמו גלויים יהודים שונאי .ביולי 20-ב הגנרלים התנגדות על בדיונים גנרל כמו המונים רוצחי

וגנרלים המלחמה את הרס הקולני היטלר ,האלה הגנרלים עבור .אבודה שהמלחמה הבין ,Stülpnagel הברית בעלות עם לשלום להגיע כדי היטלר את לחסל חשוב היה לכן .במלחמה לנצח רוצים רק .המערביות

בפרנקפורט ספר בבית שטולפניגל הגנרל ההמונים לרוצח הוקרה

מעורב שהיה ,לסינג פרנקפורט התיכון הספר מבית "ביותר הטוב התיכון בוגר"ש בתמונה משתלב -ב כבוד היכל במעין כעת שוקם ,שטולפניגל פון היינריך קרל הגנרל ,בפריז ביולי 20-ב ההפיכה בניסיון ההתנגדות ולוחמי קלרספלד ביט של שהפגנות לאחר שוקם שהוא למרות ,התיכון הספר בית .ביולי 20 ,כגנרל המועצות בברית לראשונה רצח שטולפניגל .שנים כמה לפני התיכון של מהאולם להסיר נאלצו של גירושם גם כמו ,פריז רחבי בכל פוסטרים ופרסמו ההתנגדות לוחמי של המוני רצח על הורה ואז היא המחודש לכבודו הסיבה.לאושוויץ דרנסי דרך בשיתוף ואורגנה הוזמנה מצרפת האוכלוסייה היהודים מה" :המועצות בברית גנרל בתור שלו ההמוניות הרציחות על מילולי באופן אומרת היא כי ,דופן יוצאת בצבאות מאשר משמעותית נמוך היה ביהודים הירי מספר צבאו שבאזור הוא מקרה בכל שמדהים ".אחרים (קרן ,מיכאל :קרל-היינריך פון סטולפניגל וקון rad Heiden- בתוך: Mieles, Bernhard בפרנקפורט גימנסיה-לסינג ועד הישנה הלטינית מהאסכולה - האמת חקירת :(עורך) Bernhard et al. 379 .ע ,2020 מיין אם פרנקפורט הספר בית של 500-ה השנה יום לרגל Festschrift - מיין אם

.1944 ביולי 20-ב ההפיכה את שביצעו הגנרלים בקרבת למשל ,יותר נמוכה ברמה היה זה וככה היו שכבר עובדה -ה מלבד ,1945 לפני "פרסילשיין" להשיג ניסו כבר SS ואנשי גסטאפו קציני ,שוטרים המלחמה תום אחרי דבר כל על לדבר ,מזויפות זהות תעודות להם

אנשים לכמה שעזרת וטוב ,"לדעת אפשר אי" היה העיקרון .ייעלמו אחרות במדינות "עכברוש קווי" עצמו את ולהעשיר "לעזור" היה אפשר ,בנוסף .בשמך יותר מאוחר להעיד שיוכלו אליבי מסיבות .ערך בחפצי כפויה דורסנית "החלפה" באמצעות

?בסדר הכל אז - "טוב משהו עשה" ואז ,עינוי קודם / "החמישים לשנות בחזרה" החזרה

קבוצת" ,האנשים מכל .מיין אם בפרנקפורט "החמישים לשנות בחזרה" לאחור החזרה גם מתרחשת כך 20-ה של האגדות סיפורי עם להתמודד כדי 1967-ב שנוסדה - "1933-1945 גרמנית להתנגדות הלימוד פעולה כל .מעלות 180 של פרסה פניית כעת ביצעה - העיקרית או היחידה ההתנגדות בתור 1944 ביולי "התנגדות"כ מתוארת ,ולמה למי קשר ללא ,הנאצים הרצח ארגוני בתוך הנאצי המשטר נגד מרומזת .הזה ההיסטורי לרוויזיוניזם הקוד מילת היא "אמביוולנטיות" .פרנקפורט למשטרת חדשה בתערוכה .הרע עם יותר או פחות במיומנות מעורבב הימין

תפקידה ,הנאצים בתקופת ורצח עינויים של במונחים שיטתי באופן ביצעה בפרנקפורט שהמשטרה מה בפרנקפורט גסטפו" גדול במחקר דיאמנט אדולף ידי על רב זמן לפני תיעד ,היהודית האוכלוסייה בגירוש מאה עתה זה עצרו פו-והגסטה ".ושוטים אלות ,רוצחים עם בוצעו החקירות עם" :1988-ב "מיין אם נוטריון בפני לנאצים נכסיהם על שחתמו לאחר רק שוחררו הם .בפרנקפורט "עשירים" כביכול יהודים ראש גם ,הזה ההיגיון לפי ?השתחרר חירותו את שקנה מישהו אם נחשב לא זה האם אבל .לכלא שנשלח משום ,כביכול "התנגדות לוחמי" בשורות להיכלל צריך ,הימלר היינריך ,אס-והאס הגסטפו ,המשטרה .המלחמה בתום האדום הצלב באמצעות יהודים אסירים שמכר

:"הסטודנטים" של המשטרה מטה תערוכת על :בקרוב

20-ב שנפתחה ,והמשטרה החוקה להגנת המשרד ,ההסיאני הפנים משרד בחסות "לימוד מעגל" תערוכת .הספר מבית קצינים עשרה של תיקים מערבבת ,מיין אם בפרנקפורט המשטרה במטה 2023 ביולי של התמהיל נראה איך .ההתנגדות במעגל נאצים דבר עושי לכלול להביע ס"והס הגסטפו ,המשטרה ?"המקרים עשרת"

שהעידו כפי ,מוחשית בצורה עזרו באמת הם כי ,שנים וכבר ,בצדק לכבוד זוכים בהחלט שוטרים שלושה .שלו המשפחה עם לשרוד לו התאפשר ושוטר בפרנקפורט שהסתתר ,סנגר ולנטין כולל ,אמינים אנשים -ב הנאצים ידי על שוחררו הם כי לנושא בכלל מתאימים לא אנשים שני :בנוסף .מחלוקת אין כך על .תערוכות של פאנלים או מקרים חמישה נותרו .1933

בגלל בעיקר ,למשטרה לחיקוי כמודל כיום שמופעלים ברורים לא מאוד מקרים שלושה גם יש פעילים היו שהם אומרים .1945 לאחר הדניזיפיקציה בהליכי וחברים משפחה קרובי של הצהרותיהם שכן ,בעיה לפחות זו .משמעיים חד ואינם ביותר דלים המקורות .1944 ביולי 20-ה בסביבות באזור .רציניים במקורות להשתמש שניתן כך ,הגסטפו קצין" בנוסח) לשמצה הידועים "האישור תעודות"

.ואופן פנים בשום אלה אנשים לכבד שאסור כאלה הם המקורות מקרים בשני

שמידט ארנסט

הריכוז במחנה חקירות גם שביצע נאצי עבריין בהחלט היה החשאית השדה משטרת וראש SS-ה איש בשנת .עינויים היו שלא יאשרו לא ודאי ידו על "נחקרו"ש זקסנהאוזן הריכוז מחנה אסירי .זקסנהאוזן

בזיוף מעורב היה מידה ובאיזו מדוע .מיין אם בפרנקפורט "נגד ריגול" ראש היה שמידט ארנסט ,1942 הם שגם ,סוחטים נאצים שודדים של מעגל היה שמידט ארנסט סביב .מתברר ממש לא לנרדפים דרכונים 1945 אחרי שלו העצום מהגידול מודאג היה לא איש שכנראה ,בתערוכה לכבוד זוכים.

וולט פון כריסטיאן.

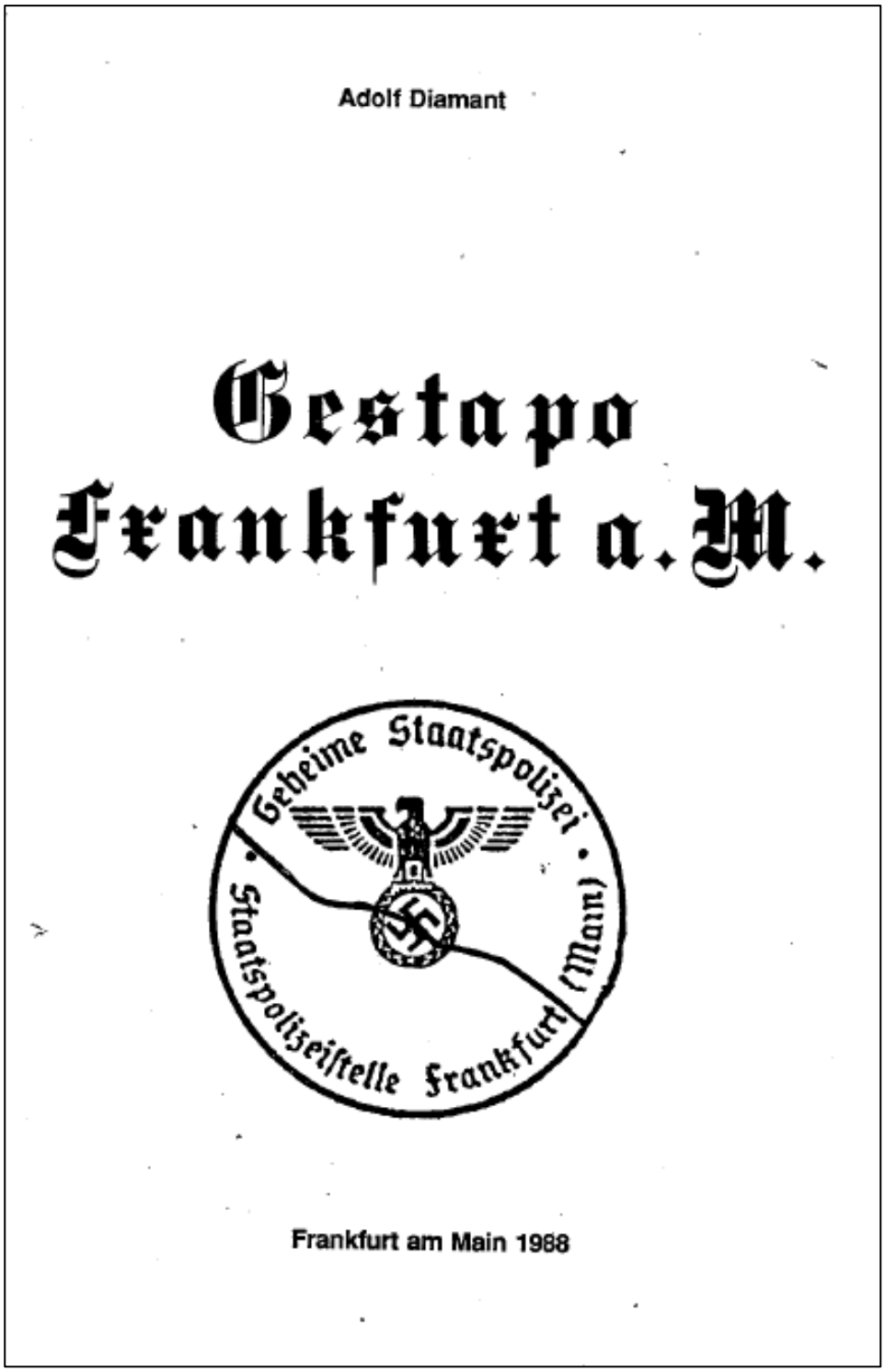
הוא ;המלחמה שלאחר אמירה על מבוססות לנרדפים עזרתו על הטענות .נאצי פושע היה שוולטי ברור האם .הנאצי הכיבוש בתקופת בפולין ביותר הרצחניים הגטאות אחד ,'לודז בגטו כשוטר "שירת" עצמו בריאות חשבון קבלת" של הבסיסית הבעיה .לברר נותרה כסף תמורת או אישיות מסיבות לחבר עזר גטו על לומר מה הרבה עדיין יש .לנושא יסודי באופן מתייחסת אינה כמובן התערוכה ,1945 לאחר "נקי .משם ההשמדה למחנות שהטרנספורטים כך שיטתי באופן הורעבו היהודים שהתושבים למשל ,'לודז .(ברעב שם נהרג .א .סל יק'ברוז קרל ר"ד מאת האח) .תחבורה אמצעי פחות דרש

ובאופן התנגדו באמת ,SS-ב שהיו שלמרות ,נדירים מאוד מאוד דופן יוצאי אותם של ההכרחי הכבוד גם מוכפש ,גרשטיין קורט כמו ,הברית לבעלות מסמכים מסרו (פרידלנדר שאול של המחקר ראה) מופגן האנשים בקרב ורצח בעינויים מעורבים שהיו אס אס ואנשי גסטפו קציני כעת כולל שאחד העובדה בשל .התנגדו שבאמת

מקצועי לא.

בוכנוולד הריכוז שמחנה וטוענת האמת את מזיפת אפילו היא שכן ,מקצועית לא מאוד גם התערוכה תערוכה של עורך להיות חייב רמה באיזו (.התערוכה בקטלוג 46 עמוד) "האדום הצבא" ידי על שוחרר "פוליטי-היסטורי לחינוך מומחה"כ בעצמו שקוע באופן עצמו את הציג gens- .. .אחרת היה מי זו ?כזה ממשהו להתעלם כדי המשטרה במטה שנפתחה בתערוכה

שנוי ,ביו פיטר ,שלה הפנים ושר פרנקפורט משטרת של מכירות קידום אירוע גם זהו :לשכוח לא ,במקרה כאילו ,כך שאחר ,פרנקפורט ובמשטרת ההסיה במשטרת הנאציות השערוריות בגלל במחלוקת .לומר יש ציטוט עם (51 'עמ תערוכה קטלוג) תערוכה ב מופיע

2023 נובמבר

Wichtiger Literaturhinweis